KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 180 Juli / August 2015 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 180 Juli/August 2015



Hunderttausende feierten am Abend des 7. Juni den Wahlerfolg der HDP. Mit 80 Abgeordneten zieht sie ins türkische Parlament ein. Foto: DIHA



Cizîrê und Kobanê sind verbunden, der Korridor von YPJ und YPG freigekämpft und die strategisch wichtige Stadt Girê Spî befreit worden. Foto: ypgrojava.com



80 % von Kobanê-Stadt wurden zerstört, überall liegt scharfe Munition, die eine große Gefahr für die Bevölkerung darstellt, in den Trümmern verborgen. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

im Laufe unserer Redaktionsarbeiten zu dieser Ausgabe erreichen uns erfreuliche Nachrichten aus verschiedenen Teilen Kurdistans, die ohne Zweifel positive Rückwirkungen auf die gesamte Region des Mittleren Ostens haben werden.

In der Türkei und in Nordkurdistan hat die HDP die 10-Prozent-Hürde überwunden und ist mit 80 Abgeordneten, die ein Spiegelbild der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt darstellen, ins türkische Parlament eingezogen. Verschiedene Aspekte dieses historischen Erfolgs der Demokratiebewegung in der Türkei und der kurdischen Freiheitsbewegung werden in diversen Artikeln dieser Ausgabe beleuchtet. Damit geht in der Türkei und in Nordkurdistan eine intensive mehrere Monate andauernde Phase des Wahlkampfs zu Ende. Die kurdische Freiheitsbewegung rückt den Lösungs(Friedens)prozess und die Haftbedingungen der kurdischen Freiheitspersönlichkeit Abdullah Öcalan wieder in den Fokus, der seit dem 5. April erneuter Isolation ausgesetzt ist. Der Lösungsprozess in der Türkei und die HDP/der HDK als breite Demokratiefront sind vor allem ein Ergebnis des Beharrens von Öcalan auf der demokratischen Politik. Mit dem HDP-Wahlerfolg gewinnt seine Erklärung, die auf dem Newrozfest in Amed verlesen wurde, eine neue Bedeutung: »Der Kampf für Demokratie, Freiheit, Geschwisterlichkeit und einen würdevollen Frieden, den wir für die Völker unseres Landes geführt haben, steht heute an einer historischen Schwelle.«

Neben diesen Errungenschaften in der Türkei/Nordkurdistan dauert der Krieg in Rojava gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) weiter an. In den Abendstunden des 15. Juni vermeldeten die Kämpferinnen und Kämpfer der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) die Befreiung der Stadt Girê Spî (Tall Abyad). Damit ist der Korridor von Cizîrê nach Kobanê erkämpft, Cizîrê und Kobanê sind vereint worden. Neben diesen und noch anderen militärischen Erfolgen dauert der (Wieder-)Aufbau von Kobanê weiter an. Wir geben mit einigen Artikeln einen Eindruck von der Lage vor Ort, von möglichen Hilfsleistungen und den Diskussionen, die unter anderem auf der ersten Konferenz zum Wiederaufbau der zerstörten Stadt Anfang Mai in Amed geführt wurden, wieder.

Und was macht die deutsche Politik? Die Repressionen gegen AktivistInnen der kurdischen Demokratie- und Freiheitsbewegung, die immer mehr zum Symbol einer wirklichen Alternative für den gesamten Mittleren Osten wird, dauern hier auf der Grundlage des bestehenden PKK-Verbots weiter an. Während die Gesellschaften in der Türkei mit der HDP für einen demokratischen Wandel gestimmt haben, besteht vonseiten Deutschlands weiterhin kein Interesse an einem konstruktiven Beitrag zur politischen Lösung der kurdischen Frage. Das Gegenteil ist der Fall, wie ein erneuter Prozess nach §129b vor dem OLG in Hamburg zeigt. Die außenpolitische Positionierung der Bundesrepublik wird auch in diesem Verfahren deutlich.

Auch wenn wir anfangs von »erfreulichen« Nachrichten sprechen und ein wichtiger Durchbruch z. B. in der Türkei und in Rojava erzielt worden ist, dürfen wir nicht vergessen, dass für diese und weitere Erfolge viele Menschen, Freundinnen und Freunde, ihr Leben geben.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Ein Volk ohne Namen schreibt Geschichte

Nilüfer Koç

Es hat wenig Sinn, sich im Mittleren Osten auf die Tagespolitik zu konzentrieren oder sie zu interpretieren. ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien) und alle anderen barbarischen Gruppen machen weiterhin Schlagzeilen mit ihren Gräueltaten, auf der anderen Seite bereden die einzelnen Staaten ihre Bekämpfung. Deren verschiedenen Interessenlagen geschuldete Differenzen im Hinblick auf die richtige Taktik für diese Bekämpfung bestimmen den anderen Teil der Politik. Eine Lösung für Syrien und Irak ist daher bislang nicht in Sicht. Während sich die betroffenen Staaten (Syrien und Irak) in der Defensive befinden, agiert ISIS offensiv. Die Armeen können trotz ihrer militärischen Ausrüstung nicht standhalten. ISIS ist in der Offensive, weil seine Kämpfer eine ideologische Überzeugung, einen Glauben haben, wofür sie zu sterben bereit sind. Die Armeen sind in der Defensive, weil die Glaubwürdigkeit ihrer Regierungen und Führungen infrage steht. Korruption, diktatorische Machtausübung führen zum Verlust des erforderlichen Patriotismus. Ein anderer wichtiger Faktor ist die Fragestellung, für wen ihre Regierungen kämpfen. Im Falle Iraks und Syriens wird die Frage gestellt, ob für sich selbst oder für die Interessen Irans, der gegenwärtig mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten über die Expansion des Schiismus eine große Präsenz in dieser Region zeigt.

Die kurdische Offensive

Die andere offensive Haltung ist bei den Kurden zu finden. Genauso wichtig wie die militärische Offensive ist die politische und gesellschaftliche. Zwar ist in den Mainstream-Medien die Rede von den militärischen Erfolgen der westkurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) in Rojava, weniger aber von den soziopolitischen. Der Wahlerfolg der Demokratischen Partei der Völker (HDP) am 7. Juni in Nordkurdistan und der Türkei allerdings wird zukünftig viel mehr dazu anregen, die gesellschaftspolitische Offensive der Kurden zum Gegenstand der Diskussion zu machen. Für den Frieden in der Region ist daher nunmehr eine andere Betrachtung der Kurden unumgänglich. Das merkwürdige Beharren der westlichen Welt darauf, die Kurden nur als großartige Kämpfer und Kämpferinnen (YPG/YPJ, HPG/Yekitîya Star, YBŞ/YPJ Şengal etc.) im Krieg gegen den ISIS sehen zu wollen, ist angesichts der immer kritischer werdenden Lage in der Region kontraproduktiv. Dieser Blickwinkel verhindert, dass das Bemühen der Kurden um einen politischen und gesellschaftlichen Frieden nicht gesehen wird. Die Region als Schlachtfeld zwischen dem ISIS, den Staaten und den Kurden darzustellen, verleugnet die andere Wahrheit. Dass nämlich die Kurden ihre Friedenspolitik durchaus mit Erfolg entwickeln. Ihre Alternative mit den betreffenden Völkern teilen, sie einbeziehen, mit ihnen zusammen eine friedliche Zukunft entwickeln. Das Modell demokratischer Selbstverwaltung in Rojava und zuletzt der Wahlerfolg der HDP zeigen die andere Seite der Kurden.

Das Problem des Westens

Wenn vom Westen die Rede ist, dann auch von der Interpretation der Politik anhand von Fakten, Daten etc. Dabei bietet Kurdistan in Rojava und Bakûr (kurd.: Westen und Norden) unzählige neue und sehr konkrete Fakten. Die Frage, warum sie dennoch nicht gesehen werden, muss hier gestellt werden. Es ist wichtig, dass vor allem die westliche Welt darauf antwortet. Aus kurdischer Sicht liegt die Antwort in der Geschichte Kurdistans. Der Geschichte eines Volkes, das sehr lange vergessen worden war. Eines Volkes, dessen Freiheitskampf instrumentalisiert wurde. Eines Volkes, das auf die internationale Agenda kam, wenn die Interessen es erforderten. Eines Volkes, dessen Parteien in die Terror-Listen aufgenommen und kriminalisiert wurden.

Angesichts dieser Fragestellung wird hier auf die Vorstellung der Kurden als neue und alternative Akteure des Mittleren Ostens hingewiesen. Ohne die politische und gesellschaftliche Veränderung der Kurden zu sehen, kann heute keine produktive Politik im Mittleren Osten für den Frieden gemacht werden. Denn mit der Veränderung der Kurden sind die Staaten

(Türkei, Iran, Irak und Syrien) gezwungen, auch sich zu ändern.

Aufgrund der in diesem Zusammenhang sowohl geostrategisch als auch diplomatisch viel engeren Bündnispolitik der Türkei mit dem Westen ist es wichtig, sie in den Vordergrund zu stellen. Nicht zuletzt aufgrund des historischen Sieges der HDP, die Zehnprozenthürde übersprungen zu haben. Den Kurden ist es gelungen, die eigentliche Hürde in der Türkei zu überspringen, nämlich die Hürde zur Freundschaft und Solidarität mit den Türken und allen anderen Identitäten im Land.

Die Stunde der Kurden hat nach Rojava auch in Bakûr geschlagen. In Bakûr, in dem seit 1978 ununterbrochen für Freiheit gekämpft worden ist. In Bakûr, in dem die PKK seit ihrer Gründung 1978 bis heute 24 Regierungen, 13 Generalstabschefs, 8 Staatspräsidenten überwunden hat. Sie alle wollten die Kurden loswerden. Nun aber wollen die Kurden, Türken, Azeris, Assyrer, Araber, Pontus-Völker, Armenier, Aleviten, Sunniten, Êzîden, Frauen, Akademiker etc. gemeinsam diejenigen loswerden, die mit der Unterdrückung weitermachen wollen. Mit diesem Versprechen hat die HDP überzeugt und gewonnen. Die HDP entwickelt sich weiter in einer kampferfahrenen Widerstandstradition der Kurden, was auch zu einer neuen Hoffnung für die Türkei geworden ist.

Als Fortsetzung der 92-jährigen Staatstradition der türkischen Republik hat die Regierungspartei AKP alles unternommen, um die Kurden davon abzuhalten, die Momente im politischen Vakuum des Mittleren Ostens für sich zu gewinnen. Sie hat über die Unterstützung von ISIS und Al-Nusra den brutalen Krieg gegen die Kurden in Rojava geführt. Sie hat viel Geld in kurdische Städte investiert und geglaubt, die Kurden kaufen zu können. Bei der jüngsten Wahl haben aber die Kurden klar und deutlich geantwortet. In der Stadt Colemêrg (Hakkâri) hatte Erdoğan eine Woche vor dem Wahltermin den Flughafen auf den Namen des Kurden Salhaddini Eyyubi eröffnet. In Colemêrg haben dann 87 % für die HDP gestimmt. Ähnlich war es in anderen Städten in Bakûr. Die Botschaft war klar: Wir sind nicht käuflich, sondern wollen Freiheit anstatt Geld und Investitionen.

Demokratie in Rojava und der Türkei kann auch Iran verändern

Ein demokratischer Wandel in der Türkei kann auch Iran zu einem politischen Wandel im Hinblick auf die Kurden in Rojhilat (kurd.: Osten) verleiten. Immerhin stecken die in Syrien und Irak jetzt nach der Wahl in der Türkei in einem Prozess, mit dem sie die Staaten zur Demokratie zwingen. Die Kurden in Iran verstärken den Druck auf die kurdische Politik vor allem seit dem Kampf um und dem Sieg von Kobanê. Sie wollen kämpfen und sind bereit dazu. Nicht zuletzt verdeutlichten sie diese Botschaft nach dem Fall Ferînaz Xosrawis, die sich aufgrund des Vergewaltigungsversuchs von Mitgliedern des iranischen Geheimdienstes selbst getötet hat. Binnen weniger Stunden gingen die Menschen in Rojhilat auf die Straßen. Obwohl ihnen bewusst ist, dass das iranische Regime die Todesstrafe praktiziert und in den Gefängnissen brutal foltert *[s. S. 19]*.

Die Kurden in Rojhilat geben deutliche Signale an die kurdische Politik, dass sie bereit sind für einen Aufstand gegen das Regime. Die kurdische Politik ist aber bemüht, den politischen Weg einzuschlagen, da Iran im Gegensatz zu der Türkei, Irak und Syrien nach den Grundprinzipen des Machiavelli sehr flexibel sein kann. Ohnehin hatte Nizam al-Mulk bereits lange Zeit vor Machiavelli das Buch »Die Staatskunst. Grundprinzipen des Staates« verfasst. Ein Grundprinzip ist es, zugunsten der Staatsinteressen flexibel sein zu können.

Gegenwärtig läge es auch nicht im Interesse Irans, einen Krieg mit den Kurden anzufangen. Zum einen, da die iranische Strategie die Richtung verfolgt, Iran von Konflikten fernzuhalten, indem Konflikte außerhalb vertieft, erzeugt werden. Überdies ist Iran außer in Irak und Syrien auch in Jemen und anderen Golfstaaten in Konflikten und Kriegen äußerst aktiv. Ein Krieg in Iran mit den Kurden läge gegenwärtig nicht in seinem Interesse. Dafür aber kämpft er gegen die Kurden in Rojava und der Türkei. Im Falle der Kurden in Syrien und in der Türkei wirkt Iran daran mit, dass es zu keinem Frieden kommt. Indem er einerseits in Syrien das Baath-Regime gegen die Kurden provoziert, in Bakûr durch die Unterstützung der kurdischen Hizbullah (Hüda-Par) zu Provokationen gegen die HDP anstachelt. Andererseits bombardiert er die PKK-Stellungen in den Medya-Verteidigungsgebieten und sendet der AKP ein Signal der Solidarität. Fest steht aber, Iran will keinen Krieg im eigenen Haus. Die Kurden in Iran wollen aber den Stand der Kurden in Rojava, Bakûr und Başûr (kurd.: Süden; Irakisch-Kurdistan) erreichen und das Mullah-Regime loswerden.

Die Vergessenen melden sich zu Wort

Für nicht existent wurden die Kurden in den letzten neunzig Jahren erklärt. In internationalen politischen Institutionen vertreten waren sie durch die Türkei, Iran, Irak und Syrien. Weder in den UN noch im Europäischen Rat noch in asiatischen Zusammenschlüssen existiert dieses Volk. Verfassungsrechtlich waren die Kurden in den erwähnten Staaten nicht existent. Selbst im Post-Saddam-Irak ist ihre Existenz fraglich.

Internationale Bedingung für eine Anerkennung ist entweder, einen Staat zu haben, oder in bestimmten politischen Fällen, wie zum Beispiel die Palästinenser, einen Sonderstatus zu erhalten.

Ohne jeglichen Status waren die Kurden Freiwild für die einzelnen Staaten. Zahlreiche Fälle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Menschenrechtsverletzungen wurden in Kurdistan durch die Türkei, Iran, Irak und Syrien begangen. Der Rechtsweg war den Kurden versperrt, da sie ein Volk ohne Staat waren.

Mit Beharrlichkeit haben die Kurden aber nicht aufgegeben, sondern Widerstand geleistet. Jeder Aufstand war Reaktion auf die Politik der Negation.

Das letzte Glied der Widerstandskette bildet die kurdische Freiheitsbewegung unter der Führung von Abdullah Öcalan und seiner Partei, der PKK. Sie ist das kritische und selbstkritische Resultat aller kurdischen Aufstände.

Wenn heute der Revolution in Rojava oder dem Wahlerfolg in der Türkei vom 7. Juni applaudiert wird, dann ist es wichtig, nicht zu vergessen, dass sie die Folge einer langen Widerstandstradition sind, für die unzählige Kurden mit ihrem Leben bezahlt haben. Ob Sieg oder Niederlage, die Kurden haben nie aufgehört zu kämpfen. Ob sie negiert wurden oder aufgrund kurzfristiger politischer Ereignisse mit den Versprechen auf Freiheit betrogen, sie haben nie aufgehört, für die Freiheit zu kämpfen.

Schwächung der AKP ist Verringerung der Aggression im Mittleren Osten

Dieses vergessene Volk schreibt nun Geschichte. Und zwar nicht nur die eigene, sondern die Geschichte einer Region, die Geschichte des Mittleren Ostens. Denn in dieser Region haben in den letzten hundert Jahren die Machthabenden die Geschichte der Völker bestimmt und sie ihnen vorgeschrieben. Die Männer dieser Region haben auf der anderen Seite die Geschichte der Frauen bestimmt. Auch die Gründung der Nationalstaaten Türkei, Iran, Irak und Syrien war kein Rezept für die Türken, Araber und Perser. Heute fürchten diese Staaten um ihre Existenz. Ihre Bürger stellen sie infrage.

Syrien und Irak sind in einem kritischen Zustand. Iran und die Türkei sind in der Defensive und versuchen über externe Intervention in Syrien und Irak ihre Lebensdauer zu verlängern. Die Türkei war mit der AKP bemüht, das Land seit dem Syrienkrieg immer mehr in eine Diktatur umzugestalten. Den Höhepunkt erreichte die AKP mit der Forderung nach Alleinherrschaft für Erdoğan. Die Forderung der AKP nach dem neuen Präsidentenamt war die Forderung nach der absoluten Macht. Symbolisch wurde diese Botschaft mit dem neuen Palast Erdoğans illustriert. Im Land selbst hatte Erdoğan die Zivilrechte der Bürger immer weiter eingeschränkt. Die AKP intervenierte in alle Lebensbereiche der Bürger. Alle islamischen Konfessionen und Glaubensrichtungen sollten zur Hanafi-Lehre des sunnitischen Islam assimiliert werden. Die Hanafi-Rechtsschule war fast 700 Jahre lang das religiöse Merkmal des Osmanischen Reiches. Außer dass die Türkei die zweitgrößte NATO-Armee stellt, hat die AKP zusätzlich noch einen Polizeistaat geschaffen.

Nicht nur in der Innen-, auch in der Außenpolitik sieht die AKP ihren Nährboden im Erzeugen von Konflikten und in Krieg. Durch die Unterstützung für ISIS, Al-Nusra und weitere barbarische Gruppen führt sie Krieg in Syrien. Vor allem gegen die Kurden. In arabischen Ländern förderte sie Gruppen der Muslimbruderschaft. So hatte sie den zur Todesstrafe verurteilten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi unterstützt und mit ihm große Visionen wie den Aufbau einer »islamischen« Armee. Dies unter anderem führte zu noch mehr Feinden gegen Mursi. Auch die sunnitische Bündnispolitik der AKP in Irak vertiefte die ohnehin bestehende Krise. So hat die AKP versucht, von der wirtschaftlichen Notlage der Kurden in Irakisch-Kurdistan zu profitieren. Während sie den Erdölverkauf über die Türkei erlaubte, förderte sie auch den Konflikt zwischen Bagdad und Hewlêr (Arbil). Zudem war sie maßgeblich am Schüren eines innerkurdischen Konflikts zwischen PKK und PDK (Demokratische Partei Kurdistans) beteiligt.

Kurzum, die AKP ist nach 12 Jahren mit dem Projekt des gemäßigten Islam für den Mittleren Osten gescheitert.

Sie hat seit der Syrienkrise keine internationale Warnung ernst genommen, auch nicht die international geübte und offene Kritik an der Unterstützung von ISIS, Al-Nusra etc. Sie hat sich als NATO-Partnerin nicht an Abkommen zur Bekämpfung von ISIS beteiligt. Aufgrund seiner Unterstützung von ISIS war sich Erdoğan sehr sicher, dass Kobanê fallen würde. Ohnehin ging es der Türkei in der Syrienfrage zum einen um die Verhinderung einer Autonomie für die Kurden. Zum anderen sah sie in der Schwächung des syrischen Regimes die Möglichkeit, es zu okkupieren.

Öcalan leistete die Vorarbeit für den HDP-Sieg

Innenpolitisch war die AKP bemüht, den Störfaktor Kurden ruhigzuhalten. Sowohl bei den Oslo-Verhandlungen als auch über den politischen Lösungsprozess mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan seit Anfang 2013 war sich die AKP si-

cher, die Kurden hinhalten zu können. Die Diplomatie der ungewöhnlichen Kompromissbereitschaft Öcalans stellt eine außerordentliche Herausforderung für die AKP und Erdoğan dar. Öcalans Äußerungen und Vorschläge wurden durch die PKK praktiziert. Im Dialog Öcalans mit der sogenannten staatlichen Delegation fanden sich Wort und Tat im Einklang. Das wurde in der Politik in der Türkei von breiten Gesellschaftsgruppen positiv aufgenommen. Im Gegensatz dazu war die AKP weder im Wort noch in der Tat ernsthaft mit dem Frieden. Zuletzt hatte Öcalan einen weit umfangreicheren Vorschlag unterbreitet: Würde die Türkei eine Beobachtungskommission einberufen, welche die Einhaltung der am 28. Februar zwischen der HDP und der AKP-Regierung gemeinsam in einer Pressekonferenz veröffentlichten Zehnpunktedeklaration begleitet, so würde er die PKK zu einem Kongress aufrufen, auf dem der Krieg für beendet erklärt werden könnte. In seiner diesjährigen Newroz-Grußbotschaft wiederholte Öcalan seine Bereitschaft, einen noch größeren Schritt für den Frieden zu unternehmen.



Ein gewichtiger Grund, warum auffallend viele Menschen in der Türkei für die HDP gestimmt haben, war die kurdische Ernsthaftigkeit bei der Völkerfreundschaft ... Foto: DIHA

Die Friedenspolitik Öcalans und der PKK fand in der Türkei positive Resonanz und führte zugleich auch zum Hinterfragen der Absichten Erdoğans und der AKP.

Kurz nach Newroz machte Erdoğan eine 180-Grad-Wendung und stellte alles infrage, was zwischen Öcalan, HDP und AKP vereinbart worden war. Erneut erklärte er, es gäbe keine kurdische Frage in der Türkei. Auf diese Strategie aufbauend beteiligte er sich als Staatspräsident der Türkei, obwohl verfassungswidrig, im Wahlkampf persönlich an Kampagnen gegen die HDP. Es ging um seine absolute Macht. Nur in der HDP sah er eine ernsthafte Konkurrentin. Er ging so weit, die HDP als eine von externen Kräften eingesetzte Feindin darzustellen.

Rojavas Revolution hat auch die Türkei überzeugt

Öcalans politische Analyse des Mittleren Ostens bot den Kurden die Möglichkeit, auf alle Eventualitäten in der politischen Krisenregion vorbereitet zu sein. Seine Theorie, dass die Ära der Nationalstaaten in der Region am Ende sei, wurde durch die Schwächung Syriens und Iraks bestätigt. Er sah im Vorfeld auch die Türkei in dieser Kategorie. Ebenso Iran. Er schlug in seinen Veröffentlichungen den Kurden daher die Ära der Völker vor, allen durch die ethnisch fundamentierten Staaten Türkei, Syrien, Iran, Irak diskriminierten und unterdrückten gesellschaftlichen Gruppen, sich zusammenzuschließen. Weil die Kurden keine ethnisch basierte Staatlichkeit erfahren hatten, sondern deren Opfer waren, waren sie wenig von der Krankheit des Nationalismus und Rassismus infiziert. Sie eigneten sich daher am besten als diejenigen, die die Hand zu Frieden und Freundschaft ausstreckten. Die Einheit der Vielfalt war und ist Öcalans Grundprinzip. Als Kriterium für innergesellschaftliche Demokratisierung und Frieden für jede der Gesellschafts- und Volksgruppen sieht er die Frage der Frauenfreiheit als ausschlaggebend an.

Ein gewichtiger Grund, warum auffallend viele Menschen in der Türkei für die HDP gestimmt haben, war die kurdische Ernsthaftigkeit bei der Völkerfreundschaft. Die YPG/YPJ waren und sind nicht nur eine Guerillaarmee, die Kurden vor ISIS schützt, sondern auch alle anderen Volksgruppen in Rojava.

Die Wahlen als Fortsetzung der Friedensstrategie

In seinen Gesprächen mit der HDP-Imralı-Delegation, die zwischen ihm, der AKP und der PKK vermittelte, hatte Öcalan die HDP beharrlich zu überzeugen versucht, nicht mit unabhängigen Kandidaten, wie es die Kurden seit 1991 gemacht hatten, sondern als Partei, als HDP zur Wahl anzutreten. Er war sich sicher, dass der Zerfallsprozess bei der AKP eingetreten war und dass die Türkei vor einer neuen Diktatur stand. Aus diesem Grund hatte er sich in den Monaten vor der Wahl auch um Überzeugungsarbeit bei der HDP bemüht. Im März 2015 prognostizierte er auch, dass die HDP mehr als 12 % der Stimmen bekommen würde. (Das machte der Sprecher der HDP-Imralı-Delegation, Sirri Süreyya Önder, vor einigen Tagen in einer Livesendung des türkischen CNN öffentlich.) Öcalan war und ist sich sicher, dass der Werdegang der türkischen Republik in den Händen der Kurden liegt. Er hatte auch darauf hingewiesen, dass nach dem Wahlerfolg Vorbereitungen auf staatliche Racheakte getroffen werden sollten. Alle HDP-Kandidaten hatte er im Voraus gewarnt, sich gegen eventuelle Anschläge zu schützen. Zu gut kannte er die türkische Geschichte im Umgang mit Aufständen. Auch war und ist er sicher, dass die Lösung der kurdischen Frage das Schicksal des Landes bestimmt. Und weil die AKP Öcalan gut verstanden hatte, isolierte sie ihn in der Zeit der Wahl von der Außenwelt. Nach dem 5. April hat Öcalan bis heute keine Besuche mehr erhalten. Er wurde bestraft, weil er die HDP zur Kandidatur als Partei motiviert hatte. Er wurde mit Isolation bestraft, weil er die Friedensstrategie entworfen hatte, die die HDP hervorragend praktiziert hat.

Rojava versus Zentralstaat

Das Beispiel des baathistischen Syrien, das den Staat als arabische Republik definierte und daher alle anderen Komponenten außerhalb der Araber entrechtete, ist im Zerfall begriffen. Das Beispiel Rojava in Nordsyrien dagegen stellt die Alternative eines Vielvölkerstaats Syrien mit verschiedenen Glaubensbekenntnissen dar. Rojava zeigt, dass ein anderes, nämlich demokratisches Syrien mit allen Identitäten existieren kann. Die Kurden haben hier gemeinsam mit Arabern, Assyrern, Tschetschenen ein demokratisches Modell entwickelt, das auf gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung, allen voran zwischen Männern und Frauen und Volksgruppen, basiert. Außer dass sie immer mehr Selbstvertrauen entwickelten, haben sie auch die anderen Volksgruppen ermutigt, Vertrauen aufzubauen. Nicht nur im politischen, sozialen, wirtschaftlichen Bereich, auch bei der Verteidigung agieren die verschiedenen Gruppen zusammen. So befreiten die Kurden gemeinsam mit den Arabern und Assyrern in einer Großoffensive die 85 km lange Abdulaziz-Bergkette vom ISIS, während in Syrien das Regime trotz erheblicher Hilfe aus Iran, Russland und China die Städte Idlib und Tedmur (Palmyra) an ISIS verlor. Im selben Zeitraum konnte die irakische Armee auch mit 6 000 Soldaten die Stadt Ramadi nicht gegen 200 ISIS-Kämpfer verteidigen. Obwohl Kurden, Araber und Assyrer militärtechnisch dem ISIS unterlegen sind, so haben sie doch nicht nur die Bergregion um Abdulaziz, sondern auch die ISIS-Hochburg Girê Spî (Tal Abyad) zwischen den Kantonen Cizîrê und Kobanê erkämpft. Die stärkste Waffe der arabischen, kurdischen und assyrischen Kämpfer und Kämpferinnen ist ihre Überzeugung von einer gemeinsam gestalteten demokratischen und friedlichen Zukunft. Es ist auch wichtig, die Unterstützung der internationalen Koalition, vor allem der US-Luftwaffe, die in Rojava militärische Hilfe leisten, nicht zu vergessen. Doch diese Hilfe leisten die USA auch in Irak.

Das neue Bild der Kurden

Das Bild der Kurden im 20. Jahrhundert war immer geprägt vom Opfer-Täter-Muster. Opfer waren die Kurden, Täter die jeweiligen Staaten und indirekt deren Bündnispartner.

Im 21. Jahrhundert allerdings hat sich dieses Muster gewandelt. Die Kurden sind keine Opfer mehr. Weil sie auch die Staaten nicht kopieren, lehnen sie es ab, Täter zu werden. Sie machen es anders.

Die politische Umwälzung bietet den Kurden viel mehr Möglichkeiten, sich mit ihrem Modell der Demokratie zu entwickeln und zu entfalten. Den Staaten wie Iran, Irak, Syrien und Türkei als Tätern geht es allerdings sehr schlecht. Sie haben unglaubliche Schwierigkeiten, aus ihrer Täterrolle herauszukommen. Die Kurden sind jetzt nach erkämpften Siegen viel stärker in ihrem Selbstbewusstsein. Aber auch in ihrer Verantwortung. Die Erfolge haben ihnen auch großartige Freundinnen und Freunde geschaffen. Viele Menschen aus aller Welt kommen und kämpfen mit ihnen. Nicht nur, dass die Kurden aus ihrer Opferrolle geschlüpft sind, sie ermutigen auch andere dazu. Wie es heißt, Tropfen für Tropfen entsteht das Meer!

Ähnlich verlief auch der innerdemokratische Prozess in Kurdistan. Nachdem Öcalan die Frauen zum autonomen Frauenkampf für ihre eigenen Rechte ermutigt hatte, haben sie die Opferrolle abgelegt. Das führte dazu, dass die Täter, also die Männer, entblößt dastanden. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als sich zu ändern, ihre Gesinnung zu demokratisieren. Es wird auch den Staaten nichts anderes übrig bleiben, als sich zu ändern, sich zu demokratisieren.

Nun, dieses Volk schreibt jetzt Geschichte. ♦

Analyse der Wahlergebnisse vom 7. Juni

Die HDP ist ihrer Verantwortung gerecht geworden

Veysi Sarısözen, Journalist

Die Türkei hat die kritischste Parlamentswahl ihrer Geschichte abgehalten. Für die kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP) und die profaschistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) gab es nur »quantitative« Ergebnisse. Die CHP verlor einige Stimmen, die MHP gewann einige. Die Position beider Parteien im türkischen Parlament hat sich damit nicht verändert. Im Gegensatz dazu erlebten die an der Macht stehende »islamistische und nationalistische« Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und die als Bündnis der kurdischen politischen Bewegung mit linken, sozialistischen, feministischen, grünen, linksliberalen und LGBT-Kräften angetretene Demokratische Partei der Völker (HDP) in qualitativer Hinsicht eine große Veränderung. Die seit dreizehn Jahren die Regierung stellende AKP verlor ihre absolute Parlamentsmehrheit, die HDP dagegen gewann mit der Überwindung der Zehnprozenthürde, die der 12.-September-Faschismus gegen die kurdische Gesellschaft in der Verfassung verankert hatte, 80 Sitze. Zweifellos zeigen der Abfall der AKP von 50 auf 40 % und die Überwindung der Wahlhürde mit 13 % durch die HDP nur eine Seite der Wahl vom 7. Juni.

Es gab noch etliche weitere Veränderungen: Zuvor war die AKP in den westlichen Provinzen Nordkurdistans ohne Konkurrenz gewesen. Insbesondere in den von sunnitischen und alevitischen Kurden gemeinsam bewohnten Provinzen unterstützten die sunnitischen Kurden die ihnen als »sunnitisch« bekannte AKP. In einigen Provinzen, wo die Kurden ihre Mehrheit aufgrund von Assimilation, Migration etc. eingebüßt hatten, war der türkische Bevölkerungsanteil gegenüber früher gestiegen. Die AKP erhielt auch in solchen Provinzen Nordkurdistans eine Stimmenmehrheit. Auf der anderen Seite unterstützte die gegen das staatliche »Sunnitentum« eingestellte und in den überwiegend von kurdischen Aleviten bewohnten kurdischen Provinzen lebende Mehrheit der Aleviten die »laizistische« CHP. Bei der Wahl vom 7. Juni kam es nun zu einer radikalen Änderung des Kräfteverhältnisses in ganz Nordkurdistan. Die HDP erlebte in den genannten AKP-beeinflussten Provinzen einen enormen Stimmenzuwachs und fügte der AKP in Kurdistan eine erhebliche Niederlage zu. Außer in fünf, sechs Provinzen erfuhr die HDP dort von der Bevölkerung eine achtzigprozentige Unterstützung. Die »fundamentalistisch-islamistische« Partei der Freien Sache (Hüda Par), die an der Seite der AKP heranwächst, hat mit nur wenigen Stimmen keine Unterstützung in der Bevölkerung gefunden. Die CHP gewann beispielsweise in Dêrsim (Tunceli), trotz sonst üblicher zahlreicher Stimmen, nicht einen einzigen Abgeordneten. Bekanntlich hatten AKP und Staatspräsident Erdoğan vor der Wahl erklärt, gestützt auf die durch Assimilation und Migration veränderte Bevölkerungszusammensetzung in den nordkurdischen Provinzen, dass nicht die HDP, sondern die AKP Kurdistan vertrete. Diese Behauptung rüttelte an der nationalen demokratischen Einheit der kurdischen Gesellschaft und wurde mit der Wahl klar widerlegt. In den kurdischen Provinzen, in denen die AKP immer noch über Einfluss verfügte, und in Nordkurdistan im Allgemeinen hat die HDP die AKP weit überholt. Die AKP konnte dort meist nur Stimmen aus dem Militär, der Polizei, der zivilen Bürokratie, der kleinen türkischen Minderheit und dem Dorfschützersystem gewinnen.

Somit ist die im Grunde sowieso sinnlose »Diskussion«, wer wen in Nordkurdistan »vertritt«, sicher zu Ende. Abschließend hat die AKP zusammen mit ihrem Fall in die »Minderheit« den Status als erste Partei bei den Wahlen in Nordkurdistan verloren und die HDP ist mit dem Überwinden der Wahlhürde in der Gesamttürkei und dem Gewinn der großen Mehrheit in Nordkurdistan zur »ersten« Partei geworden. Dies ist das deutlichste Ergebnis dieser Wahl im Hinblick auf das Hauptproblem der Türkei, die kurdische Frage.

Es gibt noch ein weiteres Wahlergebnis mit »revolutionärer« Qualität, und zwar in horizontaler Dimension. Das HDP-Wahlprogramm, das sich auf die von ihr vertretene »geschlechterbefreite, ökologische und freiheitlich-kommunale Gesellschaft« stützt, hat alle Parteien in der Türkei, außer der MHP, beeinflusst. AKP und CHP, »männerdominiert«, waren unter dem Eindruck des Kampfes der HDP-Frauen gezwungen, eine

bisher nicht gekannte Anzahl Kandidatinnen zu nominieren. Am Ende wurde eine Anzahl Frauen (97) gewählt, die das türkische Parlament bisher nicht gesehen hatte. Ohne Zweifel haben die HDP-Kandidatinnen mit 38 Prozent der Gewählten als demokratische Frauen die Vorreiterrolle für diese »Parlamentsabgeordneten-Bewegung« gespielt. Somit hat die »männlich dominierte Repräsentation« im türkischen Parlament ihre erste große Niederlage erlebt.

Neben diesem »Sieg der Frauen« wurde ein weiteres bedeutendes Ergebnis am Jahrestag des Genozids an den Armeniern und Assyrern erzielt. So sind alle Parteien, wieder außer der MHP, vom HDP-Programm der »demokratischen Nation« beeinflusst worden. Diejenigen, die die PKK-Guerillas als »Nachkommen von Armeniern« beleidigt und das Wort »Armenier« wie ein Schimpfwort benutzt hatten, sogar die historische Verantwortung für diesen Genozid tragen, waren nun gezwungen, gemeinsam mit armenisch-stämmigen Kandidaten zur Wahl anzutreten. Dass die HDP statt von den »Nationen der Türken, Kurden, Lasen, Armeniern« usw. von einer »demokratischen Nation« für alle Ethnien, Konfessionen und Sprachen spricht und auf ihrer Wahlliste êzîdische, armenische, assyrische Kandidaten aufstellte, war ein Schlag gegen die von »Assimilation und Völkermord« gekennzeichnete Geschichte und Praxis des türkischen Staates. Daneben sind auch noch die alevitischen HDP-Kandidaten zu nennen, die ihren Glauben offengemacht hatten und gewählt wurden. Im Gegensatz zum CHP-Vorsitzenden Kılıçdaroğlu, der sich lange Zeit geweigert hatte, seine alevitische Identität überhaupt offen anzusprechen.

Alles eben Genannte sind Wahlergebnisse vom 7. Juni, die einen qualitativen Unterschied zu vorherigen Wahlen ausmachen.

Mit den Ergebnissen dieser Wahl wurden auch für die nahe Zukunft der Türkei gefährliche Entwicklungen verhindert. Hätte die HDP die Wahlhürde nicht überwunden, wäre die Türkei innerhalb einiger Monate unaufhaltbar in Richtung eines diktatorischen Regimes im Sinne Erdoğans gegangen. Die Verfassung wäre auf der Grundlage eines »Präsidialregimes im türkischen Stil« geändert worden. In diesem Regime mit Erdoğan als »einzigem Chef« wäre die seit zweieinhalb Jahren andauernde Waffenruhe mit den bisherigen Kriegsvorbereitungen beendet, der Krieg gegen die PKK als größtem Hindernis für die militaristische Politik im Mittleren Osten mit dem Ziel ihrer Vernichtung begonnen und der HDP wie anderen früher schon mit massenhaften Festnahmen begegnet worden. Unter dem Eindruck des Sieges der YPG/YPJ in Kobanê gegen den von der AKP-Regierung unterstützten und mit Waffen ausgestatten Islamischen Staat (IS) hätte Erdoğan in der Krise seiner Mittelost-Politik die Türkei zusammen mit Saudi-Arabien und Katar in einen Konfessionskrieg gegen den Iran gezogen. Weil eine solche Orientierung die schonungslose Ausbeutung der Werktätigen bedingt und die lahmende Wirtschaft herausfordert, wären alle Kriegsausgaben und die ökonomische Krise auf die Werktätigen abgewälzt und deren Kampfmöglichkeiten zerschlagen worden. Alle möglichen Aufstände wären mit blutigen Polizeiangriffen, die selbst die gegen den Gezi-Widerstand überstiegen hätten, niedergeschlagen worden.

Die Überwindung der Wahlhürde durch die HDP und die Verhinderung der Möglichkeiten für die AKP, allein die Verfassung zu ändern und die Regierung zu stellen, hat mit der Abwehr der oben genannten möglichen Gefahren eine große Chance geschaffen.

»Chancen« bringen nur etwas, wenn sie »genutzt« werden. In dieser Hinsicht können wir nicht behaupten, dass die gefährliche Entwicklung vollends gestoppt worden sei. Denn die AKP und insbesondere die Gruppe um Erdoğan sind weit davon entfernt, die Wahlniederlage zu akzeptieren. Die AKP spielt nach der Wahl ein gefährliches Spiel, um von neuem an die Macht zu kommen. Sie ist dazu gezwungen. Denn seit ihrer Gründung bis heute nährt sie sich von ihrer 13 Jahre währenden Macht. Als die AKP 2002 an die Macht kam, verfügte sie im Staatsapparat über kein Militär, keine Polizei, Richter oder zivile Bürokratie. Aus diesem Grund verbündete sie sich dort mit verschiedenen Kreisen. Insbesondere mit dem Fethullah-Gülen-Orden, dem nach dem faschistischen Putsch des 12. September 1980 als »Export der Khomeini-Revolution« der Raum gegeben wurde, sich innerhalb des türkischen Staatsapparats zu organisieren. Gleichzeitig arrangierte sich die AKP mit den »liberalisierenden Konservativen« aus der Zeit Özals und sogar den liberalen Bürokraten. Heute sind die geschlossenen Bündnisse aufgelöst. Und die AKP verfügt immer noch nicht über eine mit ihr vollständig verbündete Bürokratie. Eine AKP, die nicht an der Macht ist, kann diesen Staatsapparat nicht beherrschen. Diese Partei war nicht als »ideologische« Partei gegründet worden. Sie wuchs als eine Clique, in der jeder andere Interessen verfolgte. Die unterschiedlichen Kreise in dieser Partei, die auch von den USA unterstützt wurden, hatten sich mit dem Ziel zusammengeschlossen, sich auf den Staat gestützt zu bereichern. Diese Kreise bleiben bei keiner AKP, die nicht an der Macht ist.

In der Opposition könnte die AKP ihr Medienmonopol nicht aufrechterhalten. Die ganzen an Kapitalgruppen gebundenen Medienorgane können sich ohne staatliche Unterstützung nicht halten. Und nicht zuletzt hat die AKP im Zuge ihrer in den letzten Jahren verfolgten Linie sowohl innerhalb des Staatsapparats als auch in der Öffentlichkeit eine unglaubliche Polarisierung gegen sich geschaffen, eine Polarisierung mit einem solchen gegenseitigen Hass wie nie zuvor in der

politischen Geschichte der Türkei. Die Kader der AKP und insbesondere Erdoğans wissen sehr gut, dass ein Regierungsverlust für sie Verurteilung und Haft bedeutet.

Kurz, eine AKP in der Opposition kann sich nicht verteidigen, nicht einmal ihre Existenz sichern. Das ist ein solch klares Bild, dass die Äußerung eines der AKP-Gründer und heutigen Vizeministerpräsidenten Bülent Arınc vom 10. Juni Eingang in die türkischen Medien fand: »Wir müssen die Macht sein, wir sind eine Partei, die der Macht bedarf.«

Ist es möglich, dass die AKP diese ganzen Ängste mit einer »Koalition« beseitigen kann? Nein. Denn keine Partei, die mit der AKP koalieren würde, könnte die bekannt gewordenen Korruptionsfälle vom vergangenen Dezember unberücksichtigt lassen. Sonst würde sie bei der nächsten Wahl abgestraft werden.

Wie kann die AKP zur Macht werden?

Sie hat ihre Absichten am 8. Juni mit den Titelzeilen in den ihr verbundenen Medien selbst enthüllt, mit der raschen Ausführung dieses ausgeheckten Plans drei Tage später in Amed (Diyarbakır) machte sie einen schweren Fehler. Die AKP-Medien verlautbarten einen Tag nach der Wahl das Ziel der AKP: »vorgezogene Neuwahlen« statt »Koalition«. Zwei Tage später führte sie mit einer blutigen Provokation in Amed vor, wie sie dieses Ziel mit der »Schaffung eines blutigen Chaos« erreichen wollte. Nachdem demokratische Medien wie Özgür Medya, Özgür Gündem, Yeni Özgür Politika, Med Nûçe TV, İMC TV, Hayat TV und TV 10 dieses gefährliche Spiel der AKP für »vorgezogene Neuwahlen« mit der Öffentlichkeit geteilt hatten, sind die AKP-Strategen zur »Verteidigung« übergegangen. So äußerte auch Davutoğlu: »keine vorgezogene Neuwahl, sondern Koalition« und »wir werden ein Chaos nicht zulassen«.

Es ist eine Realität, dass der Plan der Regierung, mit Chaos zu vorgezogenen Neuwahlen zu kommen, genau im richtigen Moment aufgedeckt wurde und die kurdische Gesellschaft auf die Provokation der »tiefen AKP« in Amed nicht eingegangen ist und bewaffnete Auseinandersetzungen verhindert hat.

Nun liegt vor der Türkei eine kritische Phase der »Koalitionsbildung«. Die HDP und alle demokratischen Kreise haben die Initiative ergriffen. Die HDP ist ihrer Verantwortung in der Wahl gerecht worden, sie hat die Provokation von Auseinandersetzungen in Kurdistan verhindert, sie hat die demokratische nationale Einheit der Kurden gestärkt, die Wahlhürde überwunden und die AKP in die Minderheit gerungen. Nun haben die zwei »großen« Parteien der Wahl die Aufgabe und Verantwortung, die Türkei nicht ohne Regierung zu lassen. AKP und CHP sind gezwungen, auf der Grundlage der Regierungsbildung den Lösungsprozess und die Gespräche mit Öcalan weiterzuführen, die politische Vorherrschaft Erdoğans zu beenden und im Land und in der Region Frieden zu sichern. Ohne Zweifel tragen alle ins Parlament eingezogenen Parteien eine Verantwortung: als Ergebnis dieser historischen Wahl im türkischen Parlament als eine »konstituierende Versammlung« zu arbeiten. Eine solche »konstituierende Versammlung« muss sich unter Beteiligung aller Parteien und der Zivilgesellschaft dem Ziel der Demokratisierung der türkischen Republik und einer demokratischen Verfassung widmen.



Der Wahlerfolg der HDP wurde fast überall gefeiert – Die Anzahl der Abgeordneten von HDP und AKP in einigen kurdischen Provinzen Foto: DIHA

Und zum Ende muss erklärt werden, dass alle Ergebnisse dieser Wahl vom 7. Juni hervorgegangen sind aus der Realisierung der vom PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vorbereiteten theoretischen und praktischen Linie, die von aufopferungsvollen Kadern verwirklicht wurde. Die Linie der Theorie der »demokratischen Nation, des demokratischen Konföderalismus, der demokratischen Republik und der demokratischen Autonomie« hat sich praktisch mit dem breiten Bündnis um die HDP, der HDP-Gründung selbst und der Entscheidung, als Partei anzutreten, vereint. Diese »Veränderung«, die nicht nur die Türkei, sondern den Mittleren Osten ändern wird, hat zudem die Menschen aus allen Teilen der Türkei erreicht. ♦

Der Wahlerfolg der HDP

Allen Angriffen zum Trotz

Mako Qoçgirî

Der Hohe Wahlausschuss der Türkei (YSK, trk.: Yüksek Seçim Kurulu) hat zwar die offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 7. Juni noch nicht veröffentlicht (Stand 11.06.), doch es steht außer Frage, dass es vor allem eine Gewinnerin gibt: die Demokratische Partei der Völker (HDP).

Mit etwas mehr als 13 % hat die HDP den Einzug ins türkische Parlament geschafft. Die Zehnprozentwahlhürde, ein Überbleibsel der faschistischen Verfassung der Militärdiktatur von 1982, um die Kurdinnen und Kurden des Landes aus dem Parlament zu halten, wurde deutlich genommen. Der Einzug der HDP bedeutet für die Türkei, dass nicht nur die KurdInnen den Eintritt in das parlamentarische System des Landes geschafft haben, sondern auch die VertreterInnen verschiedener anderer ethnischer und religiöser Gruppen, die bislang nicht die Möglichkeit hatten, ihrer Stimme Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig hat es mit der HDP eine linke und sozialistische Opposition ins Parlament geschafft; Vertreterinnen und Vertreter verschiedener sozialistischer Parteien standen auf ihren vorderen Listenplätzen. Auch die Stimme der Frauen wird durch den HDP-Erfolg im neuen Parlament in Ankara lauter zu hören sein. 32 der voraussichtlich 80 Abgeordneten der HDP sind Frauen. Insgesamt haben 97 Frauen den Einzug ins Parlament geschafft, doch während der Frauenanteil der anderen Fraktionen nicht mehr als 15 % beträgt, erfüllt die HDP die sich selbst auferlegte 40%-Geschlechterquote.

Während die HDP als klare Siegerin aus den Parlamentswahlen hervorgegangen ist, kann die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), trotz ihrem Stimmenanteil von mehr als 40 %, als Wahlverliererin bezeichnet werden. Die türkische Regierungspartei war mit dem Ziel einer verfassungsändernden Parlamentsmehrheit angetreten, um nach dem 07.06. ihr viel propagiertes Präsidialsystem für Staatspräsident Erdoğan einführen zu können. Dafür wären mindestens 367 Abgeordnete notwendig gewesen. Kurz vor der Wahl hatte sie ihr Mindestziel allerdings auf mindestens 330 Abgeordnete herunterkorrigiert. Mit dieser Anzahl hätte sie immerhin einen Verfassungsänderungsentwurf per Referendum bestätigen lassen können. Doch das schlussendliche Ergebnis stellt die Regierungspartei vor eine völlig andere Realität. Sie verfügt voraussichtlich über 258 Sitze und kann damit noch nicht einmal allein die Regierung stellen. Derzeit laufen die Diskussionen um mögliche Koalitionspartner. Weder ein Bündnis mit der Republikanischen Volkspartei CHP noch mit der Partei der Nationalistischen Bewegung MHP scheint ausgeschlossen. Für die Regierungsbildung haben die Parteien nach der Wahl eine 45-tägige Frist. Kommt es binnen dieser zu keiner Koalitionseinigung, dürften noch im November Neuwahlen stattfinden.

Der Wahlerfolg der HDP macht deutlich, dass die AKP ihren Zenit überschritten hat. Besonders in den kurdischen Gebieten musste die Partei um Ministerpräsident Davutoğlu und Staatspräsident Erdoğan große Einbußen hinnehmen. Die HDP ist in insgesamt 14 Provinzen stärkste Kraft, aber auch im Westen der Türkei hat sie große Erfolge verbuchen können. So wurden in 10 Provinzen, in denen die Vorgängerparteien der HDP bislang nach keiner Wahl Abgeordnete hatten stellen können, dieses Mal HDP-KandidatInnen von der Bevölkerung ins Parlament entsandt. Das Ergebnis demonstriert, dass alle Versuche der AKP, die HDP unter die Wahlhürde zu drücken – denn die Regierungspartei war sich dessen durchaus bewusst, dass der Einzug der Demokratischen Partei der Völker ins Parlament ihren eigenen Plänen einen Strich durch die Rechnung machen würde –, nicht nur gescheitert sind, sondern die HDP womöglich weiter gestärkt haben.

Die AKP hatte vor der Wahl gnadenlos auf Eskalation gesetzt und wollte geradezu einen BürgerInnenkrieg provozieren. Ziel dieser Taktik sollte es sein, der HDP das Image des »verlängerten Arms des Terrorismus« zu verleihen, um ihr so insbesondere im Westen der Türkei die Sympathien zu verscherzen. Trotz bestehenden Waffenstillstandes wurden zunächst die Militäroperationen der türkischen Armee verstärkt. Überall sollten bewaffnete Auseinandersetzungen mit der PKK provoziert werden. Den Höhepunkt der Militäraktionen stellte eine Operation Mitte April in der kurdischen Provinz Agirî (trk. Ağrı)

dar. Dort wurden türkische Soldaten auf Befehl des Innenministeriums geradezu in den Tod geschickt. Nur ein Eingreifen der Zivilbevölkerung, die sich als lebende Schutzschilde in das Kampfgebiet bewegten, führte dazu, dass die Opferzahlen dieser Operation begrenzt blieben.

Auf die Militäroperationen folgten direkte Angriffe auf die HDP. In Adana und Mersin explodierten Mitte Mai Bomben in HDP-Büros. Nur durch Zufall kam es dabei zu keinen Toten. In Çewlîg (Bingöl) wurde Anfang Juni ein Wahlkampfmitarbeiter der HDP von sogenannten »unbekannten Tätern« mit dreißig Kugeln durchsiebt. Kurz darauf wurde in Erzirom (Erzurum) ein Wahlkampfauto der HDP niedergebrannt, aus dem sich der Fahrer in letzter Sekunde retten konnte, und ebenfalls in Erzirom wurde eine Wahlkampfveranstaltung der HDP von hunderten Faschisten angegriffen, während die Polizei sich, gelinde ausgedrückt, zurückhaltend verhielt. Schließlich gingen zwei Tage vor dem Wahltag auf der letzten HDP-Wahlkampfveranstaltung in Amed (Diyarbakır), an der hunderttausende Menschen teilnahmen, zwei Bomben hoch. Es kamen vier Menschen ums Leben und hunderte wurden verletzt.



HDP-Büro in Adana: *Auf die Militäroperationen folgten direkte Angriffe auf die HDP. In Adana und Mersin explodierten Mitte Mai Bomben in HDP-Büros. Nur durch Zufall kam es dabei zu keinen Toten ...* Foto: H. Schultze

Allen Angriffen zum Trotz rief die HDP ihre AnhängerInnenschaft stets zur Besonnenheit auf. Ziel dieser Angriffe war es, eine BürgerInnenkriegsatmosphäre zu schaffen, die bei der Bevölkerung das Bedürfnis nach einer starken Regierungspartei hervorrufen sollte. Doch die Reaktion der HDP und ihrer AnhängerInnen ließ auch diesen letzten Plan der AKP scheitern: »Auf keine Provokation einlassen und die Antwort am Wahltag geben« – das war die Devise der HDP und 13 % Stimmenanteil sprechen dafür, dass die Bevölkerung ihrer Aufforderung gefolgt ist und der AKP die richtige Antwort gegeben hat.

HDP: Der Weg zu einem freien Leben hat sich geöffnet

Nach dem Wahlerfolg der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und ihrem Einzug ins türkische Parlament ist ihr Parteirat am 10. Juni zusammengekommen, um die Wahlergebnisse und die Provokationen in Kurdistan zu bewerten. Er verabschiedete die aus 15 Artikeln bestehende Abschlussresolution zum Wahlerfolg:

1. Die HDP ist in einer kritischen Phase als Partei zur Wahl angetreten und hat trotz der Zehnprozenthürde, ungleicher Wahlkampfbedingungen, einer Vielzahl von Angriffen, Bombenattentaten, versuchten Massakern gegen die Partei und ihre AnhängerInnen und Wahlmanipulationen mehr als 6 Mio. Stimmen erhalten; sie hat ihren Stimmenanteil gegenüber den letzten Parlamentswahlen im Juni 2011 um 100 Prozent gesteigert und so-

mit einen großen Erfolg errungen. Mit diesem Erfolg ist die Hoffnung auf eine demokratische, gleichberechtigte und freiheitliche Türkei von Neuem erblüht.

2. Mit der Überwindung der Wahlhürde durch die HDP am 7. Juni wurden zugleich die Hoffnungen Erdoğans begraben, ein Präsidialsystem zu errichten. Dadurch wurde der Übergang zu einem autoritären Regime vorerst gestoppt. Die AKP hat wesentlich an Kraft verloren und bekam nicht die Unterstützung der Bevölkerung, um allein eine Regierung zu bilden. Somit wurde ihre 13-jährige Alleinherrschaftszeit beendet. Im Gegenzug hat sich der Weg zu einem freien Leben geöffnet.

3. Diese Wahl ist gleichzeitig der Beweis für das Scheitern einer nach Hegemonie strebenden, expansionistischen und auf konfessioneller Spaltung aufbauenden Nah- und Mittelostpolitik der Regierungspartei. Die Errungenschaften der HDP mit dem Wahlsieg sind nicht nur ein Gewinn für die Völker der Türkei, sondern für alle Völker in der Region und im Mittleren Osten, die für Frieden, Demokratie, Gleichheit und Freiheit kämpfen. Mit der Revolution in Rojava und den Wahlerfolgen von SYRIZA in Griechenland und Podemos in Spanien ist die Hoffnung der Werktätigen und der Unterdrückten gestiegen.

4. Die AKP, die den Lösungsprozess eingestellt hat und das Beharren unserer Völker auf einem nachhaltigen Frieden ausnutzt, hat in Provinzen wie Amed (Diyarbakır), Wan (Van), Agirî (Ağrı) und Colemêrg (Hakkâri) schwere Niederlagen erlitten. So wurde der AKP-Behauptung »Wir sind die politischen VertreterInnen der kurdischen Gesellschaft, nicht die HDP« eine Abfuhr erteilt. Die kurdische Gesellschaft hat bekräftigt, dass die HDP ihre politische Vertreterin im Parlament für ihren seit 35 Jahren andauernden Kampf um Gleichheit, Frieden und Freiheit ist.

5. Der »Lösungsprozess« hat nicht nur in den Provinzen Amed, Wan, Agirî, Colemêrg, sondern auch in großen westlichen Provinzen wie İstanbul, İzmir, Ankara, Antalya, Kocaeli und Bursa großen Anklang gefunden. Der Ruf nach Frieden ist vom Osten bis in den Westen, vom Süden bis in den Norden in allen Provinzen der Türkei erklungen. So wurde nochmals der Wille der Völker in der Türkei nach einem gemeinsamen Zusammenleben auf dem Boden der Werte der »großen Menschlichkeit« *[Slogan aus dem HDP-Wahlkampf]* betont und der Weg für eine Lösung auf parlamentarischer Grundlage eröffnet.

6. In diesem Zusammenhang rufen wir als Parteirat der HDP den Staat und die neue Regierung, aus welchen Parteien sie auch immer bestehen sollte, dazu auf, den »Lösungsprozess« an dem Punkt fortzusetzen, an dem er gestoppt wurde. Wir fordern, die Isolation Herrn Öcalans sofort aufzuheben und die Gespräche mit dem Architekten des »Lösungsprozesses«, der in allen kritischen Zeiten auf dem Frieden beharrt und dem »Lösungsprozess« den Weg weist, wieder aufzunehmen. Wir bekunden, dass die HDP in diesem Punkt bereit ist, die ihr zufallende politische Verantwortung zu tragen.

7. Es ist von größter Bedeutung, dass 40 Prozent der aus der HDP-Liste Gewählten 32 Frauenabgeordnete sind. Für diesen großen Wahlerfolg der HDP waren die Frauen entscheidend und sind als treibende Kraft im Kampf um Gleichheit und Freiheit hervorgetreten. Der Aufruf zu einem »neuen Leben« *[Slogan aus dem HDP-Wahlkampf]* hat gefruchtet und die Frauen haben ihr Gesicht der HDP und ihren Rücken Erdoğan zugewendet. Doch die Tatsache, dass lediglich die 40-prozentige Untergrenze der Geschlechterquote erreicht werden konnte, wird von der HDP selbstkritisch bewertet. Ziel wird es sein, den Anteil der Frauen unter den Abgeordneten in Zukunft auf 50 Prozent zu steigern.

8. Die Wahl vom 7. Juni hat keiner Partei das Mandat zur alleinigen Regierungsbildung verliehen und macht die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig. Die HDP wird bei der Arbeit zur Bildung einer neuen Regierung ihren Versprechungen im Wahlkampf treu bleiben und eine konstruktive Politik verfolgen. Jede Arbeit für eine Regierungsbildung, die im Sinne der Völker der Türkei ist und den politischen Prinzipien der HDP entspricht, wird von uns unterstützt. In diesem Rahmen sind wir auch bereit, unserer politischen Verantwortung gerecht zu werden. Aus diesem Anlass rufen wir auch Staatspräsident Erdoğan dazu auf, die Entscheidung der Völker zu respektieren und sich im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Grenzen zu bewegen, um die Atmosphäre im Land zu »normalisieren«.

9. Das neue Parlament und die neu zu bildende Regierung sollten ohne Zeitverzug die Arbeit für eine pluralistische, multikulturelle, multilinguale und multikonfessionelle sowie demokratische, freiheitliche, gleichberechtigte, soziale und ökologische Verfassung in Angriff nehmen.

10. Wir gedenken in allen Ehren all unserer Geschwister, die vor und nach der Wahl bei den durch die feindselige Rhetorik der AKP und des Staatspräsidenten angesta-



Kulturfest in den Bergen bei Qilaban (Uludere). Foto: DIHA

chelten Angriffen gegen unsere Partei ihr Leben lassen mussten.

11. Obwohl die Wahl vorüber ist, werden wir Zeuge von Provokationen auf den Straßen Ameds und von politischen Morden, die an die 90er Jahre erinnern. Wir denken, dass diese Provokationen, Morde und versuchten Massaker durch die Hände einer »Spezialorganisation« verübt werden, um den Wahlerfolg der HDP zu schmälern. Ziel ist es, die Bevölkerung Ameds auf die Straßen zu treiben und somit »Chaos« zu schaffen, das einen Schatten auf die Legitimität der Wahlergebnisse werfen soll.

12. Ebenso wie die Bevölkerung von Amed vor der Wahl sich bei den Bombenanschlägen mit ihrem Leben gegen die Fallen und Provokationen stellte und trotz der Toten und hunderter Verletzter ihre aufrichtige Haltung wahrte, genauso wird sie sich auch nach der Wahl gegen die Provokationen stellen und ihre Haltung wahren.

13. Wir rufen den Staatspräsidenten und den Ministerpräsidenten auf, die andauernden Provokationen und Morde sofort zu stoppen, die Versuche, Chaos im Land zu erzeugen, zu beenden und das Land zu normalisieren. Auf der anderen Seite rufen wir alle ArbeiterInnen- und Massenorganisationen, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Intellektuellen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, AkademikerInnen und alle, die für Frieden stehen, dazu auf, sich gegen diese Versuche zu positionieren.

14. Als Parteirat bedanken wir uns bei allen, die während der Wahl mit der HDP Bündnisse schlossen, den Wahlkampf unterstützten, materielle und immaterielle Unterstützung leisteten und sich solidarisch zeigten. Wir bedanken uns bei allen, die uns aus welchen Gründen auch immer ihre Stimme gegeben haben. Wir bedanken uns auch bei allen, die uns vielleicht nicht ihre Stimme gegeben, aber dennoch mit uns gefühlt und am Wahlabend mitgezittert haben. Wir begrüßen als HDP nochmals den Widerstand von Gezi und von Kobanê, der uns bei unserer Wahlkampfarbeit große Kraft und Motivation gegeben hat, und gedenken aller Gefallenen dieses Widerstands.

15. Mit dem Wahlerfolg der HDP wurde der Weg zu einem freien Leben eröffnet, das auf den Werten der »großen Menschlichkeit« aufbauen wird. Es ist nun an der Zeit, diesen Weg zu verbreitern, die Zahl der Menschen, die auf diesem Weg gehen, zu vermehren, die Einheit der Demokratie-, Friedens- und ArbeiterInnenkräfte der Türkei zu entwickeln und mit klaren Schritten in Richtung des Ziels einer demokratischen Herrschaft der Völker zu schreiten. ♦

Die Aleviten und ihre Entscheidung für die HDP

Aktiv für eine gemeinsame Zukunft

Mehmet Sürmeli

Am 7. Juni findet eine der kritischsten Parlamentswahlen statt. Deswegen kritisch und wichtig zugleich, da ihr Ausgang für die Zukunft der Türkei entscheidend ist. Entweder geht die Türkei in eine radikale Demokratie über oder es herrscht ein oligarchischer »grüner« Faschismus mit der Gefahr eines Bürgerkrieges. An diesem Punkt können wir von einem Scheideweg für die den Staat weitgehend determinierende AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) sprechen.

Wenn die HDP (Demokratische Partei der Völker) als Alternativkraft zur AKP hier die Wahlhürde von zehn Prozent überwindet, wird die Türkei, zurzeit eine Republik ohne Demokratie, erstmalig in ihrer Geschichte eine ernsthafte Chance auf Demokratisierung erhalten. Aus diesem Grund ist die häufig verwendete Formulierung »Schicksalswahl« zutreffend.

Die kurdische Freiheitsbewegung, die Widerstand gegen den Faschismus des 12. Septembers *[Militärputsch 1980]* und die nachfolgenden oligarchischen, faschistischen und kolonialen Regime geleistet hat und leistet, hat wie ein Eisbrecher Bereiche eröffnet, in denen sich alle gesellschaftlichen Kreise und Unterschiedlichkeiten, die ausgegrenzt und verleugnet wurden, artikulieren können. So ist das Projekt der Republik als »ein Staat, eine Nation, eine Religion«, ein Resultat der praktizierten Vereinheitlichungspolitik, ausgehebelt worden. In den geschaffenen Freiräumen fordern alle gesellschaftlichen Kreise und Verschiedenheiten ihre Existenz als sie selbst und eine verfassungsrechtliche Garantie ihres Status, um jedweder Vernichtung, Verleugnung und Assimilation zu entkommen. Aus diesem Grund steht die Türkei an einem Scheideweg und die Wahlergebnisse sind daher entscheidend für ihr Schicksal.

Wo sollten dabei die Aleviten stehen und welche Aufgabe haben sie?

Jede gesellschaftliche Gruppe bildet ein Ganzes mit ihren Rechten, sowohl den individuellen als auch denen als Gemeinschaft, und agiert im Sinne der gemeinsamen Interessen. Wir können drei grundlegende Faktoren benennen, die ihr gemeinsames Wirken erklären. Erstens der Gemeinschaftssinn, zweitens die Organisations- und Aktionskraft, drittens das korrekte Verständnis von einem Bündnis. Wenn wir in diesem Rahmen, ohne im Rückblick auf die lange Historie einzugehen, die junge alevitische Geschichte betrachten, kommen wir zu folgendem Ergebnis:

Bis zum Dêrsim-Massaker (1937/38) waren die Aleviten nicht in die Regierung bzw. den Staat involviert. Sie hatten nicht zugelassen, dass die Herrschenden, z. B. die Osmanen, in ihre gesellschaftsinternen Strukturen intervenieren, und ihre Beziehungen entsprechend begrenzt. Sie hatten mit einem stark ausgeprägten alevitischen Bewusstsein in einem großen Gebiet, als Dêrsim-Linie anerkannt, in Stämmen sowie Glaubensgemeinschaften um einen Pir *[religiöse Persönlichkeit]* herum gelebt. Stamm und Glaubensgemeinschaft bildeten zum Schutz vor Angriffen eine Einheit. Bis zur Gründung der türkischen Republik (1923) konnte die alevitische Gesellschaft sich auf diese Weise verteidigen. Nach der Republikgründung änderte sich die Situation. Das kemalistische Regime betrachtete Dêrsim im Hinblick auf die kurdische Identität als auch den Glauben von Beginn als Gefahr und versuchte es mit dem Massaker 1937/38 zu zerstören. Auch wenn es aus heutiger Sicht damit erfolgreich war, sehen wir, dass es die »Reste der Schwerter«, die Widerstand leistende, oppositionelle Haltung nicht gänzlich ausmerzen konnte. Dem physischen Genozid von 1938 folgte das kulturelle Massaker, das sich in der Vertreibung der Führungspersonen von Glaubensgemeinschaften und Stämmen äußerte und vor allem kurdische Aleviten betraf. Es war die Phase, in der Atatürk und seine Partei CHP (Republikanische Volkspartei) regierten. Auch in der folgenden Periode, in der Ismet Inönü und Fevzi Çakmak die CHP führten, wurde das kulturelle Massaker vorangetrieben. Kurdische Aleviten sollten türkisiert und islamisiert, alevitische Türken islamisiert werden.

Nach den aus dem Zweiten Weltkrieg resultierenden Veränderungen erzwang das internationale kapitalistische System den Übergang von einem faschistischen Einparteien- zu einem Mehrparteiensystem. Eine CHP-Abspaltung gründete daraufhin die Demokratische Partei (DP), was den Beginn des Mehrparteiensystems markierte. Zu dieser Zeit versprach die DP allen unterdrückten Gruppen Rechte und Freiheiten. So erhielt sie die Unterstützung vieler Kreise und ging zweimal als Wahlsiegerin hervor. Die Aleviten unterstützen sie für ihre gesellschaftlichen Interessen und im Glauben an eine demokratisch-freiheitliche Türkei. Doch die DP vergaß all ihre Versprechen und führte die Einheitspolitik der CHP, aus der sie entstanden war, fort. So änderte sich nichts für die alevitische Gesellschaft und sämtliche ihrer Hoffnungen zerschlugen sich.

Nachdem die DP durch einen Militärputsch entmachtet und die Türkei entsprechend den Interessen des internationalen Systems und der türkischen Oberschichten, Gesetzesänderungen inklusive, neustrukturiert worden war, organisierten sich erneut oppositionelle Kreise und es folgte eine linksgeprägte Phase mit revolutionären Bestrebungen. Die CHP versuchte mit einer Neustrukturierung und einer »sozial-demokratischen« Note dagegenzuwirken. Die Aleviten unterstützten gemäß ihren oppositionellen Bestrebungen, sich von der Repression zu lösen, die CHP und revolutionäre Bewegungen und wurden zu potentiellen Anhängern beider Richtungen. Bis dato hatten sie die CHP gewählt und so deren Fortbestand garantiert. Auch wenn die Aleviten Ende der 1960er eine von ihrer Identität und ihren eigenen Forderungen geprägte Partei gründeten (Einheitspartei (der Türkei), (T)BP) und ins Parlament eingezogen, waren sie nicht erfolgreich und blieben daher noch stärker der CHP verbunden.

Was hat es den Aleviten gebracht?

Welches Niveau hat das zu Beginn des Jahrhunderts von der kemalistisch-faschistischen CHP-Regierung begonnene und andauernde Massaker erreicht? Es ließen sich noch mehr solcher Fragen stellen. Doch es gibt eine erlebte Geschichte. Bei allen gegen Aleviten gerichteten Massakern in den 1970er, 1980er, 1990er und 2000er Jahren regierte die CHP oder bil-



Hunderttausende feierten den Wahlerfolg der HDP. Foto: DIHA

dete einen Teil der Regierung. Hinzu kommt, dass die CHP sowohl programmatisch als auch de facto keinerlei Anstrengungen zum Schutz der Aleviten vor Massakern und für ihre freie Religionsausübung unternommen hat. In Bezug auf Religion als Pflichtfach, die Anerkennung des Alevitentums als eigenständige Glaubensgemeinschaft und die Situation des Amtes für Religionsangelegenheiten besteht kein Unterschied zwischen AKP und CHP.

Was jedoch sind die Gründe für diese »einseitige Liebe«? Erstens, jede Gesellschaft, die einem Massaker ausgesetzt ist, erfährt einen Bruch ihres Willens und Bewusstseins. Eigendynamik wird zerstört und der Widerstand schwindet. Gleiches will man nicht wieder erleben. Da ihre Vorreiterrolle, ihre Einheit, ihr Organisierungsgrad und ihre Handlungsfähigkeit geschwächt sind, löst sie sich in der sie zerstörenden Kraft auf bzw. wird aufgelöst. Zweitens, trotz all ihrer Schwächen, ihres Potentials und Existenzwillens unterstützt sie Parteien oder Organisationen, von denen sie ihre gesellschaftlichen Interessen vertreten glaubt (Unterstützung der DP und CHP durch die Aleviten). Das birgt ein Risiko, welches jedoch in Kauf genommen wird. Drittens, wenn die ihr am nächsten stehenden Organisationen und Parteien mit ihrem Programm, ihren Äußerungen, ihrer Sprache, ihrem Auftreten und ihrer Haltung nicht umfassend und glaubwürdig sind, gibt es Schwierigkeiten in der Zusammenführung. Viertens, in den vom Kapitalismus geprägten zwischenmenschlichen Beziehungen haben sich die schichtbezogenen Unterschiede vertieft, gar polarisiert und systematisiert. Sämtliche Schwächen haben dazu geführt, dass die alevitische Gesellschaft in einer unangemessenen Position verblieben und zur Beisitzerin einer Partei wie der CHP geworden ist, die ihre Vernichtung angeordnet hat.

Politik und Haltung der CHP, der AKP und der anderen Systemparteien sind erneut auf das Hinhalten der Aleviten ausgerichtet. Primäres Ziel ist es, die alevitische Gesellschaft, der eine revolutionäre Dynamik innewohnt, von einem Zusammenschluss mit anderen revolutionären, demokratischen Kräften, allen voran den Kurden, fernzuhalten. Erstmalig in der Geschichte der Republik stehen die Aleviten so offen und entschlossen mit ihrer Identität und ihren Forderungen in der Politik und zeigen sich gemeinsam mit der HDP, der Vertreterin dieser politischen Linie.

Die alevitische Gesellschaft stand bis heute den Linken und der scheinbar linksorientierten CHP nahe. Mit der Schwächung des für die Massaker verantwortlichen Systems durch die kurdische Freiheitsbewegung zeigte sich, dass ein anderes Leben möglich ist. Dies führte dazu, dass die Mauern zwischen ihr und der alevitischen Gesellschaft eingerissen wurden, und es gab einen Neuanfang.

Dieser längst fällige Zusammenschluss wurde mit der aktuellen Wahl vollzogen. Damit wurde ein ernsthafter Schritt zum Aufbau einer gemeinsamen Zukunft unternommen. Die Aleviten sind bei dieser Wahl mit ihren eigenen Kandidaten, ihrer eigenen Identität und ihren Forderungen in den Reihen der HDP angetreten. Sie sind keine Beisitzer mehr und legen ihre Zukunft nicht mehr in fremde Hände. Ihrer Geschichte würdig sind sie in die politische Arena zurückgekehrt. Diese Rückkehr wird zusammen mit einem erfolgreichen Wahlergebnis dazu beitragen, dass die alevitische Gemeinde ihre Wunden heilen kann. Gemeinsam mit den revolutionären Kräften und den Kurden wird so eine freiheitliche, gleichberechtigte, geschwisterliche und friedliche Gesellschaft ermöglicht. In diesem Sinne wird die Haltung der Aleviten bei der Wahl einen maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft der Türkei haben.

Es ist an der Zeit zu fragen, warum die Aleviten nicht bei der HDP sein sollen und warum man es nicht gemeinsam schaffen sollte. ♦

Zwei Tage vor den Wahlen sind vier Menschen bei einem Anschlag auf eine HDP-Kundgebung in Amed getötet worden. Foto: DIHA

Nach dem Tod von Ferînaz Xosrewanî

Ein Funke aus Kobanê flog nach Mehabad

Anja Flach

Anfang Mai kam es in der Stadt Mehabad in Rojhilat (kurd.: Osten; Iranisch- oder Ostkurdistan) zu einem Serhildan (Volksaufstand). Ein Zimmermädchen war von einem Staatsbeamten in den Tod getrieben worden, offensichtlich war dieser Vorfall wie der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Mehabad ist eine 280 000-EinwohnerInnen-Stadt mit einer besonderen Geschichte. Vor siebzig Jahren hatte in der Region für elf Monate die »Republik Kurdistan« bestanden. Für Ölkonzessionen wurde sie von der schutzgebenden Sowjetunion geopfert. Die kurzlebige Volksrepublik von Mehabad wurde zum Symbol kurdischer Selbstverwaltung und ist es bis heute geblieben.

In Mehabad war Anfang Mai die 24-jährige Informatikerin Ferînaz Xosrewanî in einem Hotel, in dem sie als Zimmermädchen arbeitete, um ihre Familie zu unterstützen, in den Tod getrieben worden. Nach Informationen von *Rojhelat Info* strebte der Besitzer des Hotels Taha eine Hochstufung seines Hauses von vier auf fünf Sterne an. Ein Geheimdienstoffizier soll ihm den fünften Stern versprochen haben. Als Gegenleistung verlangte er ein Treffen mit Ferînaz. Am 4. Mai schloss der Besitzer die junge Frau in einem Hotelzimmer ein. Sie versuchte, durch das Fenster zu fliehen, stürzte ab und starb. Die Nachricht über ihren Tod verbreitete sich über soziale Netzwerke und führte dazu, dass sich am 7. Mai eine protestierende Menschenmenge vor dem Hotel versammelte und es schließlich anzündete.

Gegen die Protestdemonstration setzten die die lokalen Sicherheitskräfte unterstützenden Revolutionsgarden laut *Rojhelat Info* Tränengasgranaten und scharfe Munition ein. Zwei Menschen starben, 27 Menschen wurden verletzt. *Kurdish Question* berichtete von 700 Festnahmen. Viele Menschen wurden in Krankenhäusern verhaftet, wo sie ihre Schusswunden behandeln lassen wollten. Über Mehabad und alle anderen kurdischen Städte wurde der Ausnahmezustand verhängt, Internet und Mobilfunknetze wurden abgeschaltet.

In den nächsten zwei Wochen wurden ca. 200 Menschen in Mehabad, Sine (Sanandadsch) und Serdeşt verhaftet, deren Schicksal bis heute ungeklärt ist. Nach Informationen der Familien der Verhafteten wurden sie wahrscheinlich nach Urmîye und Nexede (Naghadeh) gebracht; wie einige Freigelassene erklärten, werden sie dort gefoltert. Nach unbestätigten Berichten kam es auch in nichtkurdischen Städten zu Demonstrationen.

Kurdische Frauenverbände verglichen Ferînaz‘ Freitod mit dem Tod von Bêrîtan (Gülnaz Karataş), die sich während des



Auch in Bakûr (Nordkurdistan) kam es nach dem Tod von Ferînaz Xosrewanî zu vielen Protesten. Foto: ÖG



Kundgebung in Argentinien für die sofortige medizinische Behandlung von Zeynep Celaliyan und die Freilassung aller politischer Gefangenen im Iran. Auch Ferînaz Xosrewanî wurde gedacht. Foto: ANF

Krieges der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) und der türkischen Armee gegen die PKK 1992 (»Südkrieg«) von einem Felsen gestürzt hatte, um nicht in die Hände der feudalistischen PDK zu fallen.

Immer wieder kommt es zu Angriffen staatlicher Vertreter auf Frauen. »Frauen müssen wissen, dass das nicht der Angriff eines einzelnen Mannes, sondern ein systematischer staatlicher Angriff ist. Bis dieses Denksystem nicht bekämpft wird, wir uns organisieren und bilden, die kollektiven Verteidigungskräfte entwickeln, ist unser aller Leben in Gefahr und jeden Tag wird eine andere Frau dran sein. Wie die Frauen in Afghanistan für Ferxunde[1] eingestanden sind und die Stimme ihrer Unzufriedenheit erhoben haben, müssen die kurdischen Frauen mit ihrer Haltung die Vorhut bilden und sich stärken. Jede Person, Gesellschaft, Frauen, Männer, gemeinsam, wenn sie nicht mit der Vergewaltigungskultur leben wollen, müssen sie diesen Vorfällen entgegenstehen: ›Êdî bese! Es reicht!‹ Damit Vergewaltiger geahndet werden und unsere Haltung ihnen als Warnung gilt, muss jede Form des Widerstandes geleistet werden«, erklärte der Frauen-Dachverband KJAR (Gemeinschaft der Freien Frauen von Rojhilat) zu den Ereignissen.[2]

Die Geschehnisse in Mehabad fallen fast mit dem Jahrestag der Hinrichtung der kurdischen AktivistInnen Şirîn Elemhuli, Ali Hayderyan, Ferzad Kemanger und Ferhad Vekili am 9. Mai 2010 zusammen. Die vier waren Mitglieder der kurdischen Organisation PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan).

Die Zahl der Hinrichtungen im Iran war nach der heftigen Kritik durch den UN-Reporter Ahmed Şahin und Amnesty International für eine Weile zurückgegangen, stieg aber nach dem Abkommen mit den internationalen Mächten über das Atomprogramm wieder an. Am 13. April wurde die erste Massenexekution nach der Vereinbarung von Lausanne vom 2. April durchgeführt. Seit Anfang April sollen im Iran 25 Personen hingerichtet worden sein. Es wird berichtet, dass seit Anfang des Jahres an die 260 Hinrichtungen stattgefunden hätten.

Die Ereignisse in Mehabad, die Hinrichtungen, die Wut über ein rassistisches System des Unrechts, der staatlichen Morde und sexueller Angriffe auf Frauen, all das deutet auf eine äußerst angespannte Situation in Rojhilat hin. Im gesamten Mittleren Osten hat der Sieg in Kobanê zu großen Hoffnungen geführt, auch in Rojhilat, die Zahl der Beitritte zur PJAK soll sich vervierfacht haben, berichtet *Al Monitor*. Es fanden zahlreiche Demonstrationen in kurdischen Städten, aber auch in Teheran (dort auch vor dem Gebäude der Vereinten Nationen), Maschhad und anderen Städten Irans in Solidarität mit Kobanê statt.

Vor allem junge Frauen haben sich in den letzten Jahren den Guerillakräften angeschlossen, weil sie ein freies Leben Polygamie, Zwangsheirat und weiteren bedrückenden Verhältnissen vorziehen.

Während der letzten vier Jahre bestand ein Waffenstillstand zwischen der YRK-Guerilla (Ostkurdische Verteidigungseinheiten) und der iranischen Armee. Letztere hatte das Abkommen jedoch mehrmals verletzt. Militärstationen wurden errichtet, Oppositionelle gefoltert und hingerichtet.

Am 20. Mai fanden Militäroperationen in Merîwan (Marivan) und am 21. in Ciwanro (Javanrud) statt, wobei drei Mitglieder der Sepah-Militäreinheiten getötet wurden. Am 23. Mai kam es zu einem Gefecht, in dem wiederum ein Soldat getötet wurde, zwei Guerillas kamen ums Leben. Die YRK kündigten Vergeltung an.

Es sieht so aus, als sei ein Funke von Kobanê übergesprungen, von Rojhilat werden wir in nächster Zeit noch hören. ♦

---

1 Die afghanische junge Frau namens Ferhunde wurde in Kabul gesteinigt und anschließend verbrannt. Angeblich soll sie einen Koran verbrannt haben. Ihre Leiche wurde von Frauen würdevoll zu Grab getragen.

2 http://ceni-kurdistan.com/index.php/de/pressemitteilung/43-erklaerung-von-kjar-gemeinschaft-der-freien-frauen-ostkurdistans-fuer-ferinaz-einstehen-bedeutet-fuer-die-eigene-wuerde-einzustehen

Überblick über die Lage in und um Rojava

Rojava im politischen und militärischen Kontext

Michael Knapp

Während wir aus dem Irak und Syrien immer wieder Erfolgsmeldungen des Islamischen Staates IS und die Niederlagen und Rückzüge der irakischen oder auch der syrischen Armee zu hören bekommen, können wir beobachten, wie die Verteidigungskräfte von Rojava Schritt für Schritt die Belagerung durch die Jihadist_innen sprengen; nicht nur das, auch der Aufbau der demokratisch-autonomen Strukturen geht offensichtlich voran. Überall entstehen neue Kommunen, Kooperativen und Räte. Der Wiederaufbau von Kobanê hat begonnen. Dennoch sind gerade die infrastrukturellen Probleme und Versorgungsprobleme gravierend, da nach Rojava immer noch, wenn überhaupt, dann sporadisch Hilfsgüter gelassen werden. In diesem Artikel soll versucht werden, die aktuelle Lage der drei Kantone zu charakterisieren.

Kanton Cizîrê – Angriffe und Befreiung

Die Gruppen des IS sind vor Kobanê gescheitert und haben sich als nächstes Ziel ihrer Angriffe insbesondere auch den Kanton Cizîrê auf breiter Front ausgesucht. Dabei kristallisierten sich insbesondere zwei Regionen heraus, in denen besonders heftige Auseinandersetzungen stattfinden: das Gebiet zwischen Til Barak und Hesekê (al-Hasaka) und die Region westlich von Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) in Richtung des Kantons Kobanê. Aufgrund dieser Angriffswellen und auch auf die Aufforderung der Bevölkerung in den jeweiligen Orten hin haben die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) begonnen, Dorf für Dorf zu befreien. Dabei fielen mehrere strategische Zentren des IS. Ein entscheidender Punkt war die Eroberung von Til Hemis südlich von Qamişlo (al-Qamishli) im Februar 2015. Die Stadt mit mehrheitlich arabischer Bevölkerung war seit Jahren vom IS besetzt und bei einem Befreiungsversuch im Januar 2014 hatten YPG und YPJ die damals schwersten Verluste in ihrer Geschichte hinnehmen müssen. In einem Hinterhalt, an dem auch kurdische Parteimilizen teilgenommen hatten, waren über vierzig Kämpfer_innen der YPG und YPJ getötet worden. Der Angriff stellte damals ein gesellschaftliches Trauma dar, da die Leichname vieler Kämpfer_innen geschändet und ihre Köpfe öffentlich, sowohl im Internet als auch auf der Straße, zur Schau gestellt worden waren. Seither war Til Hemis ein Zentrum, in dem Tausende IS-Terrorist_innen stationiert waren, und bildete einen Brückenkopf in den Kanton Cizîrê. Insofern stellt die Befreiung von Til Hemis einen der entscheidendsten Siege der YPG/YPJ über den Islamischen Staat dar. Die Operation zur Befreiung von Til Hemis und Til Barak begann am 21.02.2015 in Zusammenarbeit von YPG/YPJ, den zum Militärrat der Suryoye gehörenden Einheiten der Sutoro und den Einheiten der arabischen Aşirets[1], dem Cêş El-Senadid. Innerhalb von sieben Tagen wurde die Region befreit. Dieser schnelle und bedeutsame Erfolg war ein weiterer Schlag gegen die Rojava-Politik des türkischen Staates und seiner Verbündeten. Während die südkurdische Demokratische Partei Kurdistans (PDK) sich darauf beschränkte, die YPG in den Medien zu diskreditieren, deutet vieles darauf hin, dass die Türkei einmal mehr zur direkten Unterstützung des IS übergegangen war. Die Schleusen des sonst immer durch das GAP-Projekt weitgehend aufgestauten Habur, dessen Wasser zu jedem anderen Zeitpunkt ein Segen für die Bevölkerung von Rojava und Syrien gewesen wäre, wurden geöffnet und so konnte der IS abgeschnitten von den Verteidigungskräften weiterhin frei operieren und die assyrischen Dörfer im Norden von Til Temir angreifen. Gleichzeitig rückten IS-Einheiten über die türkische Grenze auf Til Xenzir bei Serê Kaniyê am anderen Ende des Kantons Cizîrê vor. Scharfschützen der türkischen Armee sollen ihnen dabei Feuerschutz gegeben und auf Kämpfer_innen der YPG/YPJ gefeuert haben. Die Unterstützung des türkischen Staates führte zu dutzenden ermordeten Assyrer_innen und Kurd_innen und 220 entführten Assyrer_innen.[2]

Eine weitere entscheidende Entwicklung war die Eroberung des Evdilêzîz-(Kizwan-)Berges etwa 30 km von Hesekê entfernt. Er war die strategische Basis des IS für die Kontrolle des Weges in den Şengal (Sindschar) und der Verbindung zwi-

1 Erweiterte Großfamilienverbände.

2 Reşit Serdar, anfturkce.net/kurdistan/iflas-eden-politika-ve-toplumsallasan-bir-guc-olarak-ypg-izlenim, 13.06.15.

schen Mossul und Ar-Raqqa. Weiterhin war er Ausgangspunkt für Angriffe auf die ganze Region. Auch er wurde in einer großen gemeinsamen Operation von YPG/YPJ, MLKP Rojava, arabischen und assyrischen Einheiten erobert.

Hesekê – »Das Tor nach Rojava«

Westlich von Til Hemis liegt die größte Stadt der Region, Hesekê. Als ich im Mai 2014 selbst die Gelegenheit hatte, die umkämpfte Stadt zu besuchen, wurde uns immer wieder ihre strategische Bedeutung als »Tor nach Rojava« klargemacht. Sie liegt am südlichen Rand des Kantons Cizîrê. Sie hat mehrere hunderttausend Einwohner_innen, aufgrund von Krieg und Flucht sind die genauen Zahlen allerdings schwer abzuschätzen. Hesekê ist eine Stadt mit einer großen assyrischen, arabischen und kurdischen Bevölkerung. Sie stellt ein historisches Beispiel für das friedliche Zusammenleben im Mittleren Osten dar. Einige Stadtviertel, insbesondere das christliche Zentrum, werden vom Regime kontrolliert, während etwa 50 % der Stadt zur Selbstverwaltung des Kantons Cizîrê gehören und ein Teil im Süden vom IS kontrolliert wird. So kommt es immer wieder zu Versuchen des IS wie auch des Regimes, teilweise gemeinsam, die Kontrolle über die selbstverwalteten Gebiete von Hesekê zu erringen und so über einen Brückenkopf in den Kanton Cizîrê zu verfügen.[3] Insbesondere nach der Niederlage vor Kobanê (Ain al-Arab) scheint der IS seine Kräfte in den letzten Wochen vor Hesekê einzusetzen. Es ist ein Beispiel für die Multiethnizität der Region. Die Angriffe des IS wie auch des Regimes zielen darauf ab, die Bevölkerung in einen sektiererischen Krieg zu stürzen. So wurde zum Widerstandsfest Newroz am 20.03.2015 ein schwerer Anschlag des IS verübt, bei dem mindestens 29 Frauen, Männer und Kinder ums Leben kamen. Vorherige, ähnliche Anschläge wie im Mai 2014 vor Schulen fanden zeitgleich mit Operationen des Regimes gegen die Selbstverwaltung statt. Am 17.01.2015 war es ebenfalls zu gemeinsamen Angriffen von Regime, Hisbollah und IS auf YPG-Stellungen gekommen.[4] Zuvor waren Mitglieder der Rätebewegung im Stadtzentrum von Hesekê festgenommen, Waffen an die arabische Bevölkerung verteilt und die Bevölkerung der arabischen Stadtteile mit der Behauptung »Die Kurden werden Cizîrê von Syrien abtrennen, und wenn die YPG stärker werden, dann werden sie Euch Eure Stadtviertel nehmen« aufzuhetzen versucht worden. Allerdings ließ sich die Mehrheit nicht instrumentalisieren und beteiligte sich nicht an den Angriffen des Regimes, die daraufhin scheiterten. Danach traten viele arabische Jugendliche in Hesekê den YPG bei.

Offensichtlich scheint es zumindest bei Angriffen auf die Selbstverwaltung in Rojava eine gewisse Toleranz und Koordination des Regimes gegenüber dem IS zu geben.[5] Durch die IS-Angriffe hat das Regime viele seiner Ressourcen in Hesekê verloren und die arabische Bevölkerung in den südlichen Stadtvierteln fordert die YPG/YPJ auf, sie gegen den IS zu verteidigen (unter anderem erklärten dies die Vertreter von arabischen Aşirets und die Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen)[6]. Diese Anfrage wurde von den YPG beantwortet: »Unsere Kräfte sind bereit. Wir werden nicht erlauben, dass die Banden die Stadt betreten und das Zusammenleben der Volksgruppen und die Geschwisterlichkeit stören und die Stadt in ein Schlachtfeld verwandeln.« Bis Ende Mai, Anfang Juni konnten die YPG/YPJ dutzende arabische und assyrische Dörfer um Hesekê und die nahegelegene Kleinstadt Til Temir herum befreien. Währenddessen dauern die Kämpfe vor Hesekê zwischen Regime und IS weiter an, allerdings wird bis in die europäischen Medien hinein verbreitet, Hesekê stehe kurz vor dem Fall. Dieser Diskurs wird vom Regime befeuert, dessen Soldaten die Bevölkerung auffordern, die Stadt zu verlassen.[7] Das scheint auch ein Ausdruck der Zermürbung der in Hesekê stationierten Regimesoldaten zu sein. Dieser Ausdruck schlug sich auch sofort in den internationalen Medien nieder, welche, vergleichbar mit Kobanê, den Fall der Stadt an den IS nur noch als eine Frage der Zeit prognostizierten.[8] Statt die Stadt zu verlassen, stellten sich viele Araber_innen, Kurd_innen und Assyrer_innen hinter die YPG, die nun zusammen mit den Verteidigungskomitees auch die Verteidigung der südlichen Stadtviertel übernommen haben. So konnte am 07.06. der Angriff des IS zumindest vorerst gestoppt werden. Dabei fielen nach Angaben der YPG elf Kämpfer_innen. Der IS hatte mit Panzern, Humvees und Artillerie das Stadtviertel Neşwa Xerbi angegriffen.

Kampf um die Verbindung der Kantone Cizîrê und Kobanê

Das Embargo gegen Rojava wird von allen Seiten weiter ausgeübt und während die Koalition durchaus bereit ist, stellenweise den IS zu bombardieren, verweigert sie jegliche humanitäre Hilfe für Kobanê, und es gibt auf politischer Ebene keinerlei Engagement der westlichen Staaten für einen humanitären Korridor durch Nordkurdistan (Türkei). Auch hier scheint die Selbstverwaltung von Rojava auf sich allein gestellt zu sein und so kämpft sie zusammen mit Einheiten

3 Hier kann unser Delegationsbericht aus Hesekê aufgerufen werden: kurdistan.blogsport.de/2014/05/29/heseke-eine-schwer-umkaempfte-stadt/, 13.06.15.

4 Reşit Serdar, anfturkce.net/kurdistan/iflas-eden-politika-ve-toplumsallasan-bir-guc-olarak-ypg-izlenim, 13.06.15.

5 Weitere Informationen vgl. Ayboğa, Ercan, Flach, Anja, Knapp, Michael, »Revolution in Rojava«, 2015.

6 ajansakurdi.net/archives/92338, 13.06.15.

7 Reşit Serdar, firatnews.com/kurdistan/ypg-ypj-nin-varligi-heseke-yi-ayakta-tutuyor, 13.06.15.

8 Vgl. n-tv.de/politik/IS-steht-500-Meter-vor-Hassaka-article15237771.html, 13.06.15.

des Bündnisses »Burkan al-Firat« (der Freien Syrischen Armee FSA nahes Bündnis) und Internationalist_innen Schritt für Schritt den Korridor durch IS-besetztes Gebiet frei. Ein besonders wichtiges Ereignis war dabei die Befreiung der Stadt Mabruka, etwa vierzig Kilometer von Serê Kaniyê entfernt. Sie war ein strategisch bedeutender IS-Stützpunkt an der Grenze zum Kanton Cizîrê, der u. a. auch für die Energieverteilung in der Region große Relevanz hatte. Die YPJ-Kommandantin für Cizîrê, Viyan Gewda, erklärte, dass in der seit dem 6. Mai laufenden Operation mehr als 500 Dörfer und Weiler befreit worden seien.[9] Der für die Lebensmittelversorgung zuständige Rat des Kantons Cizîrê begann so schnell wie möglich daran zu arbeiten, die Lebensmittelversorgung in den befreiten Gebieten sicherzustellen. Zunächst konnten acht Tonnen Mehl und drei Tonnen Grundnahrungsmittel an 483 Familien verteilt werden. Um den Bedarf in den befreiten Gebieten genauer erfassen zu können, wurden Untersuchungskommissionen gebildet.[10]

Menschen aus den umliegenden Ortschaften begrüßten die YPG und YPJ. Der entscheidende Punkt zur Errichtung eines Korridors ist jedoch Girê Spî (Tell Abyad). Aufgrund der Bedeutung des Ortes soll er hier zunächst einmal kurz vorgestellt werden. Girê Spî liegt zwischen den Kantonen Cizîrê und Kobanê (110 km von Serê Kaniyê, 70 km von Kobanê) und ist wie viele Ortschaften hier eine durch die syrisch-türkische Grenze geteilte Stadt. In Nordkurdistan (Türkei) wird der Ort auf Kurdisch Kaniya Xezalan genannt, während der türkische Staat die kurdische Kleinstadt in Akçakale umbenannte. Der Grenzübergang Akçakale ist eine der zentralen Versorgungsrouten des IS über die Türkei und wird von ihm deshalb mit besonderer Entschlossenheit verteidigt. Girê Spî ist wie viele Orte in Obermesopotamien uralt. Die Wurzeln der Besiedlung des »Weißen Hügels« (Girê Spî) gehen zurück bis auf das Neolithikum. So reichen archäologische Funde hier bis mindestens in das frühe 6. Jahrtausend v. u. Z. Im Rahmen der Arabisierungspolitik des syrischen Staates wurde Girê Spî in Tell Abyad umbenannt. Girê Spî war von der Politik des arabischen Gürtels ab den 1960er Jahren und der Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus der Region besonders betroffen. Schon damals hatte die Region die strategische Bedeutung, einen Keil zwischen die beiden stark kurdisch besiedelten Gebiete Cizîrê und Kobanê zu treiben.[11] Girê Spî hatte als Kleinstadt vor Beginn des Aufstands und des Krieges etwa 15 000 Einwohner_innen, ein beträchtlicher Teil von ihnen immer noch Kurd_innen. 2011 mit Beginn der Aufstände organisierte sich auch in Girê Spî die kurdische Bewegung und ein Mala Gel (Volkshaus) wurde aufgebaut. Sowohl die syrische Opposition als auch radikalsunnitische Gruppen begannen in Girê Spî auf die Straße zu gehen. In dieser Phase begann die Verdrängung der kurdischen Gruppen und die Organisierung und Stärkung von al-Qaida (Jabhat al-Nusra, JaN) in und um Girê Spî durch die türkischen Geheimdienste über den Grenzübergang Akçakale, vor allem gegen die kurdische Bewegung, aber auch das Assad-Regime. Wie auch in Serê Kaniyê drang 2012 jihadistische Verstärkung gemeinsam mit FSA-Einheiten in Girê Spî ein, sprengte das Mala Gel und begann mit einer Vernichtungs- und Vertreibungspolitik gegenüber allen, die al-Qaida nicht zustimmten. In dieser Phase kam es zu Massakern mit dutzenden Toten. Nachdem al-Qaida/Jabhat al-Nusra 2013 im Widerstand von Serê Kaniyê geschlagen worden war, übernahm der ISIS/IS die Kontrolle über die Region und richtete dort ein regionales Hauptquartier und eine Verbindungslinie in die Türkei ein.[12] Der Grenzübergang ist ein zentraler logistischer Knotenpunkt im Netzwerk des IS und dient sowohl der Versorgung mit Waffen, Munition, dem Schmuggel und Handel auf die Schwarzmärkte der Türkei und der Welt.[13] Er ist der direkte Zugang der hundert Kilometer entfernten IS-»Hauptstadt« Ar-Raqqa zur Türkei. Girê Spî dient aber auch als einer der Ausgangspunkte der Angriffe insbesondere auf Kobanê und auf Rojava im Allgemeinen, insofern hat die Operation gegen den IS in Tell Abyad eine besondere strategische Bedeutung für Rojava, aber auch für ganz Syrien, da dies das Abschneiden einer entscheidenden strategischen Linie des IS in die Türkei bedeutet. Entsprechend allergisch reagierte der türkische Präsident Erdoğan auf die Erfolge der YPG/YPJ vor Girê Spî. Er kritisierte die internationale Koalition, in Tell Abyad Turkmen_innen und Araber_innen zu bombardieren und die »Terrororganisationen« PYD, YPG und PKK zu installieren. »Araber_innen und Turkmen_innen« scheint sich dabei auf den IS zu beziehen und es bleibt abzuwarten, wie sich die Türkei zu einer Verbindung der Kantone Kobanê und Cizîrê verhalten wird. Bezeichnenderweise erwähnte Erdoğan mit keinem Wort den Terror des IS.[14] Eine Niederlage des IS bei Girê Spî würde einen bedeutenden Rückschlag für die Rojava-Politik der Türkei bedeuten. Daher reißen die Berichte über IS-Terrorist_innen, die sich frei über die türkische Grenze bei Akçakale bewegen, nicht ab.[15] Wir wissen aus Kobanê, dass auch dort IS-Terrorgruppen mehrfach unter den Augen der türkischen Armee von türkischem Territorium aus die Stadt angegriffen haben.[16] Dennoch scheint sich der IS auf eine Niederlage in Girê Spî einzustellen, so versucht er gerade

9 ozgur-gundem.com/haber/136265/500-koy-ve-mezra-ozgurlestirildi, 15.06.15.

10 ajansakurdi.net/archives/93266, 15.06.15.

11 Vgl. Dicle, Amed, anfturkce.net/kurdistan/tel-abyad-operasyonu-ve-kapida-bekleyen-buyuk-tehlike-amed-dicle, 13.06.15.

12 Ebd.

13 Dies betrifft sowohl Kulturgüter als auch jede Art von Plündergut, von Elektrosicherungen aus Häusern über Wasserhähne bis hin zu allen möglichen Arten von Wertgegenständen.

14 birgun.net/haber-detay/tel-abyad-in-birkac-haftasi-kaldi-sirada-rakka-var-82708.html, 13.0615.

15 Vgl. Dicle, Amed, anfturkce.net/kurdistan/tel-abyad-operasyonu-ve-kapida-bekleyen-buyuk-tehlike-amed-dicle, 13.06.15.

16 bbc.com/turkce/haberler/2014/11/141129_isid_kobani, 13.06.15.



Am 15. Juni haben die Frauen- und Volksverteidigungseinheiten YPJ/YPG gemeinsam mit Einheiten des Bündnisses Burkan al Firat die strategisch wichtige Grenzstadt Girê Spî (Tall Abyad) vom IS befreien und somit eine Verbindung zwischen den Kantonen Cizîrê und Kobanê öffnen können. Foto: ypgrojava.com

den Grenzübergang zur Türkei Bab al-Salaam/Öncüpınar bei Azaz mit allen Mitteln aus den Händen von al-Qaida/Jabhat al-Nusra[17] zu erobern.[18] Um Azaz findet ein Hegemonialkrieg zwischen unter dem Deckmantel der FSA agierenden Al-Qaida-Einheiten (JaN, Ahrar al-Şam) und dem IS statt. Die Koalition greift in diesem Fall auf Seiten von al-Qaida ein.[19]

YPG/YPJ und Burkan al-Firat gemeinsam haben jetzt am 13.06. Girê Spî von Ar-Raqqa abgeschnitten und begonnen, den IS in Girê Spî aus drei Richtungen zu bekämpfen. Dieser wendet dagegen eine Taktik der menschlichen Schutzschilde an, nimmt Geiseln und verübt Massaker an der Zivilbevölkerung. Diese IS-Politik führt zu einer massiven Fluchtwelle aus der Region. Während zuvor viele in den Kanton Cizîrê fliehen konnten und bewegende Bilder von Frauen zu sehen waren, welche die Verschleierung vom Körper rissen und feierten, als sie die befreiten Gebiete erreichten, versuchen mit der Verschärfung der Gefechte viele über die türkische Grenze nach Nordkurdistan zu gelangen. Tausende befinden sich an dieser Grenze, in den beiden Tagen wurden sie jedoch immer wieder vom IS gemeinsam mit der türkischen Armee, die dazu scharfe Munition, Wasserwerfer und Tränengas einsetzte, nach Girê Spî zurückgetrieben. Am Nachmittag des 14.06. überwanden Hunderte aber dennoch den Stacheldrahtzaun und zwangen das türkische Militär, einen Fluchtkorridor zu öffnen.[20]

Insbesondere die Geiselnahmen verlangsamen das Voranschreiten der Befreiung der Region, da sowohl YPG/YPJ als auch Burkan al-Firat großen Wert darauf legen, zivile Leben zu retten. Immer wieder rufen ganze Dorfgemeinschaften die YPG/YPJ zur Hilfe und zur Befreiung ihrer Orte auf. Das betrifft Menschen aller ethnischen und religiösen Identitäten.[21] Das YPG-Kommando des Kantons Cizîrê hat am 13.06. eine bemerkenswerte Erklärung abgegeben, in der es die Bevölkerung in den Kampfgebieten aufforderte, sich in den Kanton Cizîrê zurückzuziehen und nicht ins Ausland zu fliehen. Das zeigt einerseits die Überzeugung der YPG, die Kampagne gegen den IS in Tell Abyad bald zu einem Ende zu bringen, andererseits aber auch den im Gesellschaftsvertrag verankerten

17 Mittlerweile dominierende Gruppe in Azaz.

18 nytimes.com/2015/06/01/world/middleeast/isis-gains-syrian-area-near-border.html?_r=0, 13.06.15.

19 Köylüoglu, Aziz, »Vekalet savaşında El Nusra'nın ÖSO ile oyunu«, ypgnews.blogspot.de/2015/06/vekalet-savasnda-el-nusrann-oso-ile.html, 14.06.15.

20 firatnews.org/kurdistan/li-gire-spi-12-gunden-din-ji-hatin-rizgarkirin, 14.06.15.

21 ANHA, »Bi hatina YPG'ê me bayê azadiyê kişand«, ku.hawarnews.com/bi-hatina-ypge-me-baye-azadiye-kisand/, 02.06.2015; ANHA, tr.hawarnews.com/hesekeli-araplardan-ypgye-talep-bizi-savunun/, 13.06.15.

Grundsatz des Rechts auf Asyl für alle Flüchtenden. Mit der Aufforderung soll auch Geiselnahmen und Massakern durch den IS entgegengewirkt werden. Die Menschen erhalten von den YPG eine Unterstützungsgarantie für die Rückkehr.

Während einerseits Einheiten, die unter dem Dach der FSA standen, an der Seite von YPG und YPJ kämpfen, orientiert sich die in Istanbul ansässige Nationale Koalition (ETILAF) an der Politik ihrer Gastgeber und Finanziers, der Türkei, Saudi-Arabiens und Qatars. Besorgt über den militärischen Erfolg der Selbstverteidigungskräfte verschärften diese Gruppen ihre Lobbyarbeit und Propaganda gegen die Selbstverwaltung in Rojava. Die versuchten sie dabei als einseitig »ethnisch-extremistische« kurdische und antiarabische Kraft darzustellen und den YPG Massaker an der arabischen Zivilbevölkerung und Misshandlungen zu unterstellen.[22] Einwohner_innen aus den davon angeblich betroffenen Bedia-Dörfern bei Til Temir/Hesekê bezogen gegen die Anschuldigungen klar Position. So erklärte die Geflüchtete Xidir Xizem: »Die Kräfte von YPG und YPJ haben uns vor den Banden gerettet. Die Banden benutzten das Gebiet als eines ihrer strategischen Hauptquartiere. Sie haben von diesem Gebiet aus Angriffe auf kurdische, arabische und assyrische Gebiete durchgeführt, um Widersprüche zwischen den Völkern zu schaffen … Niemand soll in unserem Namen substanzlose Anschuldigungen gegen die YPG vorbringen. Wir haben die Wahrheit mit unseren eigenen Augen gesehen und erlebt. Die Banden machten unsere Häuser zu Ruinen und plünderten sie. Sie haben die schiitischen Araber_innen mit Gewalt von hier vertrieben. Außer den YPG ist uns niemand zu Hilfe gekommen … Die YPG haben uns vor der Unterdrückung durch die Banden gerettet. Wegen den Widerstandskämpfer_innen der YPG können wir heute wieder ruhig in unserem Dorf leben.« Weitere Dorfbewohner_innen bestätigten die Aussagen von Xidir Xizem.[23]

Die Situation in Kobanê

Obwohl die Stadt Kobanê zu 70–80 % in Trümmern liegt und die gesamte Infrastruktur zerstört ist, kehren immer mehr Menschen dorthin zurück und nehmen am Wiederaufbau teil, der seit den ersten Tagen Ende Januar 2015 mit viel Idealismus und wenig Mitteln umgesetzt wird. Eines der größten Probleme von Kobanê stellt die hohe Dichte von zurückgelassenen Sprengkörpern dar. Die Versorgung mit Mitteln für den Wiederaufbau, Medizin und Nahrungsmitteln ist ebenfalls alles andere als gesichert. Insbesondere die eigentlich blühende Landwirtschaft des Kantons ist schwer geschädigt, da die Ackerflächen wegen der Verminung nicht genutzt werden können. Bis Ende Mai gab es schon mindestens 45 Tote durch Sprengfallen und Minen in Kobanê und Umland.[24] Insofern ist der Kanton besonders vom Embargo der Türkei und des Westens betroffen. Die Grenze zur Türkei stellt einen Bedrohungsraum für die Bevölkerung von Kobanê dar. Der stellvertretende Außenminister von Rojava, Idriss Nassan, beschreibt die Lage dort folgendermaßen: »Auch schon vor dem Krieg, bevor die Kämpfe in Kobanê ausgebrochen sind, gab es verschiedene Bestrebungen, die Grenze zu passieren, sei es, weil sie auswandern wollten oder Handel betreiben wollten. Es war auch schon damals so, dass die Grenze ein Ort war, wo gefoltert wurde, wo misshandelt wurde, wo getötet wurde.

Um ein konkretes Beispiel zu geben: Ein 17-jähriger Jugendlicher hat die Grenze passiert nach Bakur, nach Nordkurdistan, wurde dort aufgehalten, wurde gefoltert auf schlimmste Art und Weise, danach haben sie auf ihn uriniert und liegen gelassen. Also es ist etwas Unmenschliches, was regelmäßig dort vorkommt. Die Grenze ist tatsächlich eine Grenze des Todes und der Folter, während in anderen Gebieten, die von islamistischen Kräften wie Al Nusra und IS kontrolliert werden, die Grenzen zur Türkei offen sind.« Weiterhin operierte der IS wie oben erwähnt auch von der türkischen Seite der Grenze aus gegen den Kanton Kobanê: »… es gab einen Angriff an dem Grenzübergang Mürşitpinar auf Kobanê. Dort kam eine Autobombe des IS von der türkischen Seite und ist an dem Grenzübergang explodiert und hat 17 Zivilisten mit in den Tod gerissen. Wir wurden davon überrascht, weil wir keinesfalls mit einem Angriff aus dem Norden gerechnet haben, aber die Autobombe wurde von den türkischen Sicherheitskräften durchgelassen, ist dort zur Explosion gekommen.«[25]

Es stellt sich hier die scheinbar widersprüchliche Situation dar, dass der Westen zwar einerseits Bomben zur Luftunterstützung gegen den IS abwirft, aber der Bevölkerung humanitäre Hilfe vollständig verweigert. So soll anscheinend die missliebige Selbstverwaltung der Region geschwächt werden. Die Selbstverwaltung versucht mit Unterstützung verschiedenster Initiativen, die medizinische Infrastruktur, aber auch das Schulsystem wieder in Gang zu bekommen, und denkt trotz der schlimmen Lage über einen Wiederaufbau der Stadt nach ökologischen Prinzipien nach. Idriss Nassan erklärte dazu im Interview: »Im Moment haben wir einige Generatoren, die reichen aber nur für 2–3 Std. Strom täglich, um die Handys aufzuladen und das Wichtigste fürs tägliche Leben zu organisieren. Darüber hinaus haben wir keine Möglichkeit, Strom zu produzieren, deshalb wollen wir die Sonnen- und Windenergie nutzen. Einer unserer Grundsätze in Rojava ist es auch, ein ökologisches und demokratisches Leben zu ermöglichen und

22 Vgl. en.etilaf.org/all-news/news/syrian-coalition-condemns-the-ypg-s-massacre-against-civilians-in-al-hasaka.html, 13.06.15.

23 tr.hawarnews.com/bizim-adimiza-konusup-gercekleri-carpitmayin/, 13.06.15.

24 Interview mit Idriss Nassan, »Kobanê: Hilfskorridor zum Wiederaufbau gefordert«, heise.de/tp/artikel/44/44991/1.html, 14.06.15.

25 Ebd.

dafür gibt es die Notwendigkeit, die ökologische Energieproduktion zu nutzen.«[26]

Im Moment ist das Entscheidende für Kobanê jedoch der Aufbau eines humanitären Korridors. Wie oben beschrieben wird dieser Korridor vom Kanton Cizîrê aus erkämpft. Auch von Kobanê aus rücken YPG und Burkan al-Firat auf Girê Spî vor.

Der Kanton Afrîn und Aleppo – Gefahren durch Jaish al-Fatah, Türkei, IS und FSA

Der westlichste Kanton Rojavas, der Kanton Afrîn, wurde in der öffentlichen Wahrnehmung von den Kämpfen in Kobanê und Cizîrê überschattet. Umgeben von Gruppen der FSA mit unklarer Loyalität oder mit solidarischen Einheiten wie Cephet el-Akrad konnte der Kanton sich eine gewisse Sicherheit bewahren. Befördert wurde diese Sicherheit durch die geographischen Besonderheiten. Während Kobanê und Cizîrê größtenteils flach sind, ist der Kanton Afrîn gebirgig, bietet also bessere Voraussetzungen für eine Verteidigung.

Die politischen Rahmenbedingungen haben sich jedoch in den letzten Wochen und Monaten verändert. Saudi-Arabien, die Türkei und Qatar befinden sich auf einem Unterstützungskurs für die jihadistische Allianz Jaish al-Fatah (JaF), die von Jabhat al-Nusra und der salafistischen Ahrar al-Sham dominiert wird. Beim Aufbau von JaF geht es unter anderem darum, JaN als Rebell_innen in Syrien auch international Legitimität zu verleihen. Das entspricht sowohl der vom maßgeblichen Al-Qaida-Strategen Abdullah bin Mohammed entwickelten Kursänderung des Netzwerkes hin zur Infiltration von Institutionen als auch der Taktik, sich wie am Beispiel Libyens durch islamistische Bündnispolitik zu legitimieren und so zu schützen, da ein militärischer Frontalangriff auf den Westen »militärischen Selbstmord« darstelle. Insbesondere der stellvertretende Kommandeur von JaN, Abu Mariah al-Qahtani, begrüßte diese Entwicklung.[27] Dieser Strategiewechsel entspricht auch den Interessen der JaN und Ahrar al-Sham unterstützenden regionalen und internationalen Mächte,[28] die mit Hilfe von Medien wie Al Jazeera eine begleitende Legitimationskampagne umsetzen. JaF soll JaN verdecken und sich als Teil der FSA darstellen und damit als moderate Alternative zum IS gerieren. JaF scheint allerdings eher eine Organisation der JaN zu sein als umgekehrt.[29] JaF erklärte am 24.03.2015 ihre offizielle Gründung und ging sofort in die Offensive. Während eine säkulare syrische Opposition nur noch marginal im Land vorhanden zu sein scheint, macht Jaish al-Fatah große Geländegewinne gerade im Nordwesten Syriens in und um Aleppo und in der Region Idlib. Die syrische Provinzhauptstadt Idlib wurde am 28.03.2015 von JaF eingenommen. Das bedeutet einen entscheidenden strategischen Sieg der jihadistischen Opposition, die von Idlib aus ihre Position sowohl gegenüber dem Kanton Afrîn als auch in Hinsicht auf Aleppo, aber auch gegenüber den Resten säkularer Opposition, deren Hochburg Idlib war, hat stärken können. In Ermangelung einer prowestlichen Opposition diskutieren die USA die Unterstützung dieses Bündnisses und scheinen bereit zu sein, ähnliche Risiken wie bei der Billigung des Aufstiegs des Islamischen Staates in Kauf zu nehmen, nämlich ein Kalifat, in diesem Fall für al-Qaida, anstelle des syrischen Regimes. Dieses Bündnis, das mit dem IS konkurriert, scheint auch für die USA immer mehr eine Form der zu unterstützenden Opposition darzustellen. So versuchen die US-Regierung beratende Thinktanks wie Atlantic Council mit engen Verbindungen zur US-Regierung und personellen Überschneidungen mit dem Kabinett Präsident Obamas[30] den Einfluss von al-Qaida auf JaF zu relativieren: »Ja, Jabhat al-Nusra war wirklich Mitglied dieser Koalition, aber sechs weitere Gruppen nahmen an dieser Offensive teil: Ahrar al-Sham, Jund al-Aqsa[31], Jaish al-Suna, Filaq al-Sham, Liwa al-Haq und Ajnad al-Sham.«[32] Es wird zwar in Kauf genommen, dass es sich bei ihnen allen um jihadistische Gruppen handelt, die Führungsrolle von JaN wird allerdings verschwiegen – die Unterschiede zwischen diesen Gruppen sind de facto Namensunterschiede, da sie wie JaN zum Großteil der salafistischen Strömung oder wie Liwa al-Haqq breiteren radikalsunnitischen Ideologien folgen. Ideologisch arbeiten alle auf ein Kalifat und ein radikalsunnitisch homogenisiertes Syrien hin. Besonders zynisch wird die Empfehlung von Atlantic Council, wenn von einer »zivilen Lokalverwaltung« die Rede ist, in der von fünfzehn bis zwanzig Sitzen insgesamt sieben Sitze an Ahrar al-Sham, vier an JaN gehen und der Rest der »zivilen« Lokalverwaltung an die anderen Gruppen von JaF.[33] Die Operationen von JaF im Norden Syriens stellen eine De-facto-Umsetzung des türkischen Plans zur Errichtung einer sogenannten Pufferzone und der damit zusammenhängenden Zerschlagung der kurdischen Kantone dar. Das Projekt der Regionalmächte ist ein sunnitisch homogener türkischer Staat als Alternative zum Assad-Regime, während der Westen dieser

26 Ebd.

27 al-monitor.com/pulse/originals/2015/05/al-qaeda-political-system-infiltration.html, 14.06.15.

28 Ebd.

29 Köylüoglu, Aziz, »Vekalet savaşında El Nusra'nın ÖSO ile oyunu«, ypgnews.blogspot.de/2015/06/vekalet-savasnda-el-nusrann-oso-ile.html, 14.06.15.

30 fr-online.de/politik/verteidigungsminister--us-senat-waehlt-chuck-hagel-ins-amt,1472596,21951436.html, 13.06.15; Chuck Hagel war bis Februar 2015 US-Verteidigungsminister und zuvor Vorsitzender von Atlantic Council.

31 Gegründet von Abdul ´Aziz al-Qatari, enger Freund von Abdul ´Azzam, einer der wichtigen Strategen hinter dem US-gestützten Jihad der 1980er in Afghanistan und enger Mentor Bin Ladens (huffingtonpost.co.uk/tam-hussein/nusra-front_b_6112790.html?utm_hp_ref=uk-news, 14.06.15).

32 atlanticcouncil.org/blogs/menasource/syria-an-opportunity-in-idlib, 13.06.15.

33 Ebd.

Strategie nur zögernd Unterstützung gewährt, da das westliche Projekt sich auf eine abhängige, säkularere Opposition stützen soll.[34] Allerdings scheint die Perspektive der Regionalmächte hier aufgrund mangelnder Alternativen weiter an Bedeutung zu gewinnen und von Billigung zu aktiver Unterstützung überzugehen. Wie auch die Aussagen des Atlantic Council befürchten lassen, bedeutet dies eine große Gefahr für Rojava und ganz Syrien. Ein militärisches Engagement in dieser Richtung könnte auch die Einrichtung einer Flugverbotszone und damit ebenfalls direkte Intervention gegen Rojava bedeuten. Insbesondere Aleppo und der Kanton Afrîn stehen momentan unter der Bedrohung durch JaF und Türkei, während im Osten Rojavas IS und Regime angreifen.

Die Lage in Aleppo

Insbesondere die südlichen Stadtviertel von Aleppo stehen mittlerweile unter der Kontrolle von JaF und JaN. Der IS versucht ebenfalls, Aleppo zu erobern. Die kurdischen Viertel, insbesondere Şêxmeqsûd, werden von diesen Kräften immer wieder angegriffen. Vom 26. bis zum 28.05. griffen JaN/JaF und FSA-Einheiten gemeinsam Şêxmeqsûd an. Zuvor hatten sie der Zivilbevölkerung ein Ultimatum gestellt, den Stadtteil zu verlassen.[35] Der Angriff scheiterte jedoch am Widerstand der YPG/YPJ und die Selbstverteidigungseinheiten rückten sogar auf Stellungen von JaN im Viertel Tell Nabbo vor. Nach dem Scheitern der großangelegten Operation riefen die jihadistischen Einheiten erneut einen Waffenstillstand aus. Eine weitere Bedrohung für Aleppo und Afrîn entwickelt sich mit dem Vormarsch des IS im Norden von Aleppo, insbesondere die Einnahme der Stadt Marea Ende Mai 2015 bietet ihm eine gute Ausgangsbasis für Angriffe auf den Kanton Afrîn. Möglicherweise will er hier, in Hesekê, Kobanê und Girê Spî vor allem durch die YPG/YPJ unter Druck geraten, ein neues Schlachtfeld gegen Rojava eröffnen.[36] Obwohl Şêxmeqsûd in Aleppo sich in weitgehendem Belagerungszustand befindet, haben sich hier ebenfalls starke Strukturen der demokratischen Autonomie herausgebildet; trotz militarisiertem Konflikt wird eine lebendige Zivilgesellschaft entwickelt. Es können hier nur einige Beispiele angeführt werden. Während der Konflikte mit und Angriffswellen von JaN und FSA gründeten kurdische und arabische Frauen aus Şêxmeqsûd die Frauenkommune »Şehîd Canda«, im letzten Jahr wurden 6 000 Schüler_innen in kurdischer Sprache ausgebildet und viele dieser Schüler_innen betreiben in ihren Kommunen nun Sprachbildung.

34 Vgl. Köylüoglu, Aziz, »Der Krieg in Syrien eskaliert weiter«, civaka-azad.org/der-krieg-in-syrien-eskaliert/, 14.05.15.

35 imctv.com.tr/93243/2015/05/el-nusra-onculugundeki-gruplar-ypgye-saldirmaya-basladi/, 14.06.15.

36 Vgl. al-monitor.com/pulse/security/2015/06/syria-northern-aleppo-sham-front-isis-nusra-marea-battle.html, 14.06.15.

Die Lage in Afrîn

Der Kanton Afrîn ist ebenfalls nördlich und westlich von der Türkei eingeschlossen und es kommt immer wieder zu Angriffen und Übergriffen auf die Bevölkerung. Erst kürzlich wurde ein Hirte von türkischen Soldaten erschossen. Trotz der beschriebenen Umzingelung Afrîns und der drohenden Angriffe wird die Organisierung der Institutionen hier fortgesetzt. So wurden in den Kreisstädten Cindirês und Mabata weitere Volksräte aufgebaut und 106 neue Kommunen[37] gegründet. Zuvor waren in Cindirês schon Volksverteidigungskomitees und eine vierzigköpfige Verteidigungsgruppe gebildet worden.[38] Weiterhin entwickelt sich in Afrîn das autonome Bildungssystem fort; so wurde Erziehung in der Muttersprache vom Kindergarten bis zur dritten Grundschulklasse für die Jahre 2015–16 auf die Agenda gesetzt und neue Schulbücher für Kindergarten und Grundschule wurden entwickelt. Ausbildung in Arabisch ist ebenfalls bis zur sechsten Klasse vorgesehen.[39] Außerdem wurden Frauenakademien gegründet, in denen Schulungen über das System der demokratischen Autonomie und die Befreiung der Frau vom Patriarchat durchgeführt werden. Ein Bildungsgang für die Sprecherinnen der Räte und die Frauen in der Stadtverwaltung wurde bereits an der Star-Akademie abgeschlossen.[40] Die Selbstverwaltung in Afrîn steckt wie die Strukturen in ganz Rojava weiterhin im Aufbauprozess und scheint trotz Isolation große Fortschritte zu machen.

Fazit

Dieser Artikel beschäftigte sich vor allem mit den militärischen und politischen Komponenten, welche die aktuelle Lage in Rojava prägen. Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, dass die militärischen Erfolge und die politische Beharrlichkeit der Selbstverwaltung von Rojava auf einer egalitären gesellschaftlichen Vision basieren, die den Menschen die Kraft gibt, für das Projekt Rojava zu kämpfen. Dies ist der Faktor, der Rojava sowohl im gesamten Syrienkonflikt, aber auch im Mittleren Osten hervorhebt. Diese Vision, die Schritt für Schritt realisiert wird, stellt ein alternatives Gesellschaftsmodell dar, dessen Verteidigung ein Anliegen der Weltbevölkerung sein sollte. ♦

37 Kommunen – kleinste Einheit der Rätedemokratie in Rojava, 20–150 Haushalte, vgl. Ayboğa, Flach, Knapp, »Revolution in Rojava«, 2015.

38 tr.hawarnews.com/halk-savunma-komitelerini-olusturuyor/, 29.05.15.

39 tr.hawarnews.com/onemli-kararlar-alan-efrin-szk-konferansi-sona-erdi/, 27.04.2015.

40 tr.hawarnews.com/efrin-konsey-yoneticilerinin-egitimi-tamamlandi/, 16.05.2015.

Über die Ränkespiele der stellvertretenden Kriegsparteien in Nordwestsyrien

Das Spiel der Al-Nusra-Front mit der FSA

Azîz Koyluglu

Nach der Besetzung der im Nordwesten Syriens liegenden Stadt Idlib durch die Al-Nusra-Front hat sich das Kräftegleichgewicht im BürgerInnenkrieg verschoben, was vor allem der Politik Saudi-Arabiens und der Türkei geschuldet ist. Seit geraumer Zeit fördern diese Staaten Gruppierungen wie Al-Nusra oder Ahrar al-Sham. Allerdings hatte die Unterstützung Saudi-Arabiens vor allem der Islamischen Front (Al-Dschabha al-Islamiya) und ihr nahestehenden Organisationen gegolten. Riad betrachtete die Al-Nusra-Front und Ahrar al-Sham vielmehr als Gefahr für die saudischen Interessen. Doch war nach einer Zusammenkunft des saudischen Königs Salman mit dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan ein verändertes Agieren Saudi-Arabiens zu beobachten, das seine praktische Konkretisierung in der Gründung der Militärallianz »Eroberungsarmee« (Dschaisch al-Fatah) fand. Infolge dieses Militärbündnisses, mit Al-Nusra im Zentrum, wurden wichtige Gebiete im Nordwesten Syriens eingenommen, darunter große Teile der Stadt Idlib. Auch der überwiegend von KurdInnen bewohnte Norden Aleppos wurde zum Angriffsziel. Zeitgleich mit dieser Kräfteverschiebung ändert sich auch die Gesamtsituation in der Region.

Entgegen mancher Meinung zu Beginn des syrischen BürgerInnenkrieges sind sich mittlerweile sämtliche ExpertInnen, die das Geschehen in Syrien aus der Nähe betrachten, darüber einig, dass ein StellvertreterInnenkrieg geführt wird. Sowohl hinter dem syrischen Regime und sich zur Freien Syrischen Armee (FSA) gehörig fühlenden Gruppierungen wie auch hinter dem sogenannten Islamischen Staat (IS) und der Al-Nusra-Front stehen internationale Kräfte. Dieser Fakt wird von keiner Seite mehr bestritten.

Nachdem das neue Bündnis Dschaisch al-Fatah Idlib unter seine Kontrolle gebracht hatte, übernahm die islamistische Allianz auch das Dreieck Hama/Aleppo/Latakia. Etlichen BeobachterInnen zufolge soll dieses Vorgehen Aleppo anvisieren. Zwar war Dschaisch al-Fatah bestrebt, strategisch wichtige, für die Einnahme Aleppos notwendige Punkte um die Stadt herum zu besetzen, hat dieses taktische Ziel jedoch nicht erreicht. Im Gegenteil kann von einer militärischen Stagnation in dieser Region gesprochen werden.

Zuordnung der Al-Nusra-Front im syrischen BürgerInnenkrieg

Inmitten des syrischen Aufstands galt Ar-Raqqah einst als Hochburg der Al-Nusra-Front. Dabei handelt es sich um die erste Stadt Syriens, aus der das Assad-Regime hatte vertrieben werden können. Ebenso stand Dair az-Zaur, zumindest teilweise, unter der Kontrolle von Al-Nusra, wie auch eine Reihe von Kleinstädten und Distrikten. Da es sich bei Al-Nusra um den syrischen Ableger von Al-Qaida handelt, haben Kräfte wie die EU und die USA sie nicht akzeptiert, in gewisser Weise jedoch geduldet. Die Al-Nusra-Front wurde als Unterstützerin im Kampf gegen das Assad-Regime gewertet. Allerdings wurden die Gebiete unter ihrer Kontrolle dem sogenannten Islamischen Staat übergeben.

Die Al-Nusra-Front ebnete dem Islamischen Staat den Weg

Wie sehr die Al-Nusra-Front sich auch dem Islamischen Staat gegenüber als feindlich darstellte, können wir in der Praxis doch sehen, dass sie ihm den Weg geebnet hat. Sie überließ ihm die Kontrolle über den Süden von Hesekê (Al-Hasaka) sowie die Provinzen Dair az-Zaur und Ar-Raqqah. Ebenso wurden ihm Distrikte wie Girê Spî (Tal Abyad), Cerablus (Dscharabulus), Al-Bab und Minbuc (Manbidsch) sowie strategisch bedeutende Grenzgebiete übergeben. Paradoxerweise hatte Al-Nusra die meisten dieser Gebiete nach langen und schweren Gefechten mit der FSA erobert. Daher stellt sich vielen BeobachterInnen die Frage, wann Dschaisch al-Fatah unter Führung von Al-Nusra Idlib und die anderen eroberten Gebiete wohl dem IS überlassen wird.

Das Spiel zwischen Al-Nusra und FSA

Das Gebiet um Aleppo wird von verschiedenen Gruppierungen kontrolliert. Nach der Übergabe der Kontrollgebiete um Dair az-Zaur und Ar-Raqqah an den Islamischen Staat war es lange Zeit still um die Al-Nusra-Front. In letzter Zeit steigerte die Al-Nusra-Front sowohl in Aleppo als auch im Gebiet um Azaz ihre Aktivität. Durch die aktive Unterstützung durch den türkischen Staat konnte die Al-Nusra-Front ihren Einfluss erneut stärken. Auch Gruppierungen wie Sultan Murat oder Sultan Muzafer, denen eine Nähe zur Türkei nachgesagt wird, erklärten der Al-Nusra-Front ihre Treue. Nach dem Angriff des IS auf Azaz konnten die örtlichen Gruppierungen, die zur FSA gehören nicht länger Widerstand leisten. Daher baten sie die Al-Nusra-Front um Unterstützung. Tatsächlich kämpfen gerade in der Region Einheiten des IS gegen Einheiten der Al-Nusra-Front. Da es bereits im Vorfeld zu ähnlichen kurzzeitigen Allianzen zwischen der Al-Nusra-Front und FSA-Gruppen gekommen war, in deren Folge die Al-Nusra-Front diese Gruppen liquidiert hat, stellt sich in Azaz die Frage nach der Entwicklung in dieser Region. Jedoch gilt an dieser Stelle hinzuzufügen, dass inzwischen kaum mehr charakterliche und ideologische Unterschiede zwischen den meisten FSA-Gruppen und islamistischen Gruppierungen wie der Al-Nusra-Front bestehen.

Der Krieg zwischen IS und Al-Nusra-Front

Haji Ahmed Kurdi, Generalkommandant der KurdInnen-Front (Enîya Kurdan, Dschabhat al-Akrad), bewertet IS und Al-Nusra wie einen »zweigeteilten Apfel«. Diese Äußerung verdeutlicht eher die Realität dieser beiden Kräfte. In der Region kommt es teilweise zu Gefechten zwischen der Al-Nusra-Front und dem Islamischen Staat, dabei hat Erstere bisher nur militärische Niederlagen hinnehmen und sich aus den Kampfgebieten zurückziehen müssen. Es handelt sich bei den Differenzen der beiden Gruppen jedoch vielmehr um einen Kampf zwischen ihren Anführern Al-Baghdadi und Al-Jawlani um die Position des Kalifen. Erinnert sei an dieser Stelle daran, dass sich der IS zunächst als zu Al-Qaida gehörig definiert hatte und erst infolge interner Diskrepanzen zur unabhängigen Organisation. Anschließend war es auch zu Streitigkeiten mit dem syrischen Al-Qaida-Ableger Al-Nusra-Front gekommen, die in militärische Auseinandersetzungen mündeten.

Der Nimbus der Al-Nusra-Front: Dschaisch al-Fatah

Nach der Übereinkunft des türkischen Staates, Saudi-Arabiens und der islamistischen Gruppierung Ahrar al-Sham wurde eine Operation gestartet, deren Ziel ein Legitimationsgewinn für die Al-Nusra-Front ist. Das Fundament für dieses Vorhaben legte die Berichterstattung bestimmter türkischer Medien und des katarischen Fernsehsenders Al Jazeera über Al-Nusra, und um deren Nähe zu Al-Qaida zu verdecken, wurde Dschaisch al-Fatah gegründet. Die soll als Teil der für ihre heterogene Struktur bekannten FSA präsentiert werden. Doch lässt sich durchaus prognostizieren, dass sich die Al-Nusra-Front nicht zu einem Teil von Dschaisch al-Fatah entwickeln, sondern umgekehrt Dschaisch al-Fatah vollständig in Al-Nusra aufgehen wird.

Keine moderaten Kräfte mehr in Syrien

Über ihre Beziehungen innerhalb der FSA forderte Dschaisch al-Fatah von der US-geführten internationalen Anti-IS-Koalition Luftangriffe auf IS-Stellungen in der Region Azaz. Örtlichen Angaben zufolge sollen derartige Angriffe im Osten von Azaz Anfang Juni erfolgt sein. Allerdings kommt dies einer Unterstützung von Al-Qaida gleich. Etliche BeobachterInnen halten die Vorgänge in Azaz für ein Schauspiel, in das auch die Anti-IS-Koalition mit einbezogen werden soll. Zwar gibt es in der Region noch Gruppen, die zur FSA gehören, faktisch jedoch mit keinerlei Einfluss. Einzig Ahrar al-Sham und Al-Nusra, die auch als Zwillingsorganisationen gewertet werden können, verfügen hier über Einfluss.

Die Al-Nusra-Front hat sich mit den Angriffen auf den IS in der Region Azaz gefestigt. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um eine Art Theater handelt. Nach der Liquidierung der anderen Gruppen lässt sich absehen, dass diese Region, wie zuvor schon mehrmals gesehen, dem IS übergeben wird. Das Spiel mit dem IS wird fortgesetzt werden.

Das syrische Regime

Seit geraumer Zeit verfolgt das syrische Regime in der Region eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite wird der IS in Ruhe gelassen. Es lässt sich sogar fast schon als Unterstützung des IS bezeichnen. Wie jüngst, als parallel zu den schweren IS-Angriffen auf Azaz das syrische Regime Luftangriffe auf die allesamt von Kurdinnen und Kurden bevölkerten Dörfer Hewş, Ehrez und Dir Cimêl flog. Es gewährt dem IS die Kontrolle über zahlreiche Gebiete. So sieht das Assad-Regime eine Kontrolle der Region Azaz durch den IS lieber denn durch die FSA. Weil der IS keine internationale Anerkennung bzw. Legitimation aufweisen kann. ♦

Interview mit dem Gesundheitsminister von Kobanê

Das zerstörte und entvölkerte Kobanê auf dem Weg zum Wiederaufbau

Sabri Ürün von Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.

Das folgende Interview mit Dr. Nassan Ahmet, dem Gesundheitsminister des Kantons Kobanê in Rojava (Nordsyrien), wurde im Rahmen seiner mehrtätigen Besuchsreise in der Bundesrepublik Deutschland am 8. Mai 2015 in Düsseldorf von Sabri Ürün von Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V. geführt.

Der Bevölkerung in Kobanê/Rojava gelang es in einem unvergleichlichen Widerstand, die brutalen Angriffe der Terroristen vom Islamischen Staat (IS) abzuwehren und den Großteil Kobanês von ihnen zu befreien. Der Kampf der Volks- und der Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) verdient großen Respekt, gerade im Vergleich zur Ohnmacht sowie Passivität sämtlicher anderer Akteure der Region und angesichts der Brutalität der IS-Söldnertruppen. Selbst unter diesen schwierigen Umständen hat die Bevölkerung Rojavas auch in Kobanê ihre revolutionären Errungenschaften verteidigen und sogar ausbauen können. Beschreiben Sie uns doch bitte kurz einleitend die Ziele des aufgebauten Kantonsystems und die Wege der Umsetzung mittels basisdemokratischer Räte an einigen veranschaulichenden Beispielen.

Das Kantonsystem basiert auf fünf Fundamenten. Eines der wichtigsten ist die Geschwisterlichkeit der Völker. Das heißt, dass die Araber, Armenier, Kurden, Turkmenen Rojavas friedlich miteinander leben. Wir wollen, dass innerhalb der demokratischen Autonomie alle Ethnien eine Rolle spielen. Beispielsweise besteht in allen drei Kantonen die Vorgabe, dass die Ministerstellvertreter aus anderen ethnischen oder konfessionellen Gruppen als der seinen oder ihren gewählt werden. Ein anderes Fundament sind die Frauenrechte. Wir haben in allen Bereichen eine paritätische Doppelspitze, d. h. eine gemeinsame Besetzung der Posten. Wir haben darüber hinaus eine vierzigprozentige Geschlechterquote eingeführt. In manchen Gremien liegt der Frauenanteil bei bis zu sechzig Prozent.

Ein weiterer Aspekt ist die religiöse Gleichberechtigung aller. Für alle im Kanton Kobanê vertretenen Religionen sind Gebetshäuser vorgesehen. Alle Religionen sollen in der Verwaltung vertreten sein. Wir nehmen die Gesellschaft als Referenz. Das heißt, alle gesellschaftlichen Gruppen treffen ihre Entscheidungen selbst und tragen sie dann an die Verwaltung heran. Das wird durch ein Rätesystem verwirklicht mit dem Ziel einer Dezentralisierung der Entscheidungsgremien. Die Beschlüsse werden von der Basis gefasst und an die Regierung weitergeleitet und nicht umgekehrt.

Im Kanton Kobanê haben sich 800 Vertreter aller gesellschaftlichen Ebenen (Frauen, Jugend, verschiedene Berufs-, aber auch Religionsgruppen) in einem Kongress zusammengefunden und aus 61 Delegierten eine Übergangsregierung gewählt.

Erklären Sie uns bitte die derzeitige militärische Lage in Kobanê. Inwiefern gibt es noch Kämpfe mit den IS-Einheiten?

Die Verteidigungseinheiten der YPG/YPJ bestehen aus Angehörigen der in Kobanê lebenden ethnischen Gruppen. In den YPG/YPJ gibt es Menschen arabischer, kurdischer, armenischer Herkunft sowie aus anderen Ländern. Die Verteidigungseinheiten beziehen ihre Stärke aus der Bevölkerung. Der Krieg dauert noch immer an. Im Süden und Osten gibt es ständig Gefechte und im Westen hin und wieder. Im Westen liegt der Fluss Firat (Euphrat) zwischen uns und dem IS.

In Kobanê haben wir den Großteil der 451 Dörfer von den IS-Besatzern befreien können. Die haben leider noch 45–50 Dörfer unter ihrer Kontrolle.

Die Angriffe auf Kobanê sind nicht nur gegen Kobanê selbst, sondern gegen die universellen Werte der Menschlichkeit und Demokratie gerichtet. Die Bevölkerung in Kobanê betrachtet es daher als ihre Aufgabe, diese grundlegenden Werte zu verteidigen. Diese Pflicht hat sie mit ihrem Widerstandswillen und -kampf erfüllt. Dabei wurde die Infrastruktur des Kantons größtenteils zerstört und das alltägliche Leben ist fast zum Erliegen gekommen. Nun liegt es an der internationalen Gemeinschaft, ihrer Verpflichtung zum Wiederaufbau und zum Schutz des Kantons Kobanê nachzukommen und damit ein Zeichen für die Zukunft der Region zu setzen.

Beschreiben Sie uns bitte die Situation der Flüchtlinge, wie sie Ihnen in und um Kobanê herum bekannt ist.

Die Flüchtlinge sind überall verteilt. Einige sind nach Nordkurdistan (Südosttürkei), ein kleiner Teil ist nach Südkurdistan (kurdische Autonomieregion im Nordirak), einige sind in die Kantone Afrîn und Cizîrê geflohen. Aber die meisten harren in Nordkurdistan aus. Dort kümmern sich die Städte, in denen die HDP (Demokratische Partei der Völker) die kommunale Verwaltung stellt, um die Flüchtlinge. Sie sichern deren Unterbringung, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung und weitere Dinge. Zurzeit sind etwa 70 000 bis 80 000 Menschen nach Kobanê zurückgekehrt. Dessen Verwaltung versucht, ihren Alltagsbedürfnissen nachzukommen. Es muss für die Versorgung dieser Menschen dringend ein humanitärer Korridor zwischen uns und der Türkei geöffnet werden, da der Kanton Kobanê an den anderen drei Seiten vom IS umzingelt ist.

Leider war der Kanton, in dem Sie das Ministeramt innehaben, massiven Angriffen ausgesetzt. Wie weit geht die Zerstörung und wo liegt der dringliche Bedarf für den akuten, aber auch langfristigen Wiederaufbau?

Etwa achtzig Prozent der Infrastruktur, der Verwaltungsgebäude sowie der zivilen Häuser in der Stadt Kobanê (Ain al-Arab) sind komplett zerstört, ebenso Wasser- und Stromversorgung. Als der IS zurückgedrängt wurde, haben sie sehr viele Minen gelegt. Es gibt hunderte scharfe Minen und Bomben sowohl in Kobanê als auch in den umliegenden Dörfern. Dadurch kommt es oft zu Explosionen, häufig mit Toten oder Verletzten. Es liegen auch zahlreiche IS-Leichname unter den Trümmern. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich Krankheiten ausbreiten, da die Menschen gezwungen sind, ihr Trinkwasser aus den Brunnen zu schöpfen. Um diese Leichname aus



Dr. Nassan Ahmet, Gesundheitsminister des Kantons Kobanê (Mitte), mit politischen Vertretern in Gelsenkirchen. ©Kurd-Akad

den Trümmern zu bergen, benötigen wir Bergungsgeräte und -maschinen.

Erhalten Sie vor Ort internationale Unterstützung bzw. wie ist das Verhältnis zu den angrenzenden Nachbargebieten/-ländern?

Auf der einen Seite werden wir vom Islamischen Staat bedroht. Auf der anderen Seite haben wir beispielsweise vom Nachbarstaat Türkei bis jetzt keinerlei Unterstützung bekommen. Die Hilfen, die wir bisher erhalten haben, kamen von zivilen Organisationen aus Nordkurdistan. Der Zugang gespendeter Hilfsgüter aus Europa zu unseren Kantonen wird meist sogar von der türkischen Regierung verwehrt, d. h. Hilfskonvois werden nicht über die Grenze gelassen.

Zurzeit sind die »Ärzte ohne Grenzen« in Kobanê tätig. Sie untersuchen die Menschen und unterstützen uns. »Medico international« hat uns auch während des Widerstands geholfen; eine Blutbank eingerichtet, Medikamente bereitgestellt und auch einen Krankenwagen gespendet. »Heyva Sor a Kurdistanê« (Roter Halbmond Kurdistan) war auch während der Gefechte vertreten und ist bis jetzt unterstützend aktiv.

Wenn Sie die Situation in Kobanê mit der in den anderen beiden Kantonen, also Afrîn und Cizîrê, beschreibend vergleichen ...

Um den Kanton Cizîrê gibt es täglich Gefechte mit dem Islamischen Staat, in Heseke (Al-Hasaka) sowie an der Grenze zum Irak ständig Angriffe des IS. Aber im Kanton selbst sind keine Gefechte zu verzeichnen, d. h. im Vergleich zu Kobanê ist es dort ruhiger. Afrîn ist umzingelt, an zwei Seiten von Al-Nusra-Islamisten und an zwei Seiten von der Freien Syrischen Armee (FSA). Der Zugang nach Heleb (Aleppo) von Afrîn aus ist erschwert. Früher brauchte man eine Stunde dorthin, momentan muss man Umwege fahren, so dass es bis zu zehn Stunden bis Heleb dauern kann. Die Lage in Afrîn ist auch etwas besser als in Kobanê, denn sie können sich über ihre Landwirtschaft selbst versorgen, haben außerdem Olivenfelder und können weiter ihrer Arbeit nachgehen.

Vor Kurzem gab es eine Solidaritätskonferenz in Nordkurdistan, in der Stadt Amed (Diyarbakır). Zu welchen Analysen und Ergebnissen hat sie geführt?

An der Konferenz beteiligten sich Menschen aus allen vier Teilen Kurdistans. Ihr Ziel war es, den Wiederaufbau von Kobanê zu unterstützen. Menschen aus verschiedenen Ethnien, Berufsgruppen, zivilen Institutionen, aber auch Journalisten und andere Persönlichkeiten waren vertreten. Die Konferenz ging über zwei Tage und nach ausführlichen Bewertungen und Diskussionen wurde ein Komitee mit Gewählten aus Kurdistan wie auch Europa gegründet. Es wurde beschlossen, in Europa eine internationale Konferenz für den Wiederaufbau Kobanês zu veranstalten. Dementsprechend wird es eine solche demnächst geben.

Frauen sind in der ganzen Region im besonderen Maße von Gewalt und Repression betroffen, wie in diesen Tagen in Mahabad in Ostkurdistan wieder deutlich wurde. Dort kam es nach dem Tod einer jungen kurdischen Frau, die sich durch ihre Selbsttötung vor einer Vergewaltigung gerettet hatte, zu Protesten. Schildern Sie uns bitte die Lage der Frauen in Kobanê während des Krieges.

Die Frauen in Kobanê sind zum Symbol des Widerstands geworden. Wir bezeichnen den Widerstand von Kobanê als Widerstand der Frauen. Sie haben mehrmals bewiesen, dass sie ohne zu zögern bereit sind, für ihre Werte und ihre Heimat zu kämpfen. Als der Kampf beispielsweise noch außerhalb der Stadt in den umliegenden Dörfern geführt wurde, kam es zur Umzingelung von sieben Kämpferinnen der Frauenverteidigungseinheiten durch die IS-Schergen. Diese Frauen haben ihren Stützpunkt bis zur letzten Munition verteidigt. Als sie keine Munition mehr hatten und die Angreifer sie gefangen nehmen wollten, haben sie sich mit ihren letzten Handgranaten selbst getötet. Ein anderes Beispiel ist Arîn Mîrkan. Sie sprengte sich selbst in die Luft, um den IS beim Versuch, Kobanê einzunehmen, aufzuhalten. Die Ereignisse in Mahabad sind ein weiteres Beispiel. Die junge Frau fiel aus dem vierten Stock, um sich der Vergewaltigung durch einen Geheimdienstoffizier zu entziehen. An dieser Stelle will ich sämtliche gewalttätigen Übergriffe auf Frauen, so wie beispielsweise diesen Vergewaltigungsversuch, auf das Schärfste verurteilen.

Die Frauen sind der Wegweiser für die Zukunft von Rojava und Kurdistan.

Sie führen in diesen Tagen *[Mai 2015]* Gespräche mit unterschiedlichen politischen Akteuren in Europa. In welchem Rahmen finden Ihre Besuche statt, welches Anliegen haben Sie und wie beurteilen Sie die Resonanz?

Wir haben viele Gespräche mit Parteien, Politikern, zivilen Institutionen, NGOs und Journalisten geführt. Sie waren positiv, denn momentan wird den Entwicklungen in Kobanê

große Aufmerksamkeit geschenkt. Wir wollten persönlich über die Situation in Kobanê berichten und uns auch persönlich nochmals bei allen bedanken, die uns während des Widerstands unterstützt und ihre Solidarität gezeigt haben. Es besteht auch ein großes Interesse, am Wiederaufbau von Kobanê mitzuwirken. Ich denke, dass wir demnächst die ersten positiven Ergebnisse erzielen werden.



In den Straßen von Kobanê ©Kurd-Akad

Schließlich stellt sich uns in Europa Lebenden immer wieder die Frage, wie wir Sie konkret bei der Bewältigung der Nachkriegssituation und beim Wiederaufbau unterstützen können.

Die demokratischen zivilgesellschaftlichen Kräfte in Europa haben große Solidarität mit dem Widerstand von Kobanê gezeigt. Es gab entsprechend unzählige Demonstrationen, Veranstaltungen und Erklärungen. Menschen aus aller Welt beteiligten sich am Widerstand von Kobanê, damit ist er zu einem internationalen Widerstand geworden. Der Islamische Staat und andere islamistische Gruppen sind noch immer eine Bedrohung, nicht nur für Kobanê, sondern für die gesamte Menschheit.

Natürlich hoffen wir, dass diese Solidarität mit Kobanê nach der Befreiung weiter anhält. Durch aktive Solidarität und weitere Maßnahmen sollte vor allem auch Druck auf die türkische Regierung ausgeübt werden, um einen humanitären Korridor zu schaffen. Die größte Unterstützung für uns wäre daher das Ermöglichen eines solchen Korridors.

In Kobanê brauchen wir dringend Unterstützung in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Die Kinder werden zurzeit in Zelten und Containern unterrichtet. Es gibt momentan kein Krankenhaus in Kobanê. Zwei von den ehemals vier Krankenhäusern wurden vom IS durch Selbstmordattentate vollkommen zerstört. Die anderen beiden sind etwa zur Hälfte zerstört. Die medizinischen Geräte sind entweder beschädigt oder vom IS gestohlen worden. Die Menschen in Kobanê leben ohne sauberes Wasser. Sie müssen ihr Trinkwasser Brunnen entnehmen, die wiederum verunreinigt sind. Es bedarf hier Wasserreinigungsanlagen.

Über die Internetseite *www.helpkobane.com* können sich alle solidarischen Menschen und Aktivisten über die Situation und den Bedarf in Kobanê informieren. Dort werden auch Projekte zum Wiederaufbau vorgestellt; außerdem sind Hinweise zu finden, wie man sich mit uns in Verbindung setzen und durch konkrete Unterstützung etwas zum Wiederaufbau beitragen kann.

Zum Schluss: Wir begrüßen ausdrücklich den geleisteten Widerstand und die revolutionären Errungenschaften in Rojava, die sich die Bevölkerung in den letzten Jahren mühevoll erkämpft und geschaffen hat, und solidarisieren uns. Damit ist insbesondere Kobanê, aber auch ganz Rojava zu einem leuchtenden Beispiel für gelebten Widerstand und einen unaufhaltsamen Selbstbestimmungswillen geworden. Wir hoffen, dass Sie nun endlich nur noch friedliche Zeiten erleben und Ihre Revolution zum Vorbild für die gesamte Region wird.

Wir bedanken uns für das Gespräch. ♦

Erste Konferenz zum Wiederaufbau von Kobanê

Rekonstruktion der Menschlichkeit

Leyla Wessling

Um die Nachkriegslage von Kobanê zu evaluieren sowie eine Strategie und Projekte für seinen Wiederaufbau zu besprechen, fand am 2. und 3. Mai in Amed (Diyarbakır) eine entsprechende Konferenz statt. Daran nahmen etwa 370 Personen aus allen vier Teilen Kurdistans, aus Europa und anderen Ländern der Welt teil. Bis dato hatte noch kein Wiederaufbau begonnen, kurz nach der Befreiung wurde dafür eine Behörde gebildet, wurden Pläne erstellt und diplomatische Kontakte ins Ausland geknüpft. Die Konferenz in Amed ist der erste Schritt zur Vernetzung und Koordinierung des Wiederaufbaus. Einem Konferenzbeschluss zufolge soll es im Juli in Strasbourg eine weiterführende internationale Konferenz zur Gewinnung der Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und Vernetzung der Unterstützer geben. Aus eigener Kraft wird Kobanê den Wiederaufbau nicht stemmen können.



Die Konferenz war ein historisches Zusammenkommen von Kurden aus allen Gebieten einerseits und andererseits von solidarischen Menschen international. Die Teilnehmenden waren mit ihren Interessen und politischen Tätigkeiten sowie Berufen vielfältig vertreten – eine Melange aus Sprechern verschiedener NGOs, Öko-Aktivisten, Bauarbeitern, Gewerkschaftlern, Sprechern unterschiedlicher konfessioneller Institutionen, Architekten, Ingenieuren, Politikern, Helfern aus dem Flüchtlingscamp in Pîrsûs (Suruç) und auch Aktivisten aus der kurdischen Diaspora.

Nach der offiziellen Eröffnung der Konferenz und einem bewegenden Kurzfilm, der einen tiefen Einblick in Kobanês Geschichte und Gegenwart gewährte, wurden von den Teilnehmenden verschiedene Themen wie die soziokulturellen und politischen Konsequenzen des Krieges in Kobanê, der offizielle Bericht über die materielle Lage der Stadt und Lösungen für einen schnellen Weg zum Wiederaufbau diskutiert.

Die Teilnehmenden evaluierten die Angriffe des IS und den breiten kurdischen Widerstand dagegen. In diesem Zusammenhang wurde der brutale IS-Angriff als eine Fortsetzung der Kolonisierung betrachtet, um die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes und einer friedlichen Gesellschaft einzuschränken. Der historische Konflikt in Kobanê war demnach ein Kampf zwischen Verteidigern der demokratischen Moderne und Kräften der kapitalistischen Moderne bzw. deren barbarischen Helfern. Der Widerstand in Kobanê wurde zu einer globalen Stimme derjenigen, die an die Werte des Friedens glauben und bereit sind, einen Krieg zum Schutze der Menschlichkeit zu führen. Es war das erste Mal, dass Individuen aus allen Teilen Kurdistans und etlichen Regionen der Welt Solidarität zeigten und sich an der Verteidigung der Stadt beteiligten. Deshalb grüßte die Konferenz alle nationalen Verteidigungseinheiten, darunter die YPG/YPJ, HPG, YBŞ, YJA Star, Peşmerga und alle linken und internationalen Kräfte. Ein Sprecher der Kommunistischen Partei aus Rojhilat (Ostkurdistan) betonte: »Kobanê ist zu einer Front für den Frieden im Mittleren Osten geworden«, ebenso, dass »der Wiederaufbau von Kobanê uns die Gelegenheit gibt, eine andere Gesellschaft

aufzubauen.« Die Konferenz gedachte aller Märtyrer des historischen Widerstands und erinnerte an sie als »Märtyrer für den Schutz der Werte der Menschlichkeit«. Sie grüßte alle Friedenskämpfer und den Widerstand der kurdischen Frauen. Dass eine Stadt wie Kobanê zum Symbol der kurdischen Einheit wurde, ist historisch einmalig. Revolutionäre Einheiten, Individuen und internationale Kräfte hatten all ihre Bemühungen und Unterstützung für Kobanê gezeigt und sich Seite an Seite mit den Kurden an den Verteidigungseinheiten beteiligt. Die Konferenz dankte ihnen im Namen der Kurden. Der politische und soziale Sieg Kobanês hat den Weg für fortschrittliche und demokratische Entwicklungen weltweit geebnet. Er hat gezeigt, dass eine Gesellschaft mit ihrem eigenen Willen gegen kapitalistische und imperialistische Angriffe an Boden gewinnen kann. Das Gefühl der Einheit aller Kurden ist zu einer unvorhersehbaren Dimension herangewachsen, und Hoffnungen auf eine Revolution sind auch unter den Jugendlichen, den Frauen und den unterdrückten Teilen der Gesellschaft wiederbelebt.

Es war bemerkenswert, mit welchem Enthusiasmus die Teilnehmenden sich für einen Wiederaufbau Kobanês einsetzten und ihre Ideen und Projekte in ihren kurzen Redebeiträgen mit großer Zuversicht vorstellten. Auch in den Pausen wurde vernetzt, vor allem mit der Hoffnung auf finanzielle Hilfe aus Europa. Gleichzeitig wurde immer wieder die bisher fehlende Koordination betont. Die Konferenz hat für einen ersten Schritt zur Koordinierung aller Hilfsprojekte und Gelder eine wichtige Aufgabe ins Rollen gebracht. Denn in der Realität ist es so, dass es bereits Hilfsprojekte und Aktivitäten gibt, beispielsweise für den Bau eines kleinen Krankenhauses, von der Bauarbeitergewerkschaft aus der Türkei gestartet und für das bereits erfolgreich Spenden gesammelt worden sind.

Solche Projekte finden aber bisher keinen Weg nach Kobanê. Es fehlt ein humanitärer Korridor am einzigen Grenzübergang Mürşitpınar an der türkischen Grenze. Vor allem die Schikanen der türkischen Verwaltung vor Ort stellen ein Hindernis dar. In der Tat sieht es so aus, dass die Grenze nicht ganz offen und auch nicht ganz geschlossen ist, d. h. wenn internationale Hilfsorganisationen humanitäre Güter schicken, werden diese von den türkischen Behörden angehalten, manchmal für mehrere Wochen. Zur Begründung wird gesagt, Kobanê grenze an das IS-Gebiet; gleichzeitig hat die Türkei an ande-



»Fundsachen« bei Kobanê. Foto: ANF

ren Orten gemeinsame Grenzübergänge mit dem IS. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) in der Türkei beklagte, dass es für seine Organisation aufgrund der türkischen Gesetze schwierig sei, Spenden und Gelder in der Türkei zu sammeln. Die Hindernisse am Grenzübergang gelten auch für die Bewohner Kobanês, die auf jeden Fall zurückkehren und ihre Stadt wiederaufbauen wollen. Deutlich wurde also, dass aufgrund der Hindernisse an der Grenze, aber auch wegen der türkischen Gesetze bisher fast gar nichts in Kobanê ankommt. Wichtig ist deshalb, die Koordinierung der Spenden zu einem offiziell anerkannten Spendenkonto. Dazu bedarf es aus Sicht der Konferenz dringend einer zentralen Koordination. Die Konferenz appellierte an die türkische Regierung, die Grenze bei Mürşitpınar zwischen Pîrsûs und Kobanê offiziell zu öffnen. Es wurde vor allem die Dringlichkeit eines humanitären Korridors betont, der unter Aufsicht einer internationalen Organisation stehen sollte.

Nach der bewegenden Diskussion über die soziale und politische Lage Kobanês und dem deutlichen Ausdruck des Engagements für den Wiederaufbau dokumentierten Berichte und Analysen der Zerstörung die prekäre Lage der Stadt und eine dringend benötigte Gewährleistung der Alltagsbedürfnisse der Einwohner. Dabei geht es vor allem um Grundbedürfnisse wie sauberes Trinkwasser – das Wassernetzwerk ist nicht sauber und es besteht höchste Infektionsgefahr. Bauarbeiten für die Elektrizitätsversorgung haben bereits begonnen. Ein an der Konferenz Teilnehmender betonte die Notwendigkeit einer Zementfabrik für Kobanê – es gebe bereits eine in der Umgebung, die vor dem 12. April noch in IS-Hand gewesen sei. Ferner ist ein hoher Grad der Luftverschmutzung zu verzeichnen und es fehlen Mittel zur Bergung der Leichen. Die medizinische Versorgung stellt ein großes Problem dar, es werden Krankenhäuser und Medikamente benötigt. Auch Nahrungsergänzungsmittel wie Vitamintabletten sind sehr wichtig. Zwei Drittel der Schulen und zwei der vier kleinen Krankenhäuser sind zerstört. Der Kanton Kobanê verfügt über sehr ertragreiche Getreideanbauflächen, von denen aber etwa achtzig Prozent zerstört sind; der gesamte Vieh- und Nutztierbestand existiert nicht mehr. Die Lage bezüglich der Gebäudezerstörung ist in den umliegenden Dörfern ein wenig besser, dort werden auch die freiwilligen Helfer untergebracht. Die Konferenz war sich darüber einig, dass Kobanê und die umliegenden Dörfer mit dem gleichen demokratischen Zusammenhalt wie bei der Verteidigung Kobanês wieder aufgebaut werden müssen.

Eines stand fest: Der Wiederaufbau Kobanês ist ein seelisches und moralisches sowie physisches Unterfangen zugleich. Die Stadt sollte mit einem Verständnis von Demokratie, Ökologie und Freiheit der Frauen wiedererrichtet werden. Eine Vertreterin der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus der Türkei betonte, dass die internationale Solidarität nun an einen anderen Punkt geführt werden müsse. Mit dieser fortgeschrittenen Solidarität würde nun ein freiheitliches Leben wieder aufgebaut und nicht nur die Stadt. Es besteht auch großes Interesse von Seiten türkischer Öko-Aktivisten, die sich zu einer großen Ökonomie-Arbeitsplattform zusammengeschlossen haben.

Es wurde sich auf die Notwendigkeit einer nationalen Kampagne für die ökonomische Unterstützung und eine allgemeine Mobilisierung des Kantons Kobanê für den Wiederaufbau geeinigt. Damit diese Wiederaufbau- und Koordinierungsarbeit glattlaufen kann, müssen weltweit Kommissionen unter Führung der Konferenz gegründet werden. Die Teilnehmenden der Konferenz merkten an, dass Kobanê immer noch der Bedrohung durch Angriffe ausgesetzt ist. Die Stadt braucht somit neben der Gewährleistung der menschlichen Grundbedürfnisse auch einen Verteidigungsmechanismus. Es wurde außerdem deutlich gemacht, dass aufgrund der fortwährenden Bedrohung der Kurden ein nationaler Kongress organisiert werden solle, um ihre Werte zu verteidigen und gemeinsam agieren zu können.

Die Teilnehmenden einigten sich zum Ende der Konferenz auf einen 18-Punkte-Plan. Demnach werden u. a. technische Geräte benötigt; es soll an einer Dokumentation und einem Pressearchiv gearbeitet werden; beim Aufbau soll nachhaltige Energiegewinnung wie Sonnen- und Windenergie im Vordergrund stehen; am Wiederaufbau soll sich weltweit beteiligt werden; Frauenzentren sollen gegründet, eine Bildungskommission und ein Bildungszentrum für Kinder eingerichtet werden; mit den Kanalarbeiten am Euphrat soll schnellstmöglich begonnen und ein Teil der Stadt zu einem Open-Air-Museum werden. Frauen und junge wie alte Menschen, die hatten fliehen müssen, wurden aufgerufen, zurückzukehren und aktiv am Wiederaufbau teilzunehmen.

Schließlich wurde betont, dass alle Teilnehmenden Verantwortung für das Engagement beim Wiederaufbau übernehmen und für die Umsetzung der Projekte und Pläne sorgen sollten. Der Appell ging auch an die Kurden in der Diaspora. Man hofft, dass durch kollektive Bemühungen die Stadt wieder aufgebaut und als ein Beispiel für alle Zivilisationen gelten kann, um Erfolg gegen den Terror zu demonstrieren, der die Menschlichkeit angreift. Die internationalen Teilnehmenden verließen die Konferenz gleichfalls mit großer Entschlossenheit zur Verbreitung der Konferenzergebnisse in ihren Heimatländern und zur intensiven Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung.

Im Zusammenhang mit der Konferenz wurde die Homepage www.helpkobane.com eingerichtet. ♦

Solidarität in Saarbrücken unterliegt kapitalistischer Doppelmoral

Spendenkonto für Rojava gekündigt

Ursula Quack, Interventionistische Linke/IL

Sechs Wochen lang gab es in Saarbrücken eine Auseinandersetzung um ein Spendenkonto für die kurdische Selbstverwaltung in Rojava. Hintergrund war die Kündigung dieses Kontos durch die Sparkasse Saarbrücken. Für die Sparkasse war die Kündigung rechtlich einwandfrei und Kritik daran unerwünscht. Für viele andere hingegen war die Entscheidung ein Politikum, das man so nicht hinnehmen wollte.

Vor dem Hintergrund anhaltender Kämpfe der Selbstverteidigungskräfte in Rojava gegen den terroristischen »Islamischen Staat« initiierten die Interventionistische Linke IL und der Verband der Studierenden aus Kurdistan YXK im Oktober 2014 eine Solidaritätskampagne zu Rojava unter dem Motto »Wer, wenn nicht wir – wann, wenn nicht jetzt!«. Los ging´s mit einem Solidaritätsaufruf, für den auch viele prominente Unterstützer_innen gewonnen werden konnten. Inhaltlich bezog sich der Aufruf unter anderem auf die positive Rolle der PKK in der Region und auf die Bedeutung der Selbstverteidigungskräfte für das demokratische Projekt in Rojava. Damit verbunden war eine Spendenkampagne, um die Befreiungskräfte gegen die Dschihadist_innen finanziell zu unterstützen. Mehrere Hundert Menschen haben sich daran beteiligt und bereits Ende November 2014 konnten die ersten 50 000 € nach Rojava überwiesen werden. Insgesamt kamen rund 109 200 € zusammen. Eine Bestimmung, wofür das Geld verwendet werden soll, gab es seitens der Organisator_innen nicht. Die Menschen vor Ort sollten selbst entscheiden, denn sie wissen am besten, was benötigt wird.

Das Spendenkonto wurde auch deswegen bei der Sparkasse Saarbrücken eröffnet, weil Sparkassen wegen ihrer öffentlich-rechtlichen Struktur einer politischen Kontrolle unterstehen. So haben bei der Sparkasse Saarbrücken die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz und der Regionalverbandsdirektor Peter Gillo, beide SPD, den Vorsitz des Verwaltungsrates inne. Noch im Dezember 2014 sprach Charlotte Britz auf einer mit 3 000 Menschen sehr gut besuchten Solidaritätsveranstaltung für Kobanê in der Saarbrücker Messehalle. Auch die diesjährige Newrozfeier der kurdischen Gemeinde im Saarland fand mit Unterstützung durch die Oberbürgermeisterin erstmalig im Festsaal des Saarbrücker Rathauses statt.

Elf Tage nach dieser Feier wurde das Spendenkonto gekündigt. Die Kündigung erfolgte aufgrund der »Allgemeinen Geschäftsbedingungen«, eine inhaltliche Begründung dafür gab es nie. Aus Medienveröffentlichungen lässt sich allerdings nachvollziehen, was dahintersteckt: *»Verstoß gegen Bankenrichtlinien«* (Saarbrücker Zeitung, 20.05.2015); *»... das angegebene Spendenziel ›humanitäre Hilfe‹ für die Kurden sei zweifelhaft«* (Saarbrücker Zeitung, 08.05.2015); *»Es sei außerdem nicht mit den Ethik-Vorschriften der öffentlich-rechtlichen Kasse vereinbar, dass mit dem Geld möglicherweise Waffen gekauft werden«* (Saarländischer Rundfunk, 19.05.2015); *»im Rahmen der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vorgeschriebenen Überprüfungen auf Geldwäsche und Terrorismus sei man auf das Spendenkonto gestoßen und habe eine Verdachtsanzeige beim Landeskriminalamt gemacht. Zur Kontoschließung sei man verpflichtet, weil die Spenden für PKK-nahe Kämpfer bestimmt seien. Und die PKK sei in Deutschland schließlich verboten«* (Saarländischer Rundfunk, 27.04.2015).

»Sparkasse entdeckt Pazifismus«, kommentierte das »Neue Deutschland« und verwies damit auf den Zusammenhang, dass Rüstungsgeschäfte, aber auch Aktien von Rüstungskonzernen problemlos über Banken abgewickelt bzw. gehandelt werden, ohne dass dies von den Banken mit Verweis auf ihre gesetzlichen und moralischen Verpflichtungen (Stichwort: Compliance) infrage gestellt wird. Aber auch bei Spendenkonten hat sich die Sparkasse Saarbrücken bisher nicht mit klaren moralischen Kriterien hervorgetan. Denn sowohl die rechtspopulistische AfD wie auch die neonazistische NPD haben im Saarland jeweils ihr Spendenkonto bei der Sparkasse Saarbrücken.

Aber diesmal ging es um die PKK bzw. ihre syrischen Schwesterorganisationen PYD/YPG, und damit sind wir auch



Studierende von YXK und YXK-JIN protestieren in der Sparkasse in Saarbrücken gegen die Kündigung des Spendenkontos für Rojava. Foto: YXK

beim PKK-Verbot. Der deutsche Staat betreibt nach wie vor die Kriminalisierung des kurdischen Freiheitskampfes, obwohl sich in der Öffentlichkeit und in den Medien durch die Verteidigung von Kobanê und die Rettung Tausender Yesid_innen die Wahrnehmung der PKK und ihrer politischen Bedeutung deutlich zum Positiven verändert hat. Während also Waffenlieferungen an die irakischen Peschmergas der PDK und YNK offizielle Staatspolitik sind, wird gleichzeitig eine kleine, selbstorganisierte Spendenkampagne für die Selbstverteidigungskräfte in Rojava für das Establishment zum Problem.

Kurz nach Kündigung des Kontos riefen IL und YXK dazu auf, Protestschreiben und E-Mails an die Sparkasse Saarbrücken zu schicken. Einige engagierte Briefe und E-Mails erreichten die Sparkassen-Leitung. Aber schon nach kurzer Zeit schaltete die Sparkasse auf Autopilot und beantwortete die eingehenden Schreiben nur noch mit einer automatisierten Antwort-Mail.

Unterstützung gegen die Kündigung gab es zusätzlich durch den Saarländischen Flüchtlingsrat und die Aktion 3. Welt Saar. Ihre Pressearbeit sorgte für eine gute Präsenz des Themas in den saarländischen Medien und war gleichzeitig Grundlage für weitere Aktivitäten. Am 7. Mai 2015 fand während der Geschäftszeiten eine Protestkundgebung vor der Hauptstelle der Sparkasse Saarbrücken statt, an der Vertreter_innen des gesamten linken Spektrums teilnahmen. Höhepunkt war dann am 19. Mai eine Besetzung eben dieser Hauptstelle durch Mitglieder des YXK, die von Freund_innen aus Saarbrücken unterstützt wurde. Gute zwei Stunden konnten die Aktivist_innen in der Schalterhalle verweilen, wo sie mit Transparenten und Parolen politische Präsenz zeigten.

Trotz vielfältiger Kritik und der Tatsache, dass das Image der Sparkasse Saarbrücken mittlerweile ramponiert war, blieb der Vorstand des Geldinstituts bei seiner Entscheidung. Mehr noch: Auf schriftliche Dialogangebote ging er nicht ein und war weder zur Kommunikation mit der Kontoinhaberin noch zu irgendeiner Stellungnahme in dieser Sache bereit. Ein politisches Armutszeugnis für eine Stadt, die gerne von »Weltoffenheit« und »gelebter Demokratie« spricht.

Das Spendenkonto existiert seit dem 1. Juni 2015 nicht mehr, ein neues Konto wird es zurzeit nicht geben. Auf der Webseite der »Solidaritätsinitiative mit Rojava« begründen die Initiator_innen ihre Entscheidung folgendermaßen: *»Unserer Kampagne ›Solidarität mit Rojava‹ wurde das Spendenkonto gekündigt. Der Initiative ›Waffen für Rojava‹ ging es mehrmals genauso. Deshalb werden wir kein neues Konto eröffnen und die Spendensammlung für die Selbstverteidigungskräfte in Rojava über ein Konto beenden. Nach der Befreiung von Kobanê steht nun der Wiederaufbau der Stadt an. Für alle, die ihre Solidarität mit Rojava durch eine Geldüberweisung zeigen wollen, besteht die Möglichkeit an Hilfsorganisationen zu spenden. Wir empfehlen beispielsweise ÇAR DEST, eine Humanitäre Hilfsorganisation[1].«*

Die Zeitung »The Maghreb and Orient Courier« hat vor Kurzem zwei Landkarten von Syrien abgedruckt, einmal vom Mai 2014 und einmal vom Mai 2015. Man sieht, wie sich der IS innerhalb eines Jahres ausgedehnt hat mit Ausnahme der Gebiete, in denen die kurdischen Kräfte aktiv sind. Sie sind die Zukunft der Region, sie sind das Beispiel für alle, die selbstbestimmt um Demokratie, Säkularismus und Freiheit kämpfen. Die Sache der Emanzipation gewinnt oder verliert in Rojava, und zwar für alle. ♦

1 Helfende Hände – ÇAR DEST e.V., http://www.cardest.org/

Das konföderale System der Frauen in Kurdistan: KJK

Die Frauen als Avantgarde

Gönül Kaya, Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung

Wir befinden uns in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts. Aus Sicht der Frau, der Natur, des Individuums und der Gesellschaft ist die Menschheit Zeugin von gewaltigen Zerstörungen, Massakern, Armut, Kriegen und ähnlichen Katastrophen. Dieselbe Menschheit bezeugt aber auch Menschen, die auf der Suche nach Freiheit und Demokratie sind. Die die auf Macht, Klasse, Sexismus, Nationalismus und Wissenschaftlichkeit beruhende Politik und Mentalität und das gesellschaftliche System hinterfragen. Die den Kampf für das Praktizieren eines alternativen Lebens führen. Diese Phase wird als Chaosintervall bezeichnet.[1] Im Hinblick auf den Ausgang dieses Intervalls ereignet sich ein historischer Prozess.

Für einen Ausgang nach ihren eigenen Vorstellungen sind die Kräfte der kapitalistischen Moderne bemüht, die Angriffe und die Ausbeutung in allen möglichen Bereichen zu vertiefen, im ideologischen, technologischen, politisch-akademischen Bereich, in der Ökonomie, der Kultur, dem Sport. Nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung Anfang der 1990er hatten die modernen sumerischen Priester des kapitalistischen Systems Diskurse zu verbreiten versucht, die das Ende der Ideologien und die Alternativlosigkeit des Kapitalismus propagierten. Sie präsentierten sich selbst als einzige und letzte Herrscher. Aus Sicht der Völker, der Frauen und aller Unterdrückten, die den Gegenpart zum kapitalistischen System bilden, drückt dieser Prozess eine bedeutende Phase der Veränderung und Transformation aus. Es wurde begonnen, Begriffe bzw. Konzepte wie Macht, Staat, Klassengesellschaft, Demokratie, Frauenfreiheit, Überwindung von Natur- und Umweltproblemen und das Modell des Nationalstaats zu hinterfragen. Ist es ausreichend, das kapitalistische System abzulehnen? Aus welchem Grund konnten keine Alternativsysteme aufgebaut werden? Was ist der Grund für die unterschiedlichen Entwicklungen der großen Revolutionen der Menschheit? Der Feminismus hat große Fortschritte erzielt, aber warum konnte das kapitalistische System nicht überwunden werden? Warum konnte die Radikalität im hinterfragenden Denken nicht in eine neue Lebensform und in den Aufbau eines neuen Systems transformiert werden? Solche und ähnliche Fragen haben das Entstehen von Alternativkräften zur kapitalistischen Moderne beschleunigt.

Eine dieser Kräfte, die sich auf der Suche befinden, hinterfragen und ein alternatives Gesellschaftssystem schaffen, ist die aufstrebende kurdische Freiheitsbewegung im Mittleren Osten. Bei ihrer Suche und in ihrem Hinterfragen hat sie sich nicht vom »Sozialismus« abgewendet. Ohne sich bei ihrer Methodik des Hinterfragens in den Fallstricken der Ideologen des kapitalistischen Systems zu verfangen, hat sie Fragen gestellt wie: Wo wurden Fehler gemacht? Welche Aspekte des Systems wurden reproduziert? Wie können diese Fehler überwunden werden? Auf der einen Seite verteidigt sie im Mittleren Osten und in Kurdistan mit der kurdischen Gesellschaft alle genozidgefährdeten Volksgruppen und bekämpft deshalb den türkisch-arabisch-persischen Nationalstaatskolonialismus. Auf der anderen Seite streitet sie viel mehr für ein Hinterfragen der Mentalität und des Lebens und für die Überwindung der auf Macht und Sexismus beruhenden Persönlichkeitsstrukturen im gegenwärtigen System.

Die kurdische Freiheitsbewegung unter der Vorreiterschaft der PKK hat ihre radikalste Öffnung und Veränderung im inneren Kampf für eine gesellschaftliche Revolution im Bereich der Freiheit und Organisierung der Frau verwirklicht. Als grundlegenden Widerspruch betrachtet sie nicht den Klassenwiderspruch. Als Hauptwiderspruch werden das zwischen Frau und Mann errichtete Ausbeutungssystem, die zugehörige Mentalität und die Vergesellschaftung der von den Herrschenden aufgebauten machtbasierten Beziehungen gesehen. Und Sozialismus, Demokratie, Freiheit und Gleichheit sind an ein neues System gesellschaftlicher Beziehungen gebunden, das

1 Vgl. Verteidigungsschriften A. Öcalans, »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt«, Köln 2010, S. 19: »In der Entwicklungsdialektik jedes Phänomens zeigt sich ein ›Chaosintervall‹, ein Zeitraum eines chaotischen Übergangs, das bei qualitativer Veränderung notwendigerweise auftritt. (…) Eine gradlinige Vorwärtsentwicklung aus dem Intervall heraus ist nicht immer möglich. (…) In menschlichen Gesellschaften nennt man derartige Intervalle ›Krisenzeiten‹.«

sich auf Gleichheit und Freiheit zwischen den Geschlechtern stützt.

Es lässt sich gegen das System rebellieren und starker Widerstand beweisen, ohne sich von den gegenwärtigen, vom patriarchalen System erzeugten Denkmustern von Frau und Mann zu befreien und die systemimmanenten Lebensgewohnheiten zu überwinden, doch eine alternative Gesellschaftsform wird so nicht geschaffen werden können. In dieser Hinsicht wurde der Aufbau eines neuen Gesellschaftssystems, das auf der Freiheit der Frau beruht, ins Zentrum des Kampfes gestellt. Der Vordenker dieser Theorie, Abdullah Öcalan, hat mit dieser Herangehensweise den Menschen, die auf der Suche nach einer Alternative sind, sowie den Sozialisten dargelegt, von welcher Bedeutung die Freiheit der Frau ist.

In diesem Prozess der Veränderung und Transformation, der vor 1999 begann, hat die kurdische Frauenbewegung auf dieser Grundlage eine wichtige Intensivierung erfahren. Am 8. März 1998 wurde die Frauenbefreiungsideologie verkündet. Später wurden neben deren Prinzipien die »Theorie der Loslösung« sowie das »Projekt zur Transformation des Mannes« auf die Agenda gesetzt.

Dabei werden die beiden großen sexuellen Umbrüche, welche die Frauen in der Geschichte erlebt haben,[2] und das dem folgende System hinterfragt. Diese beiden sexuellen Umbrüche haben die mentale, physische, ökonomische, gesellschaftliche und Willenskraft der Frau vernichtet. Dies dauert bis heute an und ist der längste Genozid in der Geschichte. Für die Schaffung eines alternativen Systems muss sich in diesem Jahrhundert dieses Mal ein Umbruch in der männlichen Mentalität und Lebensweise ereignen. Die konstruierten Frauen- und

2 Das waren die Errichtung des Patriarchats und die Etablierung der monotheistischen Religionen; vgl. A. Öcalan: »Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau«, Köln 2014.

Männerrollen müssen überwunden werden. Die Frage danach, wie ein freier Mensch zu leben hat, wie ein Gesellschaftssystem aufzubauen ist, kann den Frauenfreiheitskampf auf eine neue Stufe befördern. Auf diese Weise können im Mittleren Osten und in Kurdistan die Frauenfrage und damit verbundene Lösungsformeln in den Vordergrund gerückt werden – was der Feminismus im Westen erfolgreich geschafft hat. Und die Lösung und Alternative ist es, bei der Frau und in der gesellschaftlichen Dimension Bewusstsein zu schaffen und, ohne das gegenwärtige System zu reproduzieren, ein neues gesellschaftliches System aufzubauen.

Um die ersten Schritte in diese Richtung besser zu organisieren, entwickelte die kurdische Frauenbewegung eine autonome Organisierung der Selbstverteidigung in den Reihen der Guerilla. Der im Jahr 1995 seine Gründung verkündende YAJK (Freier Frauenverband Kurdistans) hatte zum Ziel, die autonome Identität der Frau zu entwickeln. Daneben dauerten auch die Arbeiten zur Entwicklung der Frauenfreiheitsideologie an. Die Parteiwerdung der Frauen realisierte sich unter dem Namen PJA (Partei der Freien Frau, gegr. 2000). All dies zielte darauf ab, bei den Frauen – ob in den Kriegsgebieten, Städten, Dörfern oder Gefängnissen – Bewusstsein zu schaffen, sie zu organisieren und zu einer Kraft zu formen. Auf dieser Grundlage wird zum Aufbau eines alternativen Systems in Kurdistan Bildungsarbeit für die Frau zu allen Aspekten geleistet.

> Es wurde dafür gekämpft, dass die Aufklärungsarbeit für die Frauen nicht auf die »Akademikerinnen« begrenzt blieb und das Wissen mit der Frau und der Gesellschaft geteilt wird. Ein weiteres wichtiges Thema des Kampfes war der Widerstand gegen die vonseiten der Kolonialstaaten betriebene Politik der Gewalt, des Krieges und der Massaker gegen die Frauen sowie der Widerstand gegen die Gewaltanwendung und die damit verbundene Mentalität gegen die Frau innerhalb der Gesellschaft.

Bis ins Jahr 2005 arbeitete die kurdische Frauenbewegung weiter an der ideologischen Vertiefung für den Aufbau eines neuen Gesellschaftssystems. Wichtige Aspekte, die hinterfragt werden, sind insbesondere die Geschichte des Patriarchats, die ungeschriebene Geschichte der Frau und das auf Herrschaft, Sexismus, Klassen und Staat beruhende System und die darauf gründende Mentalität. Ein weiteres grundlegendes Feld der Untersuchung und Recherche sind die Geschichte des Feminismus und die Erfahrungen vergangener Kämpfe. Im ideologischen Bereich wird der Bildung und Recherche großer Wert beigemessen. Mit der grundsätzlichen Feststellung, dass die Frauenfreiheitsideologie nicht nur auf die Freiheit eines Geschlechts abzielt, sondern eine gesellschaftliche Ideologie ist, werden Arbeiten zur gesellschaftlichen Veränderung und Transformierung durchgeführt. Es werden Bildungsmaßnahmen auf den Weg gebracht, welche die Frauenfreiheitsideologie vergesellschaften, Bewusstsein bei den Frauen schaffen und bei den Männern das patriarchale System brechen.

Im Jahr 2005 kam die kurdische Frauenbewegung zu dem Entschluss, das für die Freiheit Kurdistans unterbreitete System des Demokratischen Konföderalismus mit der Vorreiterrolle der Frau aufzubauen. Auf diesem historischen Kongress wurde entschieden, mit der Frauenorganisierung die Vorreiterrolle im alternativen gesellschaftlichen System anzustreben. Dafür wurde betont, dass in allen Bereichen die Organisierung der Frau verwirklicht werde: im ideologischen Bereich mit der PAJK (Partei der Freien Frau Kurdistans, gegr. 2004), im gesellschaftlichen Bereich mit den YJA (Verbände der Freien Frauen, gegr. 2004), im Bereich der Selbstverteidigung mit den YJA STAR (Einheiten der Freien Frauen STAR) und mit einer autonomen Organisierung für die jungen Frauen. Diese Organisierungsvarianten sollten in horizontaler Beziehung zueinander stehen und sich unter einem Dach zusammenschließen. Dieses Dach wurde der Hohe Frauenrat (KJB).

Von 2005 bis 2014 wurde das System der Organisierung kurdischer Frauen unter dem Dach des KJB verfolgt und bedeutende Arbeiten wurden vollbracht. Es wurde damit begonnen, in Kurdistan Frauenkommunen in Dörfern/Stadtteilen zu bilden, die Frauenräte und Frauenakademien in den Kommunen zu entwickeln und im ökonomischen Bereich Kooperativen aufzubauen. Entsprechend diesen Arbeitsfeldern wurden in Kurdistan und überall dort, wo kurdische Frauen leben, Bildungsmaßnahmen, Treffen und Aktionen durchgeführt. Es wurde zur Grundlage gemacht, dass die wichtigen Entscheidungen von unten getroffen werden.

Es wurde dafür gekämpft, dass die Aufklärungsarbeit für die Frauen nicht auf die »Akademikerinnen« begrenzt blieb und das Wissen mit der Frau und der Gesellschaft geteilt wird. Ein

weiteres wichtiges Thema des Kampfes war der Widerstand gegen die vonseiten der Kolonialstaaten betriebene Politik der Gewalt, des Krieges und der Massaker gegen die Frauen sowie der Widerstand gegen die Gewaltanwendung und die damit verbundene Mentalität gegen die Frau innerhalb der Gesellschaft. In der Gesellschaft wurden Kampagnen organisiert und jegliche auf Macht und Massakern basierende patriarchale Politik unter dem Deckmantel von »Tradition/Religion/Gesetz« wurde bloßgestellt.

Ein nächster Vorstoß, der die gesellschaftliche Wahrnehmung betraf, war das »Kovorsitz-System«. Ziel hierbei ist nicht eine symbolische und bürokratische Gleichheit zwischen Frau und Mann in politischen Parteien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es geht darum, gegen alle möglichen monistischen Perspektiven Pluralität auf der Grundlage freiheitlicher Prinzipien zu schaffen. Das Projekt des Kovorsitz-Systems wurde im gesellschaftlichen Bereich als »Projekt für ein freies, partnerschaftliches Leben« bestimmt.

Die KJK ist das Freiheitssystem der Frau, das im Mittleren Osten und in Kurdistan ersteht. Die kurdische Gesellschaft begreift jeden Tag mehr, dass der Aufbau des Freiheitssystems der Frau die Garantie für ihr eigenes System der Freiheit ist. In diesem Sinne geht der Kampf um den Systemaufbau durch die KJK zusammen mit der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) weiter.

Der klarste Ausdruck für den Kampf um Selbstverteidigung – als einem Kampfterrain im unter militärischer Besatzung und Ausbeutung stehenden Kurdistan – ist Rojava/Şengal (Sindschar) und Kobanê. Die von Frauen verschiedenster Ethnien aus Rojava zusammengesetzten Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) haben nicht nur für den Mittleren Osten, sondern für die gesamte Welt einen Kampf um Freiheit geführt. Die Ideologie, auf die sie sich stützen, ist das demokratische, ökologische und frauenbefreite Gesellschaftssystem und Paradigma.

Der KJB erklärte auf seinem Kongress im Jahr 2014, eine neue Etappe erreicht zu haben. So wurde der Übergang auf eine Organisierung nach dem konföderalen System verkündet, während der KJB noch eine Dachorganisation verkörpert hatte. Dieses konföderale System der Frau wurde Gemeinschaft der Frauen Kurdistans genannt – Komalên Jinên Kurdistan, KJK. KJK ist also nicht nur die Bezeichnung für eine Frauenorganisierung, sondern der Name für das System der Frau in der Aufbauphase.

Die kurdische Frauenbewegung hat als KJK bestimmt, in allen Bereichen sich selbst und das System aufzubauen. In Nord- und Südkurdistan, in West- und Ostkurdistan sowie im Ausland hat sie sich die Errichtung dieses Modells der Kommunen und Räte zum Ziel gesetzt. Dafür wird sie zuerst in Dörfern und Stadtteilen die Kommunen als Wurzeln des konföderalen Systems der Frau aufbauen. Die kommunale Lebensweise wird die Grundlage bilden. Denn das konföderale System nimmt diese Art zu leben zu seiner Grundlage. Kein Bereich darf ohne Organisierung bleiben. KJK bedeutet das kommunale Leben als klarster Ausdruck unserer Farbe. Das Ziel ist, dass jede Frau, egal welcher Nation, in allen Bereichen ihren Platz in den Kommunen und Räten einnimmt und über ihre eigenen Bedürfnisse selbst bestimmt. Dieses System ist die KJK.

Die KJK hat vier Phänomene als Widerpart definiert: Sexismus, Nationalismus, Fundamentalismus und Szientismus. Frauen aus jeder gesellschaftlichen Schicht und aus den verschiedensten Volksgruppen, die sich dem entgegenstellen, können mit ihrer eigenen Farbe, Sprache, ihrem Glauben und Willen im KJK-System Platz finden. Zur Flagge der KJK erläutern ihre Vertreterinnen: »Es wurde ein Flaggenmodell entwickelt, das die wesentlichen Besonderheiten des konföderalen Systems wiedergibt. Sie enthält beispielsweise einen Ölzweig, einen Stern und eine Sonne. Die Symbole tabuisieren wir nicht, sondern nehmen sie als Werte in die Hand. Alle Symbole, die wir ausgewählt haben, repräsentieren die Werte der Gesellschaft und unseres Kampfes. Der Ölzweig drückt die Kultur der Frau und die Arbeit aus. Aus der Mythologie und den Religionen ist die Nähe zwischen den Sternen und der Frau geläufig. Gleichzeitig handelt es sich beim Stern auch um ein Symbol für den Sozialismus. Die Sonne repräsentiert sowohl unsere Führung als auch das Licht.«

Die KJK ist das Freiheitssystem der Frau, das im Mittleren Osten und in Kurdistan ersteht. Die kurdische Gesellschaft begreift jeden Tag mehr, dass der Aufbau des Freiheitssystems der Frau die Garantie für ihr eigenes System der Freiheit ist. In diesem Sinne geht der Kampf um den Systemaufbau durch die KJK zusammen mit der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) weiter. Beide sind auf dem Weg zu universaler Dimension. ♦

Internationale Frauenfestivals im Gedenken an die Freiheitskämpferinnen

Zîlan, Sakine, Arîn und Ivana

Birgit Baumeister, CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden, 14. Juni 2015

Am Wochenende 13./14. Juni 2015 fanden in mehreren europäischen Städten internationale Frauenfestivals statt. Seit 2004 ist das Zîlan-Frauen-Festival in Deutschland zur Tradition geworden, hinzu kommen das Zîlan-Festival in UK, das Sakine-Cansiz-Festival in der Schweiz, das Zîlan-Festival in Schweden und das zum ersten Mal in Marseille/Frankreich stattfindende Arîn-Mîrkan-Festival.

Die durch die kurdische Frauenbewegung in Europa, insbesondere die Frauenräte vor Ort ausgerichteten Musik- und Kultur-Festivals tragen die Motivation und Begeisterung des Widerstands in allen Teilen Kurdistans und internationaler Frauenkämpfe in einem großen Fest zusammen und stellen eine wichtige Erfahrung für die TeilnehmerInnen dar. Das Bühnen- und Seminarprogramm ist bekannt für seine Vielfältigkeit.

Die Festivals der Frauenbewegung werden gefallenen Freiheitskämpferinnen gewidmet und in ihrem Namen ausgerichtet: Zîlan (Zeynep Kınacı), Sakine Cansız und Arîn Mîrkan. Das Gedenken an sie steht symbolisch für die Werte, die im Frauenwiderstand geschaffen wurden, und stellt insbesondere die beispielhafte Haltung und Rolle einzelner Aktivistinnen des kurdischen Befreiungskampfes in den Vordergrund. Ihre Geschichten erzählen viel über die Persönlichkeiten, die ein solcher Widerstand benötigt und hervorbringt, wie wir ihn heute in Kobanê (Ain al-Arab; Westkurdistan) und Şengal (Sindschar; Südkurdistan) und nicht zuletzt in Mahabad (Ostkurdistan) und Amed (Diyarbakır; Nordkurdistan) erleben.

Als der Vernichtungskrieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung ein unausstehliches Maß annahm und parallel der Versuch eines Attentats auf Abdullah Öcalan in seiner Unterkunft in Syrien unternommen wurde, beschloss die 24-jährige Aktivistin **Zeynep Kınacı (Zîlan)**, ein Zeichen zu setzen. Sie plante den Anschlag auf eine Militärparade der türkischen Armee in der kurdischen Metropole Dêrsim (Tunceli), einer Hochburg der oppositionellen Politik, insbesondere aus Anlass des dort im Jahr 1938 verübten rassistisch-nationalistischen Massakers.

Zeynep Kınacı hinterließ eine Handvoll Briefe, gerichtet an das kurdische Volk, die AktivistInnen der kurdischen Befreiungsbewegung PKK, an Abdullah Öcalan, an die türkische Regierung, die Weltöffentlichkeit und internationale Institutionen sowie die Frauenbewegung. Sie erklärte darin, dass nur der Widerstandskampf der PKK die KurdInnen vor der vollkommenen Vernichtung bewahrt habe. Eine Gesellschaft, die in Kultur, Identität und Bewusstsein fast vollkommen assimiliert worden sei, zu einem großartigen Widerstandskampf zu bewegen, benötige großes Verantwortungsgefühl, historisches Bewusstsein, Mut und Entschlossenheit.

Mit ihrer geplanten Aktion setzte sie ein deutliches Zeichen und einen Wendepunkt in der Vernichtungspolitik des türkischen Staates und dem Widerstandskampf der kurdischen Bevölkerung dagegen. Nach eigenen Angaben wählte sie dieses Mittel im Bewusstsein, dass »große Veränderungen manchmal bedeutsame Mittel benötigen«. Ihr Attentat symbolisiert seitdem die kompromisslose Bereitschaft im Kampf um die Befreiung, der sich über die enormen Volksaufstände, die Beharrlichkeit der Bevölkerung bei ihren Aktionen bis zum entschlossenen Kampf der Guerilla als Widerstandskultur im kurdischen Befreiungskampf durchgesetzt hat.

Dieser Geist spiegelt sich auch im Widerstand in türkischen Gefängnissen wider, in dem die PKK-Mitbegründerin **Sakine Cansız (Sara)** eine führende Rolle spielte. Unter staatlicher Folter und Misshandlung wurden dort bedeutsame Aktionen durchgeführt, die die Volksaufstände und Organisierungsarbeit in den Städten und Dörfern weiter vorantrieben. Die Aussage »Anstatt in Unfreiheit zu leben, ziehen wir es lieber vor, nicht existent zu sein« (»Widerstand und gelebte Utopien«, Interview S. 68) ist kein theoretisches Gelöbnis, sondern das Verständnis, mit dem ein solch wirkungsvoller Widerstand unter schlimmsten Umständen entwickelt wird. Die Entschlossenheit, die einen solchen Widerstand trägt, wurde auf einer

Delegation 2012 von einer Aktivistin der Jugendbewegung mit den Worten beschrieben: »Unsere Strategie besteht darin, die Folterer und Unterdrücker durch unseren konsequenten und kollektiven Widerstand in ihrer eigenen Zerstörung zur Verzweiflung zu treiben.« Die historische Entwicklung des Widerstandes der Kurdinnen und Kurden gegen Kolonialisierung und staatliche Unterdrückung, bis zum heutigen Tag in der Revolution von Rojava und dem Erfolg der demokratischen Revolution in Nordkurdistan, beweist die Wirksamkeit dieses Konzeptes.

Die YPJ-Kämpferin und -Kommandantin **Arîn Mîrkan** ist ebenfalls zum Symbol des kurdischen Befreiungskampfes geworden. Die 22-jährige Kurdin aus Afrîn trat zu Beginn der Revolution, gemeinsam mit dreien ihrer Brüder, den Verteidigungseinheiten bei. Vor den Toren der Stadt Kobanê verteidigte ihre Einheit den strategischen Hügel Mistenur gegen die Truppen und Panzer des IS. Als das Gefecht eine gefährliche Phase erreichte, beschloss Arîn Mîrkan, sich für die Verteidigung der Stadt Kobanê und die Genossinnen ihrer Einheit aufzuopfern. Sie stattete sich mit Explosivmaterial aus, schlich sich getarnt in die Reihen der IS-Kämpfer und wurde selbst zur Waffe, um Dutzende IS-Kämpfer auf einmal sterben zu lassen. Strategisch gesehen hat sie mit dieser Aktion die Einnahme des Hügels und somit die Verteidigung der Stadt sowie das Vorrücken mit schweren Waffen und somit das Leben der Kämpferinnen einer ganzen Einheit verteidigt. Diese Hingabe im Kampf stellt einen roten Faden im kurdischen Freiheitskampf dar. Wie Zîlan mit ihrer Aktion das türkische Militärregime in einen strategisch bedeutsamen Schockzustand versetzte, so hat sich die Entschlossenheit Arîn Mîrkans im Kampf gegen den IS und für die Werte der Menschlichkeit ins Bewusstsein von Millionen Menschen gebrannt.

Wenn wir heute die Errungenschaften der kurdischen Frauenbewegung sowie den Einfluss der Frauenverteidigungseinheiten in der demokratischen Revolution im Mittleren Osten betrachten, so müssen wir sie im Kontext ihrer größten Widerstandssymbole verstehen. Deshalb werden den kurdischen Revolutionärinnen Zîlan und Arîn Tausende von Liedern und Gedichte gewidmet, in ihrem Gedenken tragen Hunderttausende Neugeborener ihre Namen und Bildungsakademien wie Räte genauso wie Festivals der Frauenbewegung werden nach ihnen benannt. Das Gedenken an sie steht symbolisch für den Frauenwiderstand, für die Opfer, die der Widerstand der KurdInnen gegen Patriarchat und staatlichen Kolonialismus gefordert hat, und alle, die heute mit derselben Entschlossenheit die Errungenschaften der Frauenrevolution verteidigen und voranbringen.

Sakine Cansız hat den kurdischen Freiheitskampf und die Formierung einer autonomen Frauenbewegung von Anfang an geprägt. Sie verkörpert den Entschluss und die Überzeugung, dass ein anderes Leben möglich ist und dass unendliche Mühe und Hingabe notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Ihr ganzes Leben hat sie dem Widerstand der KurdInnen und der Frauenbewegung gewidmet und hat Millionen von Menschen mit an dieser Revolution beteiligt.

Dank Frauen wie ihr können wir heute davon sprechen, dass die weltweite Frauenbefreiung mit den Errungenschaften der Frauenrevolution in Kurdistan eine neue Phase erreicht hat. Die kurdische Frauenbewegung hat nicht zuletzt mit der Revolution von Rojava bewiesen, dass sie Methoden und Werkzeuge entwickelt hat, um die Frauenbefreiung zum Grundelement eines neuen demokratischen Gesellschaftsaufbaus zu machen. Im Gedenken an Sakine Cansız arbeiten Hunderttausende Frauen im Bewusstsein, dass »das 21. Jahrhundert das Jahr-



Vor der Bühne des 11.-Zîlan-Frauen-Festivals. Foto: A. Bender



Begrüßung des diesjährigen 11.-Zîlan-Frauen-Festivals in Dortmund. Foto: A. Bender

hundert der Frauenbefreiung sein wird« und dass dieses Ziel nur mit tiefster Hingabe und Anstrengung erreicht wird.

Das Plakat des diesjährigen Zîlan-Festivals in Deutschland schmückt nicht nur das Bild von Hevala Zîlan (Zeynep Kınacı), sondern ebenso das der internationalistischen YPJ-Kämpferin **Ivana Hoffmann**. Ivana, die bei der Verteidigung von Rojava den kurdischen Namen **Avaşîn Têkoşîn Güneş** annahm, fiel am 7. März 2015 bei der Verteidigung eines assyrischen Dorfes im Kanton Cizîrê gegen den IS. Zum diesjährigen Zîlan-Frauen-Festival in Dortmund am 13. Juni 2015, das nach einem enormen Regenschauer mit strahlendem Sonnenschein beschenkt wurde, teilte auch die Mutter von Ivana Hoffmann eine Grußbotschaft mit den TeilnehmerInnen des Festivals:

»Zunächst begrüße ich von ganzem Herzen das diesjährige Zîlan-Festival. Leider kann ich aus familiären Gründen selbst nicht teilnehmen. Trotzdem möchte ich euch mitteilen, wie stolz es mich macht, dass das 11. Zîlan-Festival Ivana und allen Freiheitskämpferinnen gewidmet wurde.

Obwohl meine Tochter Ivana Hoffmann, Şehîd Avaşîn, das Land Rojava nicht kannte, die kurdische Sprache nicht beherrschte und auch nicht viel über die Geschichte Kurdistans wusste, hatte sie eines verstanden: dass es notwendig ist, sich für die Befreiung der Frauen und der Völker, im Namen der Menschlichkeit, an der Revolution in Kurdistan zu beteiligen. Sie wusste, dass ihr und allen Internationalistinnen, Hunderte auf diesem Weg folgen würden.

Lasst uns gemeinsam die Brücke zwischen Kobanê, Şengal und überall stärken, lasst uns so mutig wie Ivana sein, ihren Spuren folgen und das weiterführen, was sie erschaffen wollte. Lasst uns für unser aller Freiheit kämpfen, die Frauenrevolution in Rojava gemeinsam verteidigen und damit auch die Rache für die tausenden êzîdischen Frauen tragen.

Mein Wunsch ist es, dass Ivana nicht in Vergessenheit gerät.

Vielleicht hatte sie für zu kurze Zeit Anteil an der Frauenrevolution in Rojava, vielleicht konnte sie ihre Liebe und Leidenschaft zur Freiheit und der kurdischen Freiheitsbewegung für nur zu kurze Zeit erleben, aber sie ist dennoch, wie ihre Genossinnen, zum Symbol des kurdischen Frauenwiderstandes geworden – das macht mich sehr glücklich und stolz.

Ich rufe alle jungen Frauen auf, lasst uns gemeinsam für ein würdevolles Zusammenleben den revolutionären, internationalistischen Geist von Ivana Hoffmann, Andrea Wolf, Uta Schneiderbanger und hunderten gefallenen InternationalistInnen noch stärker und organisierter leben und erleben lassen.

Der Sieg ist nah! Von Kobanê bis Şengal – Es lebe der Frauenwiderstand!

In tiefer Zuneigung und mit herzlichen Grüßen,

die Mutter von Ivana Hoffmann,

Ella Hoffmann« ♦

Interview mit Dr. Radha D'Souza über die Hamburger Konferenz

Der »kleine« Aufbau eines »großen« Lebens

Elif Sonzamancı, Yeni Özgür Politika, 12.06.2015

Dr. Radha D'Souza ist eine indische Schriftstellerin und nahm als Referentin an der zweiten Hamburger Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern«, 3.–5. April 2015, an der Universität in Hamburg teil. Sie arbeitet zur Politik in Ostasien und antikapitalistischem Widerstand. Wir sprachen mit ihr über ihre Eindrücke auf der Konferenz, die Politik in Ostasien, die kurdische Freiheitsbewegung, Rojava und über ihre Gedanken zum antikapitalistischen Widerstand im Allgemeinen.

Auf der Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern II« wurde Kritik geübt am gegenwärtigen System und es wurde breit über Alternativen zur Neuen Weltordnung, über Ökologie, Demokratie und Frauenrechte diskutiert. Was für ein Gefühl war es, Teilnehmerin einer solchen Konferenz zu sein? Über welche Themen teilten Sie Ihre Erfahrungen mit den Konferenzteilnehmern?

Eigentlich ist das Ziel der Konferenz das, was wir alle brauchen. Alle dort besprochenen Themen waren wichtig. Diese Diskussionen müssen fortgesetzt werden. Zu dem, was ich auf der Konferenz gesprochen habe … Ich wollte kurz erläutern, dass der sich mit der kapitalistischen Moderne entwickelnde Industrialismus unvereinbar ist mit der Demokratie. Ich sage das, weil der Entwicklungsverlauf des modernen Industrialismus über eine Expansion der Maßstäbe fortschreitet. Wenn wir beispielsweise moderne Staudämme betrachten – wie der Ilısu einer ist –, dann erklärt die Wissenschaft, dass mit Staudämmen in solch großem Maßstab mehr Energie gewonnen werden kann. Das wird dann als moderne Industrialisierung dargestellt. Doch im Rahmen eines solch großen Projekts wird auch eine Vielzahl von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Gleichzeitig schaden diese Projekte der Natur in großem Maßstab. Nun setzt so ein Projekt große Investitionen voraus. Wenn in diesem Zusammenhang viel Geld benötigt wird, kommen die Weltbank, die Kapitaleigner und Unternehmen ins Spiel. Mit einem großen Projekt wird auch eine große Bürokratie zur Notwendigkeit. Umso größer das Projekt wird, umso mehr verlieren die Menschen vor Ort die Kontrolle darüber. Demokratie an einem Ort bedarf dessen, dass die Menschen über die Kontrolle über ihr eigenes Leben verfügen. Projekte im kleinen Maßstab vereinfachen wiederum die Kontrolle.

Aus diesem Grund gab ich auf der Konferenz das Beispiel einer tamilischen Philosophin, die zur Zeit der Antike gelebt hatte. Die Frauenphilosophin namens Auvaiyyar sagte »baue klein und lebe groß«. Für ein großes Leben braucht es eigentlich mehr gemeinschaftliches Leben als Geld. Sie betonte, dass ein ästhetisches, ökologisches, natürliches und künstlerisches Leben nötig sei. Wenn das alles im Leben eines Menschen enthalten ist, wird dieser sich zufrieden fühlen. Denn wenn das der Fall ist, findet die ganze Welt Leben in dir. Die großen Bürokratien im gegenwärtigen industriellen System führen dazu, dass wir uns selbst klein fühlen. Das einzelne Individuum hat heute keine Bedeutung mehr. Angesichts der ganzen großen Organisationen kann dem einzelnen Individuum keine Bedeutung mehr zugesprochen werden. Aus diesem Grund können viele von uns dem Leben keinen Sinn mehr abringen.

Denken Sie, es ist möglich, gegen dieses System, das das Kapital heiligt, den Menschen bis auf die Basis entwertet und das Kapital an die Spitze der Ordnung setzt, eine Systemalternative aufzubauen, die den Menschen zur Grundlage nimmt und sich auf eine demokratische Gestaltung stützt? Wo sind in diesen Diskussionen die Begriffe Wissenschaft und Recht einzuordnen?

Die Konferenz brachte zuletzt Kritik aus sehr verschiedenen Perspektiven zusammen. Für die Entwicklung einer Alternative muss das alles diskutiert werden.



Dr. Radha D'Souza auf der Konferenz in Hamburg. Foto: YÖP

Ich habe in einem Aspekt auf einige Dinge hingewiesen und mein Thema mit dem Punkt des Maßstabs eingeleitet. Das hängt zusammen mit der Frau, der Natur und der Kultur. Wir wissen ein wenig, was am gegenwärtigen System nicht gut läuft, und können eine Kritik formulieren. So wissen wir im Allgemeinen auch, was wir ablehnen. Doch dabei ist wichtig: Wir können noch viel besser darlegen, was wir wollen. Denn die Menschen sind nicht nur **gegen** eine Sache, sondern kämpfen auch **für** eine Sache. Meiner Meinung nach müssen wir zwei grundlegende Dinge beachten, wenn wir etwas auf die Agenda setzen: die moderne Wissenschaft und das moderne Recht. Bei der Betrachtung der Geschichte wirft beispielsweise jede Revolution eine Frage auf. Der Kapitalismus ging als Ergebnis der Revolution, die sich gegen den Feudalismus in Europa entwickelt hatte, hervor. Der europäische Feudalismus leistete Widerstand sowohl gegen die Theokratie als auch gegen die Religion. Wissenschaft und Recht entstanden gegen die Kirche und Theokratie. Die Bauern hatten hier eine wichtige Funktion und die Revolution wurde eine sozialistische. In sozialistischen Revolutionen in Russland und einigen Orten Europas wurde daran geglaubt, die Welt zu verändern, indem die Mittel des Kapitalismus, Wissenschaft und Recht, genutzt und die Macht von den Kapitalisten auf die Arbeiter übertragen werden. Man glaubte, die Welt zu verändern, wenn statt der Kapitalisten die Arbeiter über all diese Werkzeuge verfügen würden. Ohne Zweifel hat das einen Beitrag dazu geleistet. An manchen Orten kehrte Frieden ein, es wurden Schritte gemacht beim Thema Gerechtigkeit, doch diese sozialistischen Revolutionen sind nach einer gewissen Zeit gescheitert. Denn eigentlich haben sie auch nicht die Ausbeutung hinterfragt. Die Moderne entwickelte sich selbst über die Ausbeutung. Beispielsweise wollte die chinesische Revolution – die auch unter der Avantgarde der Bauern entstand – eine demokratische Revolution gestützt auf das Volk entwickeln. Zum ersten Mal auf der Welt hatten Bauern vom Land eine solche Sache hervorgebracht. Auch sie erlebten Probleme bei der Zielsetzung von groß angelegten Projekten.

Bei Projekten in großem Maßstab erlebten sie den Widerspruch, ihre eigenen Kommunen fortzuführen. Weil der dabei aufgetretene Widerspruch nicht adäquat analysiert wurde, ist China an die Moderne herangerückt.

Aus diesem Grund müssen wir, wenn die kapitalistische Moderne über diese zwei Standbeine aufgestiegen ist, über eine neue Wissenschaft, ein neues Recht sprechen. Das sind die zwei Fragen, die uns die Geschichte stellt. Wenn wir diese beiden Fragen beantworten können, werden wir vieles überwinden.

Die chinesische Ökonomie erstarkt heute gegenüber dem amerikanischen Imperialismus immer mehr und China ist zu einer modernen ökonomischen Kraft geworden. Doch diese Ordnung wurde auf Ausbeutung gegründet. Die großen Kapitalisten haben durch die Arbeit der Menschen viel Gewinn gemacht. Wie bewerten Sie in diesem Rahmen die Situation Chinas?

Alles verfügt im Hinblick auf Zeit und Ort über eine Geschichte. Aus diesem Grund argumentiert die Mehrheit beim Thema China nicht im Sinne dieses historischen Zusammenhangs. Sie gehen es nur über das Bruttoinlandsprodukt an. Doch die chinesische Modernisierung hatte sich im 19. Jahrhundert zu entwickeln begonnen. Es war eine Strömung, die von Vertretern der antifeudalen Modernisierung begonnen wurde, sich später in Form des Widerstandes gegen die japanische Besatzung artikulierte, dann als Bauernrevolution. Viel später kam es zu einer kulturellen Revolution. Heute hat China die Position einer modernen ökonomischen Macht erreicht. Wie wurde das ehemalige arme China zu einem starken Land?

Wenn es diesen Zustand erreicht hat, dann wird es wohl etwas geben, was es woanders ausbeutet. Warum hat sich zudem nur China so entwickelt und nicht auch die anderen Dritte-Welt-Länder wie Indien, manche Länder in Afrika oder Argentinien? Wofür hat die Gesellschaft gearbeitet, was kam dabei heraus und welche Fehler wurden gemacht?

Wenn wir uns die Erfahrungen in China anschauen, sehen wir, dass auch sie einen Nationalstaat geschaffen haben. Mao analysierte, dass sich die Revolution über die Zusammenarbeit von vier Klassen entwickeln werde: die armen Bauern, die mittelständischen Bauern, die Arbeiterklasse und die Mittelklasse. Die Klassen außerhalb dessen kannte er nicht. In anderen

Revolutionen und anderen Nationalstaatsbildungen war dies beispielsweise nicht so. Die Kultur hat sich über die Sprache oder im noch engeren Sinne verwirklicht. Es ist auch wichtig, dass es sich um eine antifeudale Revolution handelte. Diese Revolution war völlig auf die Bauern ausgerichtet. Es war in der Menschheitsgeschichte die größte Bewegung zur Regulierung des Bodens.

Doch warum hat dieses Projekt nun in den 1970ern einen anderen Weg eingeschlagen? Wenn wir uns die Diskussionen in China zwischen 1960 und 1970 ansehen, dann erkennen wir folgende Widersprüche: Um ein moderner Staat zu werden, waren Technologie und eine moderne Armee nötig. Das Geld aus den Kommunen wurde von solchen Projekten geschluckt. Auf dem Land wurde versucht, das alte kommunale System zu erhalten. Dieses kommunale System gab den Menschen Gesundheit, Nahrung und ein Obdach. Bei alldem wurde auch eine gewisse Gleichheit im Sinne des jeweiligen Geschlechts und der Klasse erreicht. Weil jedoch nicht genug Ertrag wie benötigt produziert werden konnte, konnte der Staatsapparat nicht aufrechterhalten werden. Es entwickelte sich intern Widerstand. Mit der Annäherung Chinas an den Rahmen eines modernen Staates musste sich auch der Ausbeutungscharakter verschärfen und die Spannungen verstärkten sich. In den 1980ern stiegen diese Spannungen noch mehr an.

In Rojava wurde ein System aufgebaut, das statt einer militärisch-religiösen Herrschaft die Volkssouveränität zur Grundlage nimmt, allen Kulturen den Raum zur Artikulation gibt und sich auf ein ökologisches und gerechtes Gesellschaftsverständnis stützt. In diesem Sinne ist es ein lebendiges Beispiel für die diskutierten Alternativen. Was denken Sie über die Revolution in Rojava?

Ich habe über das System in Rojava keine genaueren Informationen, versuche aber, es zu verstehen. Doch zwischen den diskutierten Themen hat mich insbesondere der Wiederaufbau von Kobanê aufmerksam gemacht.

Es muss nachgedacht werden über diesen Wiederaufbau: Woher werden die Materialien zum Wiederaufbau stammen? Die alten sozialistischen Bewegungen hatten das Verständnis, Zement zu bringen und Gebäude zu errichten. Aus diesem Grund bauten sie große Fabriken.

Wenn wir es mit der Ökologie ernst meinen, dann müssen wir Folgendes beachten: Werden wir schnell alles aus Beton bauen oder werden wir die Materialien vor Ort nutzen? Wenn wir diese Wahl treffen und uns die ökologische Krise vor Augen führen, dann gibt es Alternativen. Es gibt beispielsweise eine Vielzahl radikaler Architekten, die nicht an die politische Bewegung gebunden sind. Zu Zeiten der chinesischen Revolution gab es vielleicht eine politische Bewegung, aber nicht eine alternative Wissenschaft. Es gibt jetzt mehr Möglichkeiten zum Wiederaufbau von Rojava und der historische Moment ist ein anderer. Die Region hat jetzt ein größeres Potential.

Wie sehen Sie als Menschenrechtlerin die Türkei?

Ich möchte noch mal betonen, dass ich über kein tiefgreifendes Wissen verfüge. Erdoğan und seine Regierung nehmen Platz in dieser neuen Globalisierung. Wir können Folgendes sehen bei den Ländern, die Platz nehmen in dieser globalen Clique: Verfassungsänderungen. In den Ländern Lateinamerikas entwickeln sich Verfassungsreformen. Etwas, das die Globalisierung diktiert, ist das Management-Programm der Weltbank. Wenn du Mitglied der Welthandelsorganisation sein willst, braucht es dafür zwingende rechtliche Reformen. Aus diesem Grund möchte ich die Ereignisse in der Türkei aus diesem allgemeinen Blickwinkel betrachten und ich denke, dass es Ergebnisse dieser zwingendenden Faktoren sind. Welches sind die grundlegenden Reformen, die die Globalisierung fordert? Die Anerkennung eines unabhängigen und freien diktatorischen Raumes für das globale Kapital ... Das globale Kapital versucht den Charakter des Staates zu verändern. Statt politischer Autoritäten werden nur diejenigen in die Führungspositionen gebracht, die die Ökonomie verwalten. Das Gefährliche dabei ist die Verwaltung der Ökonomie. Weil darauf die Konzentration liegt, kann vielleicht auf kulturellem Gebiet etwas mehr Raum gegeben werden. Vielleicht können sie von kultureller Vielfalt und dem Recht auf Sprache sprechen. Wenn du keine Kontrolle über die Ökonomie hast, dann wirst du auch keine Kontrolle über andere Felder haben und keine Entwicklung voranbringen können. Ich blicke nicht sehr zuversichtlich auf die Verfassungsformen, die sich zu viel auf die ökonomische Autorität stützen und auf kulturellem Feld den Raum öffnen.

Was bedeutet Ihnen abschließend diese Konferenz und was konnten Sie mitnehmen?

Zum Schluss glaube ich, dass wir alle das Ziel der Konferenz brauchen. Ich hoffe, es wird weitergehen. Diese Diskussionen müssen weitergehen. Ich fand die Beteiligung der Jugend sehr beeindruckend. Ich hoffe für die Zukunft, dass es aus aufstrebenden Ländern mehr Teilnehmer an den Diskussionen geben wird. Denn dort gibt es Bewegungen, die ähnliche Fragen stellen wie die kurdische Bewegung. ♦

Redebeiträge der Konferenz unter: http://networkaq.net/2015/speeches/index.html

Demokratischer Konföderalismus und die palästinensischen Erfahrungen

Die neuen Normen schaffen

Free Haifa ~ Reading, Writing and Freedom Arithmetics

Dieser Artikel ist mit freundlicher Genehmigung des Autors die Übersetzung eines Textes vom Blog »Free Haifa ~ Reading, Writing and Freedom Arithmetics« (https://freehaifa.wordpress.com/2015/05/09/democratic-confederalism-and-the-palestinian-experience/), der anlässlich der zweiten Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« des »Network for an Alternative Quest« in Hamburg, April 2015, erstellt worden war.

Öcalan lesen in Haifa, Palästina

Während in den meisten arabischen Ländern die Linke sich auf einem anhaltenden Rückzug befindet, sehen wir, wie es der kurdischen Linken gelungen ist, sich als dominierende Kraft unter den kurdischen Massen im größten Teil Kurdistans zu etablieren, auch wenn es zwischen verschiedenen Nationalstaaten aufgeteilt ist.

Das macht das Studium der kurdischen Erfahrung und der revolutionären Theorie, die sie inspiriert, zu einer Notwendigkeit für palästinensische und arabische Aktivist*innen auf der Suche nach einer neuen Agenda für die Befreiung von Imperialismus, Zionismus und lokaler Tyrannei.

Praktische und theoretische Grundlage für demokratischen Konföderalismus

Abdullah Öcalan empfiehlt in seinem Buch »Demokratischer Konföderalismus« diese »Bottom-up«-Organisierung der Gesellschaft, die solide auf der kurdischen Erfahrung fußt, aber ebenso auf einer breiten und tiefgründigen Sicht der Geschichte. Er führt an, wie alte Feudalreiche gediehen, indem sie einer breiten Spanne verschiedener Kulturgesellschaften die Koexistenz erlaubten und auf die Organisation vieler gesellschaftlicher Aspekte auf lokaler Ebene bauten.

Die spezifischen örtlichen Bedingungen, die der kurdischen Gesellschaft in Nordkurdistan halfen, das Modell der lokalen Selbstverwaltung durch die Gemeinderäte zu übernehmen, wie Öcalan und andere Autor*innen anführen, mögen uns an die alten sozialen Bindungen in einer überwiegend ländlichen, unter schweren Bedingungen lebenden Bevölkerung erinnern, an ureigenen Argwohn der herrschenden staatlichen Institutionen aufgrund der repressiven Versuche, ihr Nationalstaatskonzept mechanisch aufzuzwingen, und, natürlich, an die führende Rolle der Befreiungsbewegung bei der Organisierung der Menschen.

Das Konzept der Bottom-up-Demokratie wurde in verschiedener Form in vielen revolutionären Bewegungen übernommen. Wir können mit den Arbeiter*innenräten beginnen – bekannt unter ihrem russischen Namen Sowjets –, die in Russland in der Revolution von 1905 geboren wurden und von den Bolschewiki als Organisationsprinzip ihres Regierungssystems entwickelt wurden. Diese Räte verloren ihre reale Basis in der Bevölkerung nach der ersten revolutionären Phase. Eine der bekannteren heutigen Erfahrungen mit dem Aufbau von Basisdemokratie ist die »partizipative Demokratie«, die Chavez in Venezuela zu fördern versuchte.

Obwohl es nicht Aufgabe dieses Artikels ist, die verschiedenen Paradigmen der Volksdemokratie zu vergleichen, ist es wichtig anzumerken, dass Öcalan mit dem Vorschlag des demokratischen Konföderalismus eine Struktur nahelegt, in der die Macht des Volkes von der Staatsmacht getrennt sein kann. Er untersucht auch eine Option für eine langfristige Koexistenz dieser »Doppelherrschaft«.

Das Konzept des demokratischen Konföderalismus basiert auf der Organisierung der Gesellschaft auf lokaler Ebene, um sich um ihre realen Bedürfnisse zu kümmern. Es betont sowohl die zentrale Rolle der Frauenbefreiung bei der Emanzipation der Gesellschaft als Ganzem als auch den ökologischen Ansatz für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Aus den lokalen Versammlungen werden zur Koordinierung ge-

meinsamer Ziele Versammlungen auf übergeordneter Ebene gebildet, während das Zentrum der Macht auf der unteren Ebene verbleibt.

Dies bedeutet gewissermaßen eine Anpassung des Konzepts der Volksdemokratie an die besonderen Bedingungen des kurdischen Volkes. Da jeder Vorschlag zur Bildung eines eigenen kurdischen Staates auf größte Ablehnung und Repression stößt, wird das Gleichgewicht der Kräfte vor Ort zugunsten der lokalen Gesellschaft verändert. Dieses Paradigma berücksichtigt auch die Vereinigung der kurdischen Bevölkerung durch die Organe des demokratischen Konföderalismus ohne direkte Infragestellung der »heiligen« Staatsgrenzen des kriegsanfälligen Mittleren Ostens.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Situation in Palästina

Die Grundlagen der israelisch-palästinensischen und israelisch-arabischen Konflikte unterscheiden sich sehr von denen des Kampfes der Kurd*innen gegen ihre verschiedenen Unterdrücker. Obwohl die Kurd*innen scharfen repressiven Maßnahmen ausgesetzt waren, wurden einige davon, wie das Verbot der Muttersprache, nicht vom Zionismus angepasst. Öcalan erinnert daran, dass es eine lange Geschichte guter Beziehungen zwischen den kurdischen Gemeinschaften und ihren verschiedenen Nachbarn gibt. Lediglich die Bildung der Nationalstaaten nach dem Ersten Weltkrieg schuf die Grundlage für die aktuelle Unterdrückung der Kurd*innen.

Im Gegensatz dazu wurde der Zionismus in Palästina als externe und feindliche Macht eingeführt, als Teil der europäischen Kolonialisierung unterworfener Länder auf der ganzen Welt. Heute, nachdem die direkte kolonialistische Herrschaft auf der ganzen Welt von Befreiungsbewegungen gestürzt wurde, ist Israel der einzige Fall von aktivem Kolonialismus, der noch im Stadium der Expansion begriffen ist: Es bemächtigt sich des Landes der einheimischen Bevölkerung, verweigert ihr jegliches ziviles und nationales Recht und betreibt systematische ethnische Säuberung in den 1948 wie auch 1967 besetzten Gebieten. Dies führt zu einem weiteren wesentlich unterschiedlichen Charakteristikum des Konflikts: Während Öcalan von einem Nationalstaat spricht, der lokale Communities mit Nachdruck zu assimilieren sucht, bleibt es das höchste Ziel des Zionismus, Palästinenser*innen aus ihrer Heimat zu vertreiben.

Die unmittelbare Gefahr einer völligen Vernichtung ihrer Gesellschaft zwang die Palästinenser*innen zur Mobilisierung auf sehr hohem Niveau. Seit Beginn der zionistischen Kolonialisierung vor mehr als hundert Jahren sind die Palästinenser*innen im Massenkampf wie im bewaffneten Widerstand engagiert. Einer der herausragendsten Punkte in diesem Kampf war zwischen 1936 und 1939 ein Generalstreik der palästinensischen Bevölkerung gegen die britische Besatzung und die zionistische Kolonialisierung, der ein volles halbes Jahr anhielt und viele Sektoren der Wirtschaft lähmte. Es folgten drei Jahre bewaffneten Aufstands, als der größte Teil der ländlichen Gebiete unter Kontrolle der Guerilla stand. Diese Kampfperiode offenbarte die verschiedenen Ansichten der Volksbewegung einerseits, die die Menschen zu organisieren und sich um deren alltäglichen Bedürfnisse zu kümmern versuchte, und der traditionellen Führung andererseits, die den Kampf zu begrenzen suchte und zu einem Kompromiss mit der britischen Besatzung tendierte.

Die nächste massive Explosion des revolutionären Kampfes der Palästinenser*innen erfolgte 1967 nach der Niederlage der arabischen Armeen gegen die israelische Aggression. Die Palästinenser*innen, die meisten von ihnen Flüchtlinge nach der Nakba *[arab.: »Unglück«; Vertreibung der arabischen Bevölkerung]* 1948, verstanden, dass Palästina nicht durch staatliche Kriegsführung befreit werden würde, und mobilisierten für einen revolutionären Volkskrieg, gestützt vor allem auf die Bewohner*innen der Flüchtlingslager. Dieser revolutionäre Krieg brachte die Palästinenser in Konflikt mit den Interessen der lokalen arabischen Regime. Als eine Folge davon wurde die palästinensische Guerilla von der jordanischen Armee im »Schwarzen September« 1970 zerschlagen, 1976 im Libanon durch lokale Faschist*innen mit Hilfe der syrischen Armee wieder unterdrückt und 1982 durch die israelische Invasionsarmee zum Verlassen des Libanon gezwungen.

Später verlagerte sich mit der ersten (1987–1993) und der zweiten (2000–2005) Intifada das Zentrum des Kampfes wieder nach Palästina.

In all dieser Zeit konzentrierten sich alle Anstrengungen auf den Hauptkonflikt, zunächst gegen die britische Besatzung und die zionistische Kolonialisierung und später ganz gegen Israel als Verkörperung der kolonialistischen Bewegung. Die Frage der Selbstorganisierung der einheimischen Bevölkerung wurde als sekundär angesehen. Die Konzentration auf den Kampf um die Staatsgewalt wurde getrieben von der anhaltenden Überzeugung, dass weitere militärische Anstrengungen die Befreiung herbeiführen könnten und dass sich die entstehende patriotische Regierung dann mit den internen Bedürfnissen der lokalen Gesellschaft befassen würde.

Auf lange Sicht, da sich der militärische Sieg als trügerisch erwies, beeinträchtigt die Schwäche der lokalen gesellschaftlichen Selbstorganisierung die Fähigkeit standzuhalten angesichts des konstanten Drucks und der Aushöhlung durch

die Besatzungsmacht. Auf der anderen Seite ist es für die Palästinenser*innen, selbst wenn sie sich auf die gesellschaftliche Organisierung zu konzentrieren versuchen, äußerst schwer zu erreichen unter den Bedingungen militärischer Besetzung, da ihre Ökonomie von der hegemonialen israelischen kapitalistischen Wirtschaft unterworfen ist wie auch marginalisiert wird und jegliche politische oder gewerkschaftliche Organisierung unterdrückt werden kann.

Zukünftig mag demokratische grenzüberschreitende Massenorganisierung, wie sie Öcalan für die Vereinigung des kurdischen Volkes vorschlägt, auch der beste Weg sein, um die palästinensische Befreiungsbewegung wiederzubeleben, deren alte Institutionen zu staatsähnlichen Strukturen ohne wirkliche Souveränität geworden sind.

Zukünftig mag demokratische grenzüberschreitende Massenorganisierung, wie sie Öcalan für die Vereinigung des kurdischen Volkes vorschlägt, auch der beste Weg sein, um die palästinensische Befreiungsbewegung wiederzubeleben, deren alte Institutionen zu staatsähnlichen Strukturen ohne wirkliche Souveränität geworden sind.

Im Hinblick auf die weitere Zukunft Palästinas nach der Niederlage des Zionismus und nach der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge stehen wir für einen einzigen demokratischen Staat in ganz Palästina. Wir lehnen die Vorstellung von einem »binationalen Staat« ab, der ein System der Doppelherrschaft verankert, das vielleicht Relikte des Zionismus verewigt. Allerdings kann eine Art kommunaler Demokratie ein praktikabler Weg sein, um der ethnischen und kulturellen Vielfalt der Bevölkerung Platz zu bieten.

Einige palästinensische Erfahrungen mit Volksdemokratie

Seit dem Streik und Aufstand von 1936–1939 praktizierten Palästinenser*innen Selbstorganisation und Selbstverwaltung inmitten eines offenen Konflikts mit mörderischen Feinden. Auf dem Höhepunkt der bewaffneten palästinensischen Revolution in Jordanien und im Libanon gab es in den Flüchtlingslagern neue Erfahrungen mit Organisierung und Volksdemokratie. Palästinenser*innen in den Flüchtlingslagern im Libanon können trotz aller dort erlittenen Rückschläge immer noch ein gewisses Maß an Selbstverwaltung genießen.

Die erste Intifada wurde hauptsächlich von lokalen Graswurzelorganisationen organisiert, dabei zielte ein wesentlicher Teil ihrer Agenda auf alle Aspekte der täglichen Herrschaft der Besatzung über das Leben der Bevölkerung ab. Eine Zeitlang schlossen die Besatzer*innen ganz einfach alle Schulen und die Volkskomitees der Intifada organisierten »Volksstudien«-Programme.

Ich möchte die in den 1948 besetzten Gebieten gemachten lokalen Erfahrungen genauer untersuchen, die international wenig Anerkennung finden, wo ich aber durch meine Beteiligung am Kampf in den letzten vierzig Jahren über persönliche Erfahrungen verfüge.

Arabische Palästinenser*innen in den 48er Gebieten waren die Überreste einer zerstörten Gesellschaft nach der Nakba 1948, als alle Städte in den besetzten Gebieten und mehr als 500 Dörfer ethnisch gesäubert und zerstört wurden. Nach der Nakba zählten sie weniger als 200 000, heute fast wieder anderthalb Millionen.

1976, nachdem eine ganze neue Generation herangewachsen war, organisierten sie sich zum ersten Mal, um einem Regierungsplan massenhafter Landenteignung entgegenzutreten. In vielen Dörfern organisierten die Leute lokale »Komitees zur Verteidigung des Bodens«. Am 30. März 1976, dem »Tag des Bodens«, gab es den ersten Generalstreik seit der Nakba. Polizei und Armee griffen die Dörfer an und töteten dabei sechs Menschen. Nach wie vor wird in der Geschichte des palästinensischen Volkes stolz der »Tag des Bodens« erinnert und jedes Jahr als nationaler Gedenktag begangen.

Seitdem ist das Konzept der »Volkskomitees« als Hauptorgan des massenhaften Kampfes Teil der lokalen Tradition in vielen arabischen Dörfern und Stadtteilen geworden. Normalerweise setzt sich das »Volkskomitee« zusammen aus Vertreter*innen aller politischen Parteien wie auch anderer örtlicher Institutionen und Freiwilliger.

Eine weitere lokale Tradition ist das »Protestzelt«, das errichtet wird, wenn der Kampf an einem bestimmten Ort eine ständige Mobilisierung erfordert. In vielen Fällen werden Protestzelte auf enteignungsgefährdeten Landflächen aufgestellt oder in der Nähe von Häusern, welche die Behörden planen zu zerstören. Manchmal wird das Protestzelt zum Zentrum des politischen und kulturellen Lebens für die Bevölkerung der jeweiligen Örtlichkeit.

Es gab zwei andersartige Erfahrungen mit lokaler Organisierung, die sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten. In den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, kurz nach der Nakba, war die Kommunistische Partei die einzige verbliebene aktive Massenorganisation innerhalb der palästinensischen arabischen Bevölkerung in den 48 besetzten Gebieten. Sie spielte eine wichtige Rolle bei der Restrukturierung der Gesellschaft auf politischer und kultureller Ebene nach dem Trauma der Nakba. Sie experimentierte auch mit anderen Organisationsformen, wie der Organisierung gemeinsamer Geschäfte und einiger Produktionskollektive. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die »Islamische Bewegung« die populärste politische Partei. Eine ihrer Parolen ist die von der »sich selbst erhaltenden Gesellschaft« und sie baut ein Wohltätigkeits- und Dienstleistungsnetzwerk auf, wo immer sie über größeren Einfluss verfügt. Doch beide Erfahrungen sind meist parteigebunden und versuchen nicht, die Bevölkerung in einem für alle offenen demokratischen Rahmen zu organisieren.

In unserer lokalen Erfahrung ist die verbreitete demokratische Organisation konzipiert und funktioniert als ein Kampfmittel, wird dabei aber nur selten als Organ der Selbstverwaltung gebraucht. Es gibt etliche Gründe dafür, im Wesentlichen die Zerstörung der alten ländlichen Ökonomie, die Marginalisierung der lokalen palästinensischen gegenüber der israelischen kapitalistischen Wirtschaft und lokale Klassenwidersprüche. Es mangelt aber auch an ernsthaftem Überlegen und Experimentieren mit lokaler Organisierung, die eine stärkere lokale Gesellschaft mit mehr Solidarität untereinander aufbauen könnte.

Demokratischer Konföderalismus und der Arabische Frühling

Als Öcalan das Konzept des demokratischen Konföderalismus erstmals vorstellte, geschah das im Kontext starker Nationalstaaten. Das neue Konzept konzentrierte sich auf die Verteidigung und Stärkung lokaler Gesellschaften. Es erlaubt lokale Organisierung, ohne notwendigerweise die staatlichen Strukturen anzugreifen.

Zur selben Zeit analysierte Öcalan aber auch die Schwächen der gesamten regionalen politischen Struktur und deren Unzulänglichkeit für die Bedürfnisse aller regionalen Nationen und Gemeinschaften. Seine umfassendere Vision war die demokratische Neuorientierung auf die Region als Ganzes.

Das Versagen der ganzen lokalen staatlichen Strukturen konnte nicht dramatischer und tragischer demonstriert werden als mit den jüngsten Entwicklungen in den arabischen Ländern, mit dem, was als »Arabischer Frühling« begonnen hatte, jetzt aber durch eine Welle konterrevolutionärer Unterdrückung charakterisiert wird.

Seit 2011 reagierten die lokalen Eliten, verschanzt im Innersten der Staatsapparate, mit einer Kombination aus staatlicher Repression und Anstiftung zur sektiererischen und ethnischen »Fitna« (ein spezielles arabisches Wort für gefährlichen Bürger*innenkrieg) auf die Konfrontation mit einer Welle von Massenkämpfen und den Forderungen nach demokratischem Wandel. Die Aushöhlung der gesellschaftlichen Fundamente durch diese Konflikte schuf auch die Bedingungen für das Erstarken von religiösem Extremismus und Gruppen, die mit dem Terrorisieren der Bevölkerung die Kontrolle zu erlangen suchen.

Es ist kein Wunder, dass die kurdische Bevölkerung mit ihrer langen Tradition der Selbstorganisation und Selbstverteidigung besser aufgestellt war, um diesen rauen neuen Realitäten zu begegnen. Das hat viel mit der Theorie und Praxis des demokratischen Konföderalismus zu tun.

Konfrontiert mit der Verwandlung der Staatsapparate in eine nackte Unterdrückungsmaschinerie engagieren sich jetzt viele Teile der Bevölkerung in den betroffenen arabischen Ländern heldenhaft in Experimenten der Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstverteidigung. In Libyen und im Jemen verfügen verschiedene örtliche Milizen nun über mehr Macht als die staatlichen Armeen. Syrien und Irak sind zerrissen durch den Bürger*innenkrieg. In Ägypten führt der allmächtige Staatsapparat einen kompromisslosen Krieg gegen die lokale Gesellschaft, was symbolisiert wird durch die Verhängung der Todesstrafe gegen Hunderte von Demonstrant*innen in einem einzigen Prozess und durch die höchst unmenschliche Belagerung des palästinensischen Gazastreifens.

Die Lösung sollte in Form einer demokratischen Neuordnung der Gesellschaft erfolgen, in der Gestalt des demokratischen Konföderalismus oder irgendeinem ähnlichen Rahmen. Sie sollte auf dem Mut und der Organisierungsfähigkeit aufbauen, welche die Menschen in den Jahren des Kampfes erprobt und entwickelt haben. Aus der Not sollte sie eine Tugend machen. Aus der Konfrontation mit der Grausamkeit der Regime und des Extremismus sollte sie die neuen Normen schaffen für Solidarität und gegenseitigen Respekt zwischen allen Teilen der Gesellschaft, einschließlich aller unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Ethnien. ♦

Interview mit dem Mitglied des PKK-Zentralkomitees Duran Kalkan

Wir wollen, dass die palästinensische Frage auf demokratischer Ebene gelöst wird ...

Seyit Evran und Ararat Örkmez, Firatnews 02.06.2015

Duran Kalkan, Gründungskader und Mitglied des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ANF den Widerstand der PKK gegen die israelische Besetzung des Libanon am 2. Juni 1982 bewertet.

In was für einer Konjunkturphase erfolgte am 2. Juni 1982 die Besetzung des Libanon durch Israel?

Zu Beginn der 1980er Jahre kam es, wie auch zu Beginn der 1990er, zu bedeutenden Ereignissen und in diesem Prozess zu ernsthaften Veränderungen. Am 12. September 1980 gab es in der Türkei einen Militärputsch und die Armee bemächtigte sich der Führung. Am 19. September 1980 griff der irakische Staat an und der acht Jahre dauernde Irak-Iran-Krieg begann. Zuvor hatte im Februar 1979 im Iran die Islamische Revolution stattgefunden und eine neue islamische Administration begann sich zu entwickeln.

All diese Ereignisse waren bedeutend und weitreichend für den Mittleren Osten. Sie hingen gleichzeitig auch mit den Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene zusammen. Auf der Welt verschärfte sich die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion. Alle Kämpfe auf der Welt standen direkt mit dieser Blockbildung in Verbindung. Kurz gesagt hatte die Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion sehr starke Auswirkungen auf den Mittleren Osten. Gleichzeitig vertieften sich auf dieser Grundlage auch die regionalen Widersprüche und transformierten sich in konkrete Auseinandersetzungen.

Die Besetzung des Libanon am 2. Juni 1982 durch den israelischen Staat ereignete sich also in dieser Atmosphäre und war an die genannten Bedingungen gebunden. Sie war im Grunde ein Angriff und ein Vorstoß gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO). Denn Israel hatte Palästina besetzt und die palästinensische Bevölkerung und die Befreiungskräfte hatten sich auf die benachbarten arabischen Länder verteilt. In vielen arabischen Ländern, insbesondere in Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon, wurden Flüchtlingslager errichtet.

Das größte dieser Lager befand sich im Libanon. Bewegungen, die mit der PLO verbunden waren, hatten sich in diesen Lagern gut organisiert. Aufgrund des Bürgerkriegs im Libanon hatte sich das zentralstaatliche Gebilde aufgelöst und eine Vielzahl regionaler Verwaltungen ging daraus hervor. Die PLO hatte diese Situation bewertet, mit der Organisierung der Guerilla begonnen und einige Gebiete Libanons unter ihre Kontrolle gebracht. Darauf gestützt organisierte sie das palästinensische Volk und führte den Kampf gegen Israel von der Grenze des Libanon aus. Es wurden vermehrt Fedajin ins Innere Israels geschickt und Israel von der Grenze aus mit Artillerie beschossen. Zweifellos war das ein sehr begrenzter militärischer Widerstand; doch es genügte, um dem israelischen Staat Schaden zuzufügen.

Die Besetzung des Libanon am 2. Juni 1982 fand unter diesen Bedingungen und als Fortsetzung der geschilderten Auseinandersetzungen statt. Zuvor hatte die israelische Armee mit Kampfflugzeugen und Artilleriebeschuss Angriffe auf palästinensische Camps im Libanon durchgeführt. Als diese Angriffe den palästinensischen Widerstand nicht stoppen konnten, nutzte der israelische Staat die von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägte Situation in der Region und griff die palästinensischen Lager und die Guerilla an, um beide zu vernichten. Die Arabische Liga war zerstreut, die ägyptische Regierung hatte eine Friedensvereinbarung mit Israel unterzeichnet, der Irak-Iran-Krieg hatte die arabische Kraft geschwächt und die Türkei wurde mit dem Militärputsch vom 12. September 1980 an die USA, und damit folglich an Israel, gebunden. In einem solchen Zustand gab es keine ernsthafte regionale Kraft, die die israelische Besetzung hätte aufhalten oder den palästinensischen Widerstand unterstützen können. Der israelische

Staat hat so die Besetzung des Libanon leicht durchführen können und stieß auf keine ernsthaften Reaktionen.

Auf welche Weise war die PKK in den Krieg gegen die Besetzung involviert?

Der Vorsitzende der PKK war bereits ab dem Juli 1979 im Gebiet Syrien/Libanon und hatte mit Organisationen, die mit der PLO verbunden waren, Beziehungen geknüpft. Um die Möglichkeiten der geschaffenen militärischen Ausbildung zu bewerten, kam im September 1979 die erste PKK-Gruppe in den Libanon. Als der Siverek-Widerstand im Land nicht die erhofften Ergebnisse brachte und militärische Schwierigkeiten auftraten, wuchs das Bedürfnis nach militärischer Ausbildung in den palästinensischen Gebieten. Wenn man noch den militärisch-faschistischen Putsch vom 12. September 1980 dazunimmt, verfolgte die PKK zum Teil auch eine Taktik des Rückzugs. Im Winter 1980/1981 wurden Kader und Sympathisanten in das Gebiet gebracht und neben der militärischen Ausbildung wurde mit der ersten Konferenz im Juli 1981 und der zweiten im August 1982 auch eine organisatorische Stärkung erreicht. All diese Aktivitäten wurden in den Jahren 1980, 1981, 1982 in der kriegerischen Atmosphäre im Libanon und Palästina durchgeführt. Als der israelische Staat am 2. Juni 1982 den Libanon besetzte, hielten sich die PKK-Kader bereits seit drei Jahren dort auf. Man war also nicht auf einmal mit der Besetzung konfrontiert, sondern bereits seit drei Jahren da bzw. im Israel-Palästina-Krieg. Die Kader erhielten ihre militärische Ausbildung in den palästinensischen Camps an der Grenze zwischen Libanon und Israel und schützten sie natürlich. Auch wenn die PKK-Kader nicht an Fedajin-Aktionen oder Artillerieangriffen teilnahmen, die die Palästinenser selbst organisierten, spielten sie eine aktive Rolle bei der Verteidigung der palästinensischen Gebiete gegen die Luftangriffe und Artilleriegeschosse. Als am 2. Juni die Landbesetzung begann, hatte die PKK Kräfte, die in den palästinensischen Camps an der Grenze Libanon/Israel stationiert waren und so auf die Besetzung reagierten.

Wie bewerten Sie den Widerstand der PKK?

Ehrlich gesagt konnte die PLO keinen wirksamen Widerstand gegen die Besetzung leisten. Aufgrund der früheren Angriffe hatte die israelische Armee für eine negative Atmosphäre bei den Palästinensern gesorgt. Die hatten eine solche Besetzung nicht erwartet. Folglich waren sie nicht gut vorbereitet. Aus diesem Grund konnten sie keinen ernsthaften Widerstand leisten und zogen sich verstreut zurück. Die israelische Armee hat an einem Tag die Grenze überschritten und Beirut umzingelt. Das bedeutete sowohl eine Zersplitterung der palästinensischen Guerilla als auch einen Schlag gegen die Organisierung des Volkes. Diejenigen, die in dieser Situation Widerstand leisteten, waren eher die Kräfte, die aus anderen Ländern zur Ausbildung gekommen waren. Hier nahm die PKK einen wichtigen Platz ein. In den Grenzstädten Sayda, Nebatiye und Sur gab es eine bedeutende Kraft der PKK und überall, wo es Angriffe gab, kämpfte sie aktiv. In den Gefechten mit der israelischen Armee gab es Märtyrer und Gefangene. Und die PKK-Kräfte waren die letzten, die sich zurückzogen, die Waffen einsammelten und die Palästinenser zu stärken versuchten. Die PKK-Kräfte waren als Militante der Partei im Vergleich mit der Guerilla der Palästinenser im Hinblick auf Ideologie und Organisierung gründlich gebildet und diszipliniert. Gleichzeitig waren sie voller Wut aufgrund der Folter und Massaker des 12.-September-Regimes gegen die Gesellschaft Kurdistans. Sie waren wegen der eigenen Ausbildung und des Widerstandes der Palästinenser dort und wären, wenn die Situation dies erfordert hätte, auch mit in den Krieg gezogen. Die Palästinenser haben diesen Zustand der PKK-Militanten gesehen und sie bevorzugt. Aus diesem Grund wollten sie bei einer möglichen Besetzung durch Israel die PKKler immer an vorderster Front haben. Auf dieser Grundlage kämpften alle PKKler an jedem Ort gegen die sich entwickelnde Besetzung und erfüllten ihre Aufgaben. Die Geschwisterlichkeit zwischen Palästina und Kurdistan sowie der kurdischen und palästinensischen Völker hat sich auf der Grundlage einer solchen Auseinandersetzung, einer solchen Freundschaft an der Kriegsfront gebildet.

In diesem Widerstand hatte die PKK Verluste und Gefangene. Können Sie uns von ihren Befreiungsversuchen erzählen?

Im Jahr 1982 gaben die Kräfte der PKK innerhalb des palästinensischen Widerstands insgesamt elf Märtyrer. Unser erster war der Freund Abdulkadir Çubukçu aus Êlih (Batman), der in einem Camp nahe Beirut bei einem Luftangriff sein Leben verlor. Während der israelischen Besetzung am 2. Juni verloren wir im Ostlibanon zwei Freunde und im Südlibanon in der Burg Arnon (Gebiet Nebatiye) acht. Der Genosse Sabri war im Südlibanon und erreichte unsere Kräfte nach neun Tagen unter der israelischen Besatzung. Der Genosse Cuma war drei Monate innerhalb der Belagerung Beiruts und konnte am Ende, als die Palästinenser freigelassen wurden, unsere Kräfte wieder erreichen. Wenn auch die Gruppe von Genosse Cuma in Gefangenschaft geraten wäre, dann hätte die Zahl unserer Gefangenen sehr viel höher gelegen.

Ich erinnere mich an die Namen folgender Genossen, die im Kampf in Libanon/Palästina gefallen sind: Als uns die Nachricht vom Tode des Genossen Abdulkadir Çubukçu am 1. Mai 1982 erreichte, ging selbst der Vorsitzende Apo in den Liba-

non und nahm zusammen mit den Palästinensern an der Trauerfeier teil. Auf dieser Grundlage hatte der Vorsitzende Apo seine 1.-Mai-Bewertung vorbereitet. Dieser Tod hat unsere genossenschaftlichen Beziehungen mit den Palästinensern auf ernsthafte Weise gestärkt.

Im Ostlibanon fiel der Genosse Abdullah Kumral aus Cibinli zusammen mit einem anderen Freund. Abdullah Kumral war Grundschullehrer und wir nannten ihn Lehrer Abdullah. Er war gleichzeitig ein Freund, der am PKK-Gründungskongress teilgenommen hatte. In der Burg Arnon haben wir Kemal Çelik, İsmet Özkan, Mehmet Atmaca, Mustafa Marangoz, Şerif Aras und drei weitere Freunde verloren. Der Genosse Kemal kam aus Elazîz-Kebanlı. Er war der jüngere Bruder des Genossen Xalit. Alle seine Geschwister hatten sich angeschlossen. Der Genosse Ismet kam aus Pîrsûs (Suruç). Er war der Sohn des Genossen Herbijî und seine beiden Geschwister sind gefallen. Auch der Genosse Mehmet Atmaca kam aus dem Dorf Cibin und war Kommandant. Der Genosse Mustafa war aus Çermikli und mit einem starken Kampfgeist ausgestattet. Später gab es viele Gefallene in seiner Familie.

Ein Genosse, der in Gefangenschaft geriet, war Kaymak Xalit. Der in der Burg Arnon gefallene Genosse Kemal war sein Bruder. Ich erinnere mich an die Namen folgender Genossen, die damals in Gefangenschaft gerieten: Seyfettin Zoğorlu, der Genosse Seyfettin aus Nisêbîn (Nusyabin), Genosse Sabri Gözübüyük und einige weitere. Diese Genossen sind alle nach zwei Jahren Gefangenschaft mit großen Schwierigkeiten vereinzelt freigekommen. Der türkische Staat hatte sich eingeschaltet und die Auslieferung all dieser Gefangenen gefordert. Israel war dafür empfänglich und wollte sie ausliefern. Doch unsere Genossen hatten sich alle als Palästinenser oder aus anderen arabischen Ländern ausgegeben. Am Ende mussten sie viele Länder durchqueren. Sie kamen bis zu einem Flughafen in Syrien. Syrien nahm sich ihrer nicht an. Später ketteten sie sich am Flughafen in Athen fest und forderten mit dieser Aktion Asyl. So haben sie es geschafft, von dort weiter nach Europa zu kommen. Es war ein richtiger Kampf und eine lange Reise.

Haben Sie in dieser Zeit zu anderen Organisationen, insbesondere zu palästinensischen, Beziehungen geknüpft?

In dieser Zeit baute vor allem unser Vorsitzender zusammen mit dem Genossen Cuma Verbindungen zu anderen Gruppen und Organisationen in der Region auf. Wir hatten Beziehungen zu allen palästinensischen Organisationen, die in der Palästinensischen Befreiungsorganisation vertreten waren. Die stärksten Beziehungen hatten wir zur Demokratischen Befreiungsfront Palästinas, der Volksbefreiungsfront Palästina und zur Widerstandsfront zur Befreiung Palästinas. Dazu bauten wir dort auch mit der Kommunistischen Partei des Irak, der Patriotischen Union Kurdistan (YNK) und der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) Beziehungen auf, ebenso mit einer Vielzahl revolutionärer Organisationen aus der Türkei und Nordkurdistan, und wir führten dort Diskussionen. Mit sieben Gruppen aus der Türkei gründeten wir die Vereinte Widerstandsfront gegen den Faschismus. Doch die hielt nur ein Jahr.



2. Kongress der PKK im August 1982. Foto: Archiv

Wir haben als Bewegung in dieser Phase einiges vom palästinensischen Widerstand mitgenommen. Wir haben die militärische Ausbildung unserer Kräfte und eine organisatorische Stärkung erreicht. Wir haben den palästinensischen Widerstand genossenschaftlich und geschwisterlich unterstützt. Wir haben die Geschwisterlichkeit zwischen der palästinensischen und der kurdischen Gesellschaft auf dieser Grundlage aufgebaut. Wir haben vieles von den Palästinensern mitgenommen und bewerten dies immer noch mit Respekt. Wir erklären immer mit Stolz, dass die Guerilla Kurdistans sich innerhalb der palästinensischen Erfahrung entwickelt hat. Wir sind überzeugt, dass wir dem palästinensischen und den arabischen Völkern mit diesem Widerstand auch vieles zurückgegeben haben und sie das auch so sehen. Wir verfolgen immer noch die Situation und den Widerstand der palästinensischen Gesellschaft und sehen den Kampf als unseren eigenen. Wir wollen, dass die palästinensische Frage auf demokratischer Ebene gelöst wird und die arabische und jüdische Bevölkerung geschwisterlich zusammenleben.

Was für eine Atmosphäre hat der Widerstand der PKK im Libanon in den Bergen Kurdistans geschaffen? Wie bewerten Sie das?

Die PKK-Bewegung hatte auch vor dem Militärputsch vom 12. September 1980 Widerstand geleistet und Märtyrer gegeben. Dieser Widerstand war vorbereitend auf den Kampf gegen den Putsch. Aufgrund zweifachen Widerstands kehrten die Kräfte der PKK aus Libanon/Palästina ins Land zurück und entwickelten den Widerstand als Guerilla. Der erste war der große Gefängniswiderstand, der sich durch die Vorreiterrolle von Mazlum Doğan, Hayri Durmuş und Kemal Pir entwickelte. Der zweite war der Widerstand gegen die israelische Besetzung mit seinen heldenhaften Märtyrern. Der genannte historische Widerstand und seine unsterblichen Märtyrer haben die PKK unumkehrbar gemacht und der Guerilla die Kraft in Richtung Freiheit verliehen. Natürlich hat auch die richtige Definition dieses Widerstandes durch den Vorsitzenden Apo eine entscheidende Rolle gespielt.

Zur Zeit des Gefängniswiderstands und des Kampfes gegen die israelische Besatzung gab es in den Bergen Kurdistans noch keine organisierte und kämpfende Guerilla. Im Gebiet Libanon/Palästina waren Guerillas, die vorbereitet wurden, um nach Kurdistan zurückzukehren. Diese Guerilla hat ihren Geist und ihre Kraft zur Rückkehr durch diesen Widerstand entwickelt und so die Freiheitsguerilla Kurdistans geschaffen. Der heldenhafte Marsch – mit dem Vorstoß des 15. August 1984 gegen das faschistische Militärregime des 12. September – hat sich auf der Grundlage dieses Widerstands entwickelt. Der genannte Einfluss hält bis heute an.

Wie hat eine solche Praxis noch vor dem 15. August die PKK beeinflusst?

Es ist nicht dasselbe, im eigenen Land zu kämpfen oder im Ausland, in einem Land anderer Völker. Es ist zweifellos viel einfacher für einen Menschen, in seinem eigenen Land und seiner Gesellschaft zu leben und zu kämpfen. Es heißt, dass revolutionäre Bewegungen nach ihrer Geburt zwei grundlegende Erfahrungsfelder haben: erstens die Praxis im Gefängnis und zweitens die Praxis im Ausland. Bewegungen, die auf beiden Feldern kämpfen und die Prüfung erfolgreich bestehen, kommen, wenn sie später nicht nachlassen, sicher zum Erfolg. Die Zeit zwischen 1980 und 1984 war für die revolutionären Bewegungen in der Türkei und in Kurdistan solch eine Prüfungsphase. Die Bewegung, die beide Prüfungen bestand, war die PKK-Bewegung.

Und das ist genau die Realität, die die PKK von anderen revolutionären Bewegungen unterscheidet und sie bis zum Guerillavorstoß vom 15. August 1984 brachte. Auf dieser Grundlage haben der Gefängniswiderstand und der Widerstand außerhalb des Landes die PKK beeinflusst. Wenn die PKK in Libanon/Palästina keinen Widerstand gegen die israelische Besetzung geleistet hätte, dann hätte sie auch nicht nach Kurdistan zurückkehren und sich dem Guerillawiderstand zuwenden können.

Was waren die Auswirkungen des Widerstandes im Libanon und des Gefängniswiderstandes?

Der zweite Kongress der PKK fand direkt nach dem Widerstand gegen die israelische Besetzung im August 1982 statt. Auch wenn es bei diesem Kongress nicht ganz zum Vorschein kam, es gab erste Anzeichen von Liquidation. Aus diesem Grund war der zweite Kongress eine kritische Sitzung. Er wurde gerettet, indem gegen die Auflösung angekämpft wurde. Die ersten vorbereiteten Kräfte realisierten ihre Rückkehr ins Land. An diesem Punkt war der Widerstand gegen die israelische Besetzung offen für zwei Richtungen. Die Liquidation hat in gewissem Maße versucht, mithilfe der Gefallenen und Gefangenen Angst zu erzeugen und den Einfluss des Widerstandes zu brechen. Doch der genannte Widerstand und seine Märtyrer haben für die Rückkehr ins Land und die Entwicklung des Guerillawiderstands eine ermutigende Wirkung gehabt. An diesem Punkt ließen die Bewertungen des Vorsitzenden Apo die Liquidation ins Leere laufen. Die Rückkehr ins Land und der Guerillawiderstand wurden unumkehrbar. Aus diesem Grund wurde auf dem zweiten Kongress mit überwältigender Mehrheit entschieden, ins Land zurückzukehren und die Guerilla gegen den Faschismus des 12. September aufzubauen. Das Ergebnis der zweijährigen Praxis im Ausland waren 11 Märtyrer und mehr als 15 Gefangene. Die Menschen haben für die Sache der Partei in anderen Ländern ihr Leben gegeben. Dazu kommt der Gefängniswiderstand von 1982 als unvergleichbare Realität. In diesem Rahmen bewegten sich die Selbstverbrennung der vier und das große Todesfasten vom 14. Februar. Natürlich war es der Widerstand von Mazlum Doğan, der den Weg dahin erhellte und so große Entschiedenheit erzeugte. Die Menschen haben für die Sache ihren eigenen Körper verbrannt. Es ist offensichtlich, was das für eine Bedeutung hat und wie die Parteilinie unumkehrbar für die Parteikader wurde. Der Vorsitzende definierte den Widerstand im Gefängnis als »Bau einer Brücke zum freien Leben« und lud die gesamte Gesellschaft ein, ohne Furcht über diese Brücke zu gehen. Die Gesellschaft und insbesondere die Jugend haben auf diesen Aufruf positiv reagiert. Die Entwicklung der PKK und der Guerilla hat auf dieser Grundlage stattgefunden. Ihre Geschichte ist lang und es ist ein Thema, das wert ist, in allen Einzelheiten dargelegt zu werden. ♦

Prozess gegen Mehmet D. in Hamburg

»Ein fatales Signal«

Martin Dolzer, justizpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen BürgerInnenschaft

Mitte Mai hat vor dem Oberlandesgericht Hamburg der Prozess gegen Mehmet D., einen vermeintlichen Kader der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, begonnen. Die Bundesanwaltschaft wirft dem 46-jährigen Kurden aus Bakûr (Nordkurdistan – den kurdischen Provinzen der Türkei) die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung gemäß § 129b StGB vor. Ihm werden jedoch keine konkreten Straftaten in der Bundesrepublik zur Last gelegt.

Beim § 129b StGB geht es ausschließlich darum, ob eine Organisation vom Justizministerium als terroristisch eingestuft wird. Dieser Paragraph wurde als Folgeinstrument des § 129a entwickelt, um auch politische Organisationen in der BRD verfolgen zu können, die lediglich im Ausland gegen dortiges Recht verstoßen oder gegen Verbündete der BRD Widerstand leisten. Für die PKK erteilte das Justizministerium die Ermächtigung zur Verfolgung gemäß § 129b im Oktober 2010. Seitdem wurden sieben kurdische FreundInnen von Oberlandesgerichten (OLGs) zu Freiheitsstrafen zwischen 2½ und 6 Jahren verurteilt. Darunter auch Ali Ihsan Kitay vom Hamburger OLG zu 2½ Jahren.

Bei den Prozessen gemäß §§ 129 und 129a StGB war es für die Gerichte noch erforderlich gewesen zu beweisen, dass die Ziele der PKK auch in Deutschland entweder auf die Begehung von Straftaten oder aber sogar »terroristischen« Taten (§ 129a) gerichtet waren. Das ist bei Prozessen gemäß § 129b belanglos. Deshalb hat das Gericht nicht mehr die Frage zu beantworten, ob die PKK in Deutschland Straftaten begeht. Die entscheidende Voraussetzung für eine etwaige Strafbarkeit ist die Frage, ob die PKK in der Türkei bzw. überall dort, wo sie bewaffnet kämpft, eine terroristische Vereinigung ist oder legitimen Widerstand leistet.

Der türkische Staat setzt seit weit mehr als dreißig Jahren, im Grunde genommen seit der Staatsgründung 1923, eine systematische rassistische Unterdrückungs- und Kolonialpolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung um. Die kurdischen Provinzen sind faktisch besetzt. Den KurdInnen wird in diesem Rahmen das Selbstbestimmungsrecht, das in völkerrechtlichen Verträgen wie z. B. der Charta der UN verankert ist, vorenthalten. Sicherheitskräfte und Militär begehen ständig Menschenrechtsverletzungen, praktizieren extralegale Hinrichtungen, systematische Folter sowie Kriegsverbrechen, wie z. B. einen Giftgaseinsatz unter der Leitung des jetzigen Generalstabschefs Necdet Özel im Jahr 1999 oder weitere Giftgaseinsätze bis 2011 – das hatten auch die RichterInnen des OLG Hamburg in einer rechtlichen Stellungnahme im Prozess gegen Ali Ihsan Kitay als erwiesen betrachtet.

Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention sind in der Türkei Alltag. Eine Vielzahl von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Berichte von Amnesty International sowie der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD und weitere Dokumente belegen das. In diesem Zusammenhang lässt sich von Staatsterrorismus sprechen. Trotzdem werden diejenigen, die sich im Exil für die Menschenrechte, die Rechte der KurdInnen und eine Demokratisierung der Türkei engagieren, immer noch gemäß § 129b verfolgt. Während die PKK sich seit Jahren für Gleichberechtigung, Frieden und Demokratie einsetzt, ist sie zudem in Europa noch immer auf der »par ordre du mufti« von der EU-Kommission beschlossenen EU-Terrorliste gelistet.

Mehmet D. soll als Gebietsverantwortlicher der PKK von Januar bis Juni 2013 die Region Mitte (Nordrhein-Westfalen) geleitet und dann bis Mitte 2014 für die Region Nord zuständig gewesen sein. Er sitzt seit Ende August 2014 in Untersuchungshaft. Bekannte des Beschuldigten kritisieren, dass mehrfach von Justizbeamten verweigert wurde, Kleidung abzugeben, und für Besuchsgenehmigungen zuständige Beamte des Landeskriminalamts (LKA) oft nicht erreichbar gewesen

und dadurch einige mögliche Besuche verhindert worden seien.

Der Prozess begann mit einer Auseinandersetzung, weil das Gericht einen Vertrauensdolmetscher für Mehmet D. verweigert. »Der Dynamik des Verfahrens wird so keine Rechnung getragen. Es muss möglich sein, mit meinem Mandanten jederzeit ohne Prozessunterbrechung zu sprechen«, so Strafverteidiger Rainer B. Ahues. Der Vorsitzende Richter zeigte sich uneinsichtig. Das Gericht lässt auch weiterhin keinen Vertrauensdolmetscher zu.

Anwalt Ahues argumentierte in seinem Eröffnungsplädoyer, dass sich die Lage in den kurdischen Provinzen der Türkei, Syriens und Iraks seit 2011 stark verändert habe und immer deutlicher werde, dass die PKK eine stabilisierende Kraft sei. »Die PKK führt Friedensverhandlungen mit der türkischen Regierung, während sie zugleich im nordsyrischen Rojava demokratische Strukturen aufgebaut hat und gegen die Terrorbanden des Islamischen Staates (IS) und die Al-Nusra-Front kämpft«, so Ahues. Das Gericht sollte darauf dringen, dass das Bundesjustizministerium die 2011 gegebene Ermächtigung zur Strafverfolgung der PKK gemäß § 129b aufhebe. »In Rojava leben sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen friedlich zusammen. Hier zeigt sich die demokratische Ausrichtung der Organisation.« Das Festhalten am PKK-Verbot sei eine außenpolitisch sinnlose Handlung der Strafrechtspflege, durch den § 129b werde die Gewaltenteilung aufgehoben. Die Organisation solle auf Grundlage der jetzigen Realität neu bewertet werden, die Bundesanwaltschaft (BAW) gehe dagegen von Erkenntnissen aus dem Jahr 2004 aus. Rund dreißig ZuschauerInnen applaudierten.

Mehmet D. gab ebenfalls am ersten Prozesstag eine Prozesserklärung ab. Er beschrieb Menschenrechtsverletzungen und systematisches Unrecht der türkischen Regierung, Armee und Sicherheitskräfte seit 1990 und wie er selbst und seine Familie davon betroffen sind. »Die Regierung Erdoğan unterstützt offen den IS und die Welt schaut zu«, sagte er, um die reale Situation zu beschreiben. Immer wieder gab es Waffenlieferungen an den IS, der auch infrastrukturell und medizinisch in der Türkei versorgt wird. 2014 hätten türkische Armee und Polizei 48 Menschen bei Protesten gegen die Unterstützung der DjihadistInnen ermordet. Abdullah Öcalan habe Newroz 2013 zu Frieden und Demokratie aufgerufen. Trotz Provokationen und täglichen Militäroperationen halte die PKK weiter



Kundgebung zum Prozessbeginn gegen Mehmet D. vor dem OLG in Hamburg. Foto: A. B.

am Friedensprozess fest und habe seit 1993 neun einseitige Waffenstillstände ausgerufen. Der Kampf der PKK und ihrer Verbündeten gegen die Terrormiliz IS habe weltweit Anerkennung gefunden, auch im Europaparlament. Trotzdem stehe die Partei auf derselben Terrorliste wie der IS: »Das ist großes Unrecht«, erklärte Mehmet D.

Der Vorsitzende Richter Rühle sagte: »Sie haben aus Ihrer Einstellung keinen Hehl gemacht«, und fragte, ob Mehmet D. sich dazu bekenne, einen Sektor der PKK in Deutschland geleitet zu haben. Eine Zuschauerin hielt dem entgegen: »Wenn Sie hier nicht Unrecht, sondern Recht sprechen und die Realität anerkennen würden, wäre das sicher eine Option.«

An den folgenden Prozesstagen sagten Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) aus. Die RichterInnen befragten sie hauptsächlich dazu, ob Mehmet D. für die Organisierung von Festen wie dem Newrozfest, Kulturveranstaltungen und Demonstrationen wie der gegen die Ermordung von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris zuständig war – und ob er in Konflikten in der kurdischen Community vermittelt habe. Zudem war dem Gericht wichtig, inwieweit er in die bundesweiten und europaweiten Strukturen, die der PKK zugeordnet werden, eingebunden war. Darum, ob er irgendetwas Strafbares getan hat, geht es, wie gesagt nicht. Sämtliche völkerrechtlichen und politischen Aspekte werden bisher ausgeblendet. Das Gericht geht wohl davon aus, dass diese Aspekte in den bisherigen §129b-Verfahren ausreichend geklärt wurden. Der Dynamik der Situation im Mittleren Osten wird bisher auf keine Weise Rechnung getragen.

Mit mehreren Anträgen versuchte die Verteidigung zu verhindern, dass aktenweise vermeintliche Beweise im Prozess durch das sogenannte Selbstleseverfahren eingeführt werden. Das heißt, dass lediglich die RichterInnen, die BAW und Mehmet D. die Akten lesen, sie im Prozess jedoch nicht vorgetragen werden. Dadurch wird die Öffentlichkeit weitgehend vom Prozess ausgeschlossen und eine dynamische Diskussion des Inhalts der Akten verhindert. Die Anträge wurden meist abgelehnt.

Zudem wurde deutlich, dass die Beamten des BKA völlig asymmetrisch ermittelt haben. Offenbar wird seitens der Verfolgungsbehörde nicht im Ansatz versucht, den Konflikt in der Türkei und die Konflikte im Mittleren Osten zu verstehen. Stattdessen wird weiter einseitig die Deutung der PKK als Terrororganisation aufrechterhalten, der alleinig die Verantwortung für den Konflikt/die Konflikte zugeschrieben wird. Klar wurde auch, dass weiterhin Vorurteile und laienhaftes und zumeist veraltetes Halbwissen die Einschätzung der Situation prägen.

Bereits vor Beginn des Prozesses hatten etwa fünfzig UnterstützerInnen vor dem Gerichtsgebäude demonstriert. Immer wieder finden Kundgebungen für den kurdischen Politiker vor dem Untersuchungsgefängnis statt, die vom Bündnis Freiheit für Mehmet D. organisiert werden.

Als justizpolitischer Sprecher der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft fordere ich die Aufhebung des PKK-Verbots und die Freilassung aller ihrer in Deutschland inhaftierten Mitglieder. DIE LINKE erhebt dieselben Forderungen. Die PKK steht für Frieden und Demokratie. Die BAW betreibt mit diesem Prozess zudem eine asymmetrische Verfolgung und Außenpolitik mit den Mitteln des Strafrechts. Der Vorwurf der BAW, dass die Volksverteidigungskräfte (HPG) Anschläge, die auf Mord und Totschlag orientiert sind, durchgeführt hätten, entbehren jeglicher nachvollziehbaren Grundlage – völkerrechtlich gesehen handelt es sich um eine Auseinandersetzung zwischen einer staatlichen Armee und KombattantInnen.

Dass statt fünf RichterInnen, wie normalerweise, nur drei die Kammer des OLG Hamburg im Prozess gegen Mehmet D. bilden, ist bei der Schwere des Vorwurfs respektlos. Es ist durch den bisherigen Prozessverlauf absehbar, dass das Gericht bemüht ist, den Prozess möglichst schnell zu Ende zu bringen. Es ist ein fatales Signal, dass die BAW einen solchen Prozess zu einem Zeitpunkt anstrengt, an dem die PKK im Mittleren Osten in der Auseinandersetzung mit den Terrorbanden des Islamischen Staates IS kämpft und dadurch hunderttausende ÊzîdInnen, ChristInnen und Angehörige weiterer Bevölkerungsgruppen vor Misshandlung und Ermordung schützt. Es ist ebenfalls verheerend, da in der Türkei erneut regierungsnahe Kräfte versuchen, durch Anschläge und Provokationen einen BürgerInnenkrieg herbeizuführen. Präsident R. T. Erdoğan heizte die Stimmung vor der Parlamentswahl in der Türkei mit aggressiver Rhetorik an. In den letzten Monaten hat das türkische Militär, trotz Friedensprozess seitens der PKK, immer wieder Militäroperationen durchgeführt. Auch der Islamische Staat wird noch immer offen unterstützt.

In Anbetracht dessen ist es höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit einer Regierung wie der von Erdoğan/Davotoğlu auf den Prüfstand stellt und die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit mit ihr beendet. Um ein positives Signal für eine friedliche Entwicklung des Mittleren Ostens zu setzen, sollte zudem sofort die Verfolgungsermächtigung gemäß § 129b aufgehoben und die PKK als das eingeschätzt werden, was sie ist – eine Kraft, die für Gleichberechtigung, das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungs- und Religionsgruppen und eine partizipative Demokratie wirkt. ♦

Freiheit für Tomas Elgorriaga Kunze

Keine Auslieferung – weder nach Frankreich noch nach Spanien

Isabel Marin Arrizabalaga, freie Radiomacherin aus dem Baskenland

Während ich diese Zeilen schreibe, wartet Tomas Elgorriaga Kunze und seine Angehörigen, Freund_innen, Sympathisant_innen auf die Entscheidung des Oberlandesgerichts bezüglich des Auslieferungsantrags von Frankreich. Was ist hier passiert? Wer ist Tomas Elgorriaga Kunze? Dieses werde ich versuchen in diesem Artikel darzustellen.

Natürlich werde ich nicht in kurzen Zeilen sagen können, wer Tomas ist. In solchen Darstellungen kann ein Mensch nur reduziert dargestellt werden. Ich kenne Tomas nur aus einem Brief. Und aus einer sozialen Umgebung. Wir sind beide gleich alt, in wenigen Kilometern Entfernung im Baskenland aufgewachsen. Er aus Hondarribia, einer kleinen Stadt am Meer und an diesem Fluss, der für die beiden Staaten Frankreich und Spanien eine Grenze bedeutet. Für uns Bask_innen zeigt der Bidasoa die Linie Norden- Süden.



Schreibt Tomas:
Tomas Elgorriaga Kunze
Justizvollzuganstalt Mannheim
Herzogenriedstrasse 111
68169 Mannheim

Tomas ist seit seiner Jugend ein politischer Mensch, immer in der baskischen Jugendbewegung aktiv. Irgendwann wurde er Gemeinderat in seiner Stadt. Politische Aktivität, die im Baskenland schnell bedeuten kann, dass man ins Visier von den Geheimdiensten und weiteren repressiven Kräften gerät.

Seit Jahrzehnten hält der spanischen Staat eine fiktive Theorie aufrecht, wonach alles, was sich im Rahmen der Baskischen Linken organisiert, zum Umfeld der bewaffneten Organisation ETA gehört und nach dieser engstirnigen Logik die Folge hat, dass man kriminalisiert wird. Tomas kam 1998 in die Hände der spanischen Polizei und wurde dort gefoltert. Das, was ich hier auf die Schnelle schreibe, bedeutet für den Festgenommenen 10 Tage mit unterschiedlichen Methoden körperlich und seelisch angegriffen zu werden: die genannte »Bolsa« – eine Plastiktüte, die über den Kopf der Festgenommenen gezogen wird, um Erstickungsanfälle zu erzeugen, Schläge, Elektroschocks, Drohungen, psychische Gewalt. Dies hat Tomas nach seiner Festnahme bekannt gemacht. Genau wie mehrere Tausende Menschen in den letzten 50 Jahren es getan haben. Eine Praxis, die inzwischen auch von der Organisation amnesty international in ihren Länderberichten über Spanien angezeigt wird.

In Spanien wird gefoltert und diese Methoden werden dafür genutzt, um von den Festgenommenen Aussagen zu erpressen, die sie später weiter belasten können.

Frankreich fordert jetzt seine Auslieferung. Die Gefahr, dass Frankreich dann weiter an Spanien überführt, ist groß; dies ist eine bekannte Praxis.

Zurück zu Tomas: Er tauchte damals nach der Entlassung nach 6 Monaten Haft unter. Spanische Medien lassen ihn als Angeschuldigten gelten. Auch in der Geheimdokumente-Plattform Wikileaks ist ein Dossier zu finden, das die Spanier_innen angeblich an den USA-Geheimdienst CIA geliefert haben sollen.

Aber Spanien hat bis heute keinen Auslieferungsantrag an Deutschland gestellt. Frankreich steht hinter dem Antrag und laut Richter Kraus vom Oberlandesgericht in Karlsruhe be-

zieht dieser sich auf Urkundenfälschung im Zusammenhang mit Zugehörigkeit zur ETA.

Tomas soll in Frankreich für die in der Zeit bewaffnete Organisation aktiv gewesen sein. Als Ingenieur passt er in das Profil, dass er im technischen Bereich sein Können hat. Dieses Können soll er laut der Anklage für die Perfektionierung von Bomben genutzt haben.

Dafür hat aber die Anklage keine Beweise. Inhaltlich dürfen die deutschen Behörden einen EU-Haftbefehl nicht prüfen, nur die Einhaltung der Formalien wird gecheckt. Ermittlungen laufen anscheinend noch. Ermittelt hat man auch zu den Paragraphen 129a/b, »Mitgliedschaft in einer (ausländischen) terroristischen Vereinigung«.

Fakt ist, dass Tomas Elgorriaga Kunze seit 15 Jahren in Freiburg gelebt hat. Dort existiert er als José, der in der Universität Freiburg studiert, in einer WG lebt und einen Freund_innenkreis hat.

Niemand aus der Zeit hat Verdacht gegen ihn geäußert. In der Uni hat er in dem Bereich Soziologie studiert und schließlich auch an einem Projekt mit Förderung des Bundesforschungsministeriums gearbeitet und beinah hätte er promoviert, was auf Grund seines Alters nicht möglich war. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben ihn als engagierten Kollegen in Erinnerung. Er habe sich dort sehr mit dem Forschungsvorhaben identifiziert, Texte verfasst, Tagungen organisiert. Der Forschungsvertrag lief in aller Regelmäßigkeit zum Dezember 2014 aus. Oktober 2014 wurde Tomas in Mannheim von Kräften des Hessischen Landeskriminalamts mit einem internationalem Haftbefehl festgenommen. Ab dem Moment wurde seine Identität aufgedeckt. Sein Zimmer in der WG und die Arbeitsräume in der Universität wurden durchsucht, in seiner familiären und Freund_innenumgebung wurde versucht, über ihn mehr zu erfahren. Nach dem Wissen der Rechtsanwälte haben diese Untersuchungen keine Beweise gegen Tomas erbringen können. Die Polizei übernimmt unhinterfragt die zweifelhaften Vorwürfe der spanischen Behörde.

Das Netzwerk EHL – Freunde und Freundinnen des Baskenlandes und Angehörige und Freund_innen von Tomas haben ihm Solidarität gezeigt, durch Plakate, Veranstaltungen und Kundgebungen. Die letzte am 2. Juni in Freiburg, wo viele Redebeiträge zu hören waren, sie sind über das Radio Dreyeckland zu hören und auf der Webseite info-baskenland.de zu lesen.

Es ist nicht zu verstehen, welches Interesse die deutsche Politik und das Justizsystem an dieser Auslieferung haben sollen.

Es ist eine politische Zeit, in der seit 4 Jahren die bewaffnete Organisation ETA ihre Aktivität eingestellt hat und seitens der baskischen Bewegung ein Versuch eines Dialoges in einem demokratischen Rahmen gemacht wird. Im Baskenland unterstützt eine große Mehrheit diesen Prozess. Das war in dem letzten Wahlbündnis für die Wahlen der Gemeinderäte und der Autonomien am vergangenen 24.05. sichtbar, als die politische Koalition BILDU große Unterstützung bekam.

Auch international findet man die Bestätigung für diesen Prozess seitens unabhängiger Beobachter_innen, international bekannter Menschenrechtler_innen, Mitgliedern des Europa-Parlaments und weiterer bekannter Politiker_innen.

Es ist auch sichtbar in der Initiative »gure esku dago« (Es liegt in unserer Hand), der Wunsch und die Forderung, die Stimme abgeben zu können, damit die Frage der Selbstbestimmung zur Sprache kommt. Gerade in diesem Monat Juni wird eine große Aktion entwickelt, in der eine riesige Wahlurne genäht wird, mit Beteiligung zahlreicher politischer und sozialer Organisationen.

Und Tomas selbst begleitet diesen Prozess aus dem Mannheimer Gefängnis, wo er in U-Haft sitzt. Dort bekommt er Post und Besuch, am Anfang erschwert durch die Glasscheibe und die Verlangsamung der Briefe, die in der für Tomas erwünschten Sprache Baskisch ankamen. Von dort aus sendete er zum 1. Mai eine Grußadresse, aus der ich zitiere:

»Die polizeiliche und juristische Gleichschaltung in der EU, z. B. über EU-Haftbefehle und Schengen-Abkommen, unterstützt bewusst und legitimiert ungeprüft rechtsfreie Räume in deren Mitgliedstaaten, um jeden sozialen und politischen Protest und Widerstand langfristig totzuschweigen. Der Weg aus der neoliberalen Sackgasse führt nicht über rassistische Ausgrenzung oder vermeintlich europäische Werte, sondern über den Aufbau von nachhaltigen, demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Der soziale und rechtliche Rückschritt der letzten Jahrzehnte bietet auch die Chance, diese auf neu zu gestalten: antipatriarchalisch, ökologisch und solidarisch. Hier, im Baskenland, und überall in der Welt.«

Warum habe ich diesen Artikel geschrieben? Das Wort Gerechtigkeit hat in den offiziellen Kreisen schon lange gar keine Bedeutung mehr. Nichtsdestotrotz richte ich mich an die Öffentlichkeit und an die Menschen, die unter Menschenrechten noch etwas verstehen und wissen, dass das Recht auf Kämpfen eines ist, das uns verbindet.

Tomas ist einer von den vielen Männern und Frauen weltweit, die für eine sozialistische und freie Gestaltung des Menschenlebens kämpfen. ♦

Die 23. Hüseyin-Çelebi-Literatur- und Gedichtveranstaltung

Die Veranstaltung wird 2015 der armenischen Gesellschaft gewidmet

Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V. (YXK)

Auch in diesem Jahr organisiert der Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V. (YXK) zum mittlerweile 23. Mal die Hüseyin-Çelebi-Literatur- und Gedichtveranstaltung. Für dieses Jahr begann die Sammlung der Werke am 15. Mai und endet am 31. August. Die Verleihung der Preise für die eingegangenen Werke findet am Tag der Veranstaltung, dem 17. Oktober, in Dortmund statt.

Gedenken an Hüseyin Çelebi

Der Genosse Hüseyin Çelebi ist im Jahr 1992 innerhalb der Reihen der kurdischen Freiheitsbewegung gefallen. Mit unserer Veranstaltung gedenken wir unseres Ehrenvorsitzenden Hüseyin Çelebi und aller GenossInnen, die im Kampf für eine freie Gesellschaft gefallen sind. Wir sehen es von großer Bedeutung, GenossInnen zu ehren, die in der Phase des Umbruchs in Kurdistan und im Mittleren Osten einen Kampf für die Freiheit der dortigen Gesellschaften geführt und ihr Leben dabei gelassen haben. Denn die Fortschritte, die wir heute erreicht haben, haben wir ihnen zu verdanken.

»Und überall da, wo wir Unrecht erfahren, werden wir Widerstand leisten«

Die Menschheitsgeschichte ist geprägt von Unterdrückung, Ausbeutung und Unrecht. Jedoch gab es gleichzeitig auch immer einen Kampf von Menschen, die entschlossen für die Freiheit gekämpft haben. Diese Menschen haben den Widerstand bis zum heutigen Tag weitergetragen.

Ihre Vorstellung von Freiheit ebnet den Weg für ein alternatives Gesellschaftsmodell. Die kurdische Freiheitsbewegung führt einen Kampf mit internationalistischer Perspektive, was sich auch bei den Arbeiten unseres Genossen Hüseyin Çelebi widergespiegelt hat.

Renaissance im Mittleren Osten!

Die kurdische Freiheitsbewegung strebt eine tiefgreifende Demokratisierung und eine Renaissance des Mittleren Ostens an. Es wird versucht mit einem neuen humanistischen Geist die alten Werte der Menschheit wieder blühen zu lassen, die zu zerstören versucht wird. Diese neue Lebendigkeit zeigt sich besonders in der Kunst, Kultur und in vielen anderen sozialen Bereichen. Die kurdische Gesellschaft hat eine herausragende Willensstärke und verteidigt sich in politisch-ethischer Hinsicht gegen die Einflüsse der kapitalistischen Moderne. In allen vier Teilen Kurdistans durchlebt sie gemeinsam mit anderen Gesellschaften eine kulturelle, soziale und politische Wiederauferstehung und führt einen Kampf um Freiheit. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, Rojavas zu gedenken. Rojava ist der Ausdruck für das gemeinsame, freie, faire und geschwisterliche Zusammenleben der kurdischen mit anderen Gesellschaften. Rojava darf nicht nur als Produkt des vierzigjährigen politischen Widerstands der kurdischen Freiheitsbewegung dargestellt werden. Es ist zugleich ein Beispiel und eine Antwort auf die Hoffnung der Gesellschaften des Mittleren Ostens auf ein friedliches, freies und würdevolles Leben.

Ein unvollendeter Roman

Der Prozess der Befreiung der kurdischen Gesellschaft und der in Kurdistan lebenden Völker ist ein noch nicht zu Ende geschriebener Roman über die Freiheit. Alleine das Leben und der Widerstand der gefallenen FreiheitskämpferInnen, die ihr Leben für ein freies Leben geopfert haben, sind ein Epos, eine Geschichte, ein Gedicht und ein Lied. Darum ist Mesopotamien ein Meer voller HeldInnen. Sofort fallen uns viele Namen ein, die wir nennen könnten, und gewiss fehlen dabei noch tausende Namen. Namen wie Ibrahim, Mahir, Deniz, Mazlum, Kemal, Hüseyin, Engin, Zilan, Apê Musa, Leyla Qasimlo, Sara, Rojbîn und Ronahî ...



Eine weitere Farbe: Armenisch

Die Hüseyin-Çelebi-Literatur- und Gedichtveranstaltung hat sich zu einer Plattform verwandelt, auf der Menschen ihre Gefühle, Gedanken und Ideen in verschiedenen Sprachen mit der Welt teilen und ihre künstlerischen Talente ausdrücken können.

In diesem Jahr bereichern wir uns an einer vergessenen Farbe, die in Kurdistan wie auch in der Türkei vor vielen Jahren noch stark präsent war: Armenisch. Es sind die armenischen Klagelieder und Gedichte, die uns vom Leid des armenischen Volkes erzählen. Der Genozid an den ArmenierInnen, AramäerInnen und anderen Völkern Mesopotamiens im Osmanischen Reich von 1915, welcher sich zum 100. Mal jährt, darf nicht in Vergessenheit geraten. Es ist die Aufgabe der Menschheit, sich die leidvollen Geschehnisse stets in Erinnerung zu halten und mit ihr abzurechnen, damit die kommenden Lieder und Gedichte von einer schöneren Zeit erzählen. In diesem Zusammenhang widmen wir in diesem Jahr die 23. Hüseyin-Çelebi-Literatur- und Gedichtveranstaltung stellvertretend für alle vom Genozid betroffenen Völker, Religionen und Kulturen der armenischen Gesellschaft.

Teilnahmebedingungen:

Zur Teilnahme müssen die Werke in den Sprachen Kurdisch (Kirmanckî, Kurmancî, Soranî), Armenisch, Deutsch oder Türkisch eingesendet werden.

- Die Werke dürfen zuvor nicht veröffentlicht worden sein.
- Alle Teilnehmenden dürfen mit maximal zwei Gedichten und einer Kurzgeschichte teilnehmen.
- Die Werke müssen auf weißem Papier leserlich geschrieben sein.

Die Teilnehmenden werden gebeten, ihre Werke mit einem kurzen Lebenslauf sowie einer Kontaktadresse aufzuschreiben und bis spätestens zum 31. Juli 2015 an die unten angegebene Postadresse, oder per E-Mail, einzusenden.

Teilnehmende JurorInnen:

Kategorie Kurmancî Gedicht:
Fatma Savci, Rênas Jiyan, Medeni Ferho
Kategorie Kurmancî Kurzgeschichte:
Dilawer Zeraq, Sîdar Jîr, Mazhar Roj
Kategorie Kirmanckî Gedicht und Kurzgeschichte:
Deniz Gündüz, Haydar Diljen, Ihsan Espar
Kategorie Soranî Gedicht und Kurzgeschichte:
Xeyrî Sengalî, Mansour Teyfori
Kategorie Armenisch Gedicht und Kurzgeschichte:
Dr. Vazrig Bazil, Aris Nalci Pakrat Estukyan
Kategorie Türkisch Gedicht:
Hicri Izgören, Sükrü Erbas, Sezai Sarioğlu
Kategorie Türkisch Kurzgeschichte:
Günay Aslan , Güler Yildiz, İrfan Aktan
Kategorie Deutsch Gedicht und Kurzgeschichte:
Fatima Moumouni und StudentenInnen der YXK

Die Werke können per Post oder E-Mail an die folgenden Adressen eingesendet werden:

Literaturveranstaltung
Postfach 10 03 10
44003 Dortmund
E-Mail: huseyin-celebi@yxkonline.de

weitere Informationen: info@yxkonline.de
Homepage: http://hueseyincelebi.webs.com
https://www.facebook.com/HuseyinCelebiLiteraturveranstaltung ♦

Überlegungen zum Wesen der globalen Bewegungsfreiheit

Is Freedom of Movement Everybody's Right?!

Kardelen Sürgün

Während wir auf der einen Seite mit der Tatsache konfrontiert sind, dass Menschen im Mittelmeer sterben oder auf dem Landweg durch Osteuropa enorm gequält werden, erleben wir auf der anderen Seite einen bereits etablierten Umgang mit diesem politischen Thema. Die angepasste Akzeptanz der Grausamkeiten erkennen wir an der mittlerweile entstandenen Routine der Berichterstattung über das Massensterben im Mittelmeer oder andere Skandale.

Migrationsbewegungen haben schon immer stattgefunden, in den verschiedensten Epochen und aus verschiedensten Gründen. Was wir heute in und um Europa erleben jedoch, erscheint so manchen wie ein Ausnahmezustand. In der Tat hören wir von enorm hohen statistischen Zahlen, die stetig steigen, wenn es um Migrierende und Geflüchtete geht. Ein Nährboden für stereotype Argumentationen in der »Angst-vor-Überfremdung-Gesellschaft«, die ihren Höhepunkt zurzeit in PEGIDA und Co. erleben. Doch wenn wir hinter die Fassade der Statistik-Kultur schauen, dann müssen wir uns eine Frage stellen: Wie definiert sich in diesem Zusammenhang Migration? Wer legt die Definition fest und erhält sie aufrecht?

Wir sprechen nicht von Migrant*innen, wenn Deutsche auswandern, denn diese werden als »Auswander*innen« klassifiziert, was sie von dem Bild »Migrant*in« abgrenzt. Wenn Deutsche diesen Nationalstaat verlassen, dann sind sie wagemutig und auf der Suche nach einem Abenteuer oder Erfahrungen. So ist es fast schon maßgeblich, während oder nach der Schulzeit für kurze Zeit ins Ausland zu gehen, um mal was »Gutes« zu tun und sich dabei selbst zu entdecken. Später in der Studienzeit können oder sollten wir für eine weitere Zeile im Lebenslauf die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern stärken. In dieser Hinsicht sprechen wir nicht gern von Migrationsbewegungen. Für uns sind diejenigen Migrant*innen, die nach Deutschland kommen, gekommen sind und kommen werden, um zu bleiben. Wir werden überschüttet mit Bildern von Booten voller schwarzer Menschen. Die einzige Information, die am Ende hängen bleibt, besagt, ob sie diesmal gestorben sind oder es geschafft haben. In den



Medien wird das Bild der afrikanischen Geflüchteten gerne benutzt, um bestimmte rassistische Bilder zu reproduzieren, wobei das »afrikanisch« auch gar nicht genauer bestimmt werden muss.

Können wir in der heutigen Zeit überhaupt noch in derartigen abgegrenzten Kategorien denken, wenn sich doch aufgrund der sogenannten Globalisierung alles stetig bewegt? Wir können günstig reisen und an wichtigen Ereignissen von Familie und Freund*innen teilhaben, wie das zum Beispiel für viele Menschen in Deutschland ist, die regelmäßig in die Türkei oder nach Kurdistan reisen. Wir skypen mit Menschen, die uns zeitlich sieben Stunden vorauseilen, und verfolgen in sozialen Netzwerken, was sich auf der anderen Seite der Welt abspielt. Wir reisen, wenn wir es wollen und weil wir es können, solange die Staatsangehörigkeit passt. Beziehungen sind über Länder hinweg miteinander verbunden, weil Menschen irgendwann den Ort verlassen haben, an dem sie geboren wurden. Sei es vom Dorf in die Stadt oder in das nächstbeste Land. Wir sind flexibel, wenn es um Studienorte oder Berufsperspektiven geht, solange das unserer Karriere guttut. Umzuziehen und große Distanzen zurückzulegen, temporär oder auch dau-

erhaft, erscheint uns folglich auch völlig legitim, doch dieses Verständnis von Bewegungsfreiheit endet schlagartig, wenn es um die Einreise bestimmter Menschen geht.

Obwohl Migrationsbewegungen überall auf der Welt stattfinden, zum Beispiel zu großen Teilen innerhalb Asiens oder Afrikas oder nach Australien und in die USA, ist Bewegungsfreiheit ein Privileg für Menschen mit Pässen aus Industriestaaten. Vor allem also für weiße Menschen.

Ein kleiner Teil der migrierenden Menschen kommt auch nach Europa, weil sich hier Perspektiven erhofft werden oder es einfach geographisch nahe liegt. Sie kommen wie so üblich zum Reisen, Studieren oder Arbeiten, aber vielen anderen Menschen wird das Visum verwehrt, obwohl sie es sich leisten könnten, sei es wirtschaftlich oder zeitlich. Ein junger Mensch aus Ghana beispielsweise, der oder die nach Deutschland möchte, bekommt ohne genauere Erklärungen eine Absage. Ist es also so abwegig, von Rassismus zu sprechen, wenn es darum geht, was weißen Passprivilegierten gewährt, jedoch Menschen aus dem globalen Süden verwehrt wird? Bewegungsfreiheit ja, aber nur für bestimmte Menschen. Für Menschen, die zufälligerweise das Glück hatten, in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union geboren zu sein. Das Privileg selbst jedoch hat eine lange Geschichte, warum es gewissermaßen so erstrebenswert geworden ist oder gemacht wird.

In der Tat erhält die Geschichte hinter den medial vorherrschenden und rassifizierten Migrationsbewegungen viel zu wenig Beachtung, obwohl sie doch ein so wichtiger Grund dafür ist, warum viele Menschen migrieren. Dass die Europäer*innen ausströmten, um andere Länder auszubeuten und zu kolonialisieren, wird viel zu wenig in Zusammenhang mit den Zuständen heute gebracht. Migrationsbewegungen vom globalen Süden zum globalen Norden maßgeblich als Resultate kolonialer Geschichte zu sehen, erscheint in der Realität nicht nennenswert oder als kein Rechtfertigungsgrund für Akzeptanz von Migration nach Europa. Die ehemaligen und weiterhin bestehenden Ausbeutungsverhältnisse, welche die westlichen Industriestaaten reich machten und weiterhin profitieren lassen, führen beispielsweise immer noch zu Krieg und Armut, was wiederum in den schlimmsten Fällen die Menschen dazu zwingt zu flüchten. Viele ressourcenreiche Länder sind gefangen in diesen wirtschaftlich hierarchischen Abhängigkeitsverhältnissen, die ihnen ihre Ressourcen wegnehmen, um sie andernorts teuer zu verkaufen. Menschen flüchten auch, weil sie verfolgt werden aufgrund ihrer politischen Einstellung oder sexuellen Orientierung, und oftmals sehen sie keine andere Lösung, als in einen dieser Staaten zu gehen, die so gern mit ihrer Demokratieliebe und ihren Menschenrechten prahlen.

Ihre Verzweiflung oder Perspektivlosigkeit wird dann aber ausgenutzt, um die Machtverhältnisse der Einreisestaaten klarzustellen. Indem sie entscheiden, wer bleiben darf, sitzen sie am längeren Hebel, denn hier zu sein, ist mit gewissen privilegierten Rechten bestückt, die nicht jeder Person vergönnt sind. Wäre die EU heute das politische System in seiner jetzigen Form, wenn sie nicht stets bemüht wäre, sich mit dieser wortwörtlichen Abgrenzung als Einheit zu verfestigen? Die Einreisebedingungen materialisieren sich an den Außengrenzen, die das Bild eines festen Europas schaffen. Die EU zieht ihre Grenzen und erschwert die Einreise, zum Beispiel nach Deutschland, auf allen Wegen, um den Menschen vor den Toren Europas zu zeigen, dass sie ausgewählt werden müssen, weil die Einreise nur für manche bestimmt ist. Nämlich für diejenigen, die ökonomisch wertvoll sind. So kann sich die »Festung Europa« eher als Sieb vorgestellt werden, denn das Grobe wird selektiert. Es wird von illegaler Einreise gesprochen, wenn Menschen trotz fehlender »Gründe« wagen, auf ihrem Einreiserecht zu bestehen und die Grenze zu einem EU-Staat zu passieren. Somit ist die Kriminalisierung ein weiteres Mittel, um die Menschen zu selektieren, die nach Europa kommen. Die Papierlosigkeit und die damit verbundene Illegalität erweist sich wirtschaftlich als sinnvoll, um bestimmte Jobs mit den billigsten Arbeitskräften abzudecken. Das sind dann diejenigen, die aufgrund ihrer Illegalität ihre Arbeitsressourcen dem Kapitalismus nicht anders zur Verfügung stellen können. Der Kreislauf der Migrant*innen nimmt seinen Lauf, denn Länder wie Deutschland vor allem benötigen billige Arbeiter*innen, die seit jeher angeschafft werden müssen.

Obwohl und weil sich Europa so abschottet, nutzen Menschen trotzdem lebensgefährliche Wege nach Europa. Die Tatsache der Migration wird mit Mitteln bekämpft, die keine Auswirkungen auf die realen Situationen der Weltordnung haben. So ändern sich die Ausbeutungsverhältnisse zwischen Industriestaaten und Ländern des globalen Südens nicht, wenn die Grenzen um Europa dichter gemacht werden. Der Wunsch oder der Zwang, nach Europa zu kommen, bleibt dennoch bestehen. Nur werden die Möglichkeiten, das heil zu schaffen, geringer. Die Migrationswege sind lebensgefährlich, weil Industriestaaten ihre Außengrenzen bereits auf andere Länder und Kontinente ausweiten und verteidigen. Boote und Schiffe werden in sogenannten »Push-back-Aktionen« zum Umkehren gezwungen, bevor sie europäische Gewässer erreichen. Menschen, die es auf dem Landweg über Osteuropa versuchen, werden in Gefängnisse gesperrt, bis sie wieder aus dem Land abgeschoben oder an der Grenze ausgesetzt werden. Das Mittelmeer müsste zu keinem Massengrab und Osteuropa kein Minenfeld werden, würde die EU nicht mit allen Mitteln versuchen, die unerwünschte Reise in die Mitte Europas zu verhindern.

Die europäischen Länder mit relevanten Außengrenzen sind aufgrund ihrer geographischen Lage Ersteinreiseländer vieler Menschen. So werden Staaten wie Italien alleingelassen, obwohl die EU so viel von europäischer Gemeinschaft hält. Somit muss sich ein Land wie Deutschland, das zu allen Seiten an andere europäische Länder grenzt, für keine Migrationsbewegung über den Landweg verantwortlich fühlen. Die Dublin-Abkommen schreiben vor, dass Geflüchtete das Land, in dem sie ihren Asylantrag stellen, nicht frei wählen dürfen. Sie müssen in jenem Land bleiben und das Asylverfahren durchlaufen, in dem sie sich offiziell als Erstes aufgehalten haben. Einzelne EU-Staaten sind somit berechtigt, Geflüchtete und Migrant*innen in einen anderen EU-Staat abzuschieben. Sofern dies geschieht, ist ein Land wie Deutschland fein raus. Haben die Menschen es aber mal in ein europäisches Land geschafft, trotz der ganzen Hindernisse, dann droht ihnen womöglich jenseits von Dublin-Regelungen die Ausreise aus Europa, wenn nach Meinung der Behörden kein Grund für einen legalen Aufenthalt besteht, da Asyl nicht notwendig erscheint. Asyl wäre die allerletzte legal geltende Möglichkeit, bleiben zu dürfen, denn andere Möglichkeiten wie zum Beispiel Eheschließung, Familiennachzug oder die Blue Card für »hochqualifizierte« Fachkräfte hätten schon von vornherein die legale Einreise bewirkt.

Ist die Freude über das Ankommen und Bleibendürfen in Europa groß, so hat sie keinen berechtigten Daseinsgrund, denn das Willkommen ist geprägt von bürokratischen Höllen, unmenschlichen Unterkunftsbedingungen und dem Verdammtsein zum Nichtstun. Oftmals wird das begleitet von der Angst, jederzeit immer noch abgeschoben werden zu können, selbst nach vielen Jahren und der Gründung von Familienverhältnissen. Die Willkür über Menschen mit Geflüchtetenstatus ist enorm rassistisch geprägt und institutionalisiert. Selbst wenn viele Menschen mit Geflüchtetenstatus dankbar sind, bleibt zu bemerken, dass das Abhängigkeitsverhältnis, das sie zu Menschen zweiter Klasse macht, nie aufgelöst wurde.

Nur mit dem politischen Bewusstsein, dass hinter dem System von Nationalstaaten eine rassistische Ideologie gekoppelt mit kapitalistischen Hierarchien innerhalb der Weltwirtschaft steht, kann eine Welt mit wirklicher Bewegungsfreiheit als Alternative gedacht werden. Eine Alternative, die der aktiven Solidarität und kritischen Bewusstseins europäischer Bürger*innen bedarf. ♦

Übersetzung der Postkarte an die Botschaft der Islamischen Republik Iran:

Herr Präsident, Herren Minister und Vorsitzende,

ich wende mich in tiefer Sorge an Sie, wegen der Situation der politischen Gefangenen im Iran und des akuten medizinischen Notstandes der Gefangenen Zeynep Celaliyan. Das Vorgehen gegen AktivistInnen im Iran ist nicht weiter akzeptabel und wir bekunden unsere Solidarität mit allen, die diesem repressiven Regime standhalten und dagegen protestieren.

Wir fordern die sofortige medizinische Behandlung von Zeynep Celaliyan sowie ihre und die Freilassung aller politischen Gefangenen!



Es ist in keiner Weise akzeptabel, dass Menschen aufgrund ihres Einsatzes für demokratische Veränderungen gefoltert, gefangen und getötet werden. Es werden frauenfeindliche Mittel wie Steinigung und Vergewaltigung eingesetzt um den Freiheitswillen zu brechen. Frauen sollen zum Schweigen gebracht werden, weil sie zum Symbol des Frauenwiderstandes geworden sind.

Wie auch Zeynep Celaliyan in ihrer Persönlichkeit, trotz schwerer Folter, auf einem würdevollen Leben besteht, so werden auch wir mit demokratischen Mitteln für die Freiheit Zeynep Celaliyans und aller politischen Gefangenen kämpfen.

Wir fordern Sie dazu auf, dieser grausamen Form der Politik ein Ende zu bereiten und den Weg zu öffnen für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben der Völker des Mittleren Ostens in all ihrer Vielfalt. Hochachtungsvoll,

Bitte schickt auch eine Kopie an Cenî : ceni_frauen@gmx.de

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Rojava: Girê Spî konnte befreit werden
Foto: ypgrojava.com

Rückseite:
Sofortige medizinische Behandlung und Freilassung von Zeynep Celaliyan!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



جناب سفیر محترم

منظور از ارسال این نامه، ابراز نگرانی اینجانب از اوضاع سلامتی زندانیان سیاسی در زندانهای ایران و همچنین وضعیت جسمانی زندانی سیاسی، زینب جلالیان میباشد. شیوه برخورد با فعالان سیاسی در ایران به هیچ وجه قابل قبول نمیباشد. ما از تمامی شخصیتهای مبارز و دمکراتیک که در مقابل رژیم مقاومت میکنند، پشتیبانی مینماییم.

ما خواستار اقدامات فوری در جهت معالجه و درمان زینب جلالیان و نیز خواهان آزادی فوری زندانیان سیاسی هستیم.

دستگیری، شکنجه و یا کشتار مبارزینی که در راه دموکراتیزه کردن جامعه گام برمیدارند، به هیچ وجه قابل قبول نیست. با شیوه‌های زن ستیزانه همچون سنگسار و تجاوز، سعی در از بین بردن عشق به آزادی در وجود زنان دارند و با تحمیل سکوت، درصدد منع زنان از مقاومت و مبارزه هستند.

همانگونه که زینب جلالیان علیرغم تمامی شکنجه‌ها، بر حیات آزاد و شرافتمندانه اصرار دارد، ما نیز از طریق دموکراتیک برای آزادی زینب جلالیان و تمامی زندانیان سیاسی نهایت تلاش خود را خواهیم کرد.

لازم است ضمن خاتمه دادن به تمامی سیاستهای ضدبشری باید مسیر زندگی صلح آمیز و دموکراتیک را برای تمامی خلقهای خاورمیانه گشود.

با کمال احترام،

نام / Name :

آدرس / Adresse :

کشور / Land :

سفارتخانه جمهوری اسلامی ایران
علی ماجدی

BOTSCHAFT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN
Podbielskiallee 65–67
14195 Berlin

Sofortige medizinische Behandlung und Freilassung von Zeynep Celaliyan!

Solidarität mit allen politischen Gefangenen!

Zeynep Celaliyan wurde 2008 in Kermanshah verhaftet und in einem wenige Minuten dauernden Prozess zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe wurde später in lebenslange Haft umgewandelt. Aufgrund der erlittenen Folter befindet sich Zeynep Celaliyan in einem kritischen gesundheitlichen Zustand. Obwohl sie bereits fast erblindet ist, wird ihr eine medizinische Behandlung verweigert.

Die Repression der iranischen Regierung besonders gegen Frauen nimmt weiter zu. Steinigungen und Vergewaltigungen vor der Hinrichtung von Frauen werden religiös legitimiert und beweisen zudem die Frauenfeindlichkeit des iranischen Regimes.

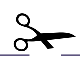
Zeynep Celaliyan, die aufgrund ihres demokratischen und feministischen Engagements verhaftet wurde, steht beispielhaft für alle Frauen, die sich trotz unmenschlicher Bedingungen nicht beugen lassen und an ihrem Kampf um Befreiung festhalten.

Als CENÎ Kurdisches Frauenbüro für Frieden, die Gemeinschaft der Freien Frauen Ostkurdistans (KJAR) und die Internationale Vertretung der kurdischen Frauenbewegung (IRKWM) rufen wir alle Frauen dazu auf, sich an unserer Kampagne für die Freiheit von Zeynep Celaliyan zu beteiligen. Schickt mit uns Protest-Postkarten an die entsprechenden Stellen und beteiligt Euch an den Aktionen vor iranischen Botschaften und Konsulaten in Europa, die rund um den Internationalen Tag gegen Folter (26. Juni) stattfinden werden.

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Iran!



CENÎ Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Ceni-kurdistan.com | ceni_frauen@gmx.de |
FB: Ceni Frauen





ISSN 0935-5375